DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. JAHRGANG
212 | Juli/August 2012 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

Betrieb und Gesellschaft

Brummis machen mobil 3
Trucker wehren sich gegen miese Arbeitsbedingungen. Zwei Interviews

Maloche nach Maß 4
Modelle selbstbestimmter Arbeitszeiten sind im kommen. Wer profitiert davon?

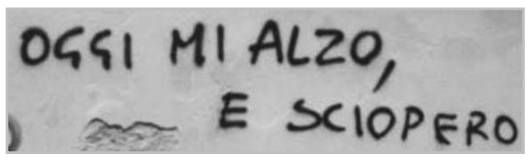
Sick? Organize! 7
FAU Freiburg unterstützte selbstorganisierten Arbeitskampf bei der Sick AG in Waldkirch

Zeitlupe

Bei euch sitzt man ja immer nur im Knast . . . 8
Interview mit einem Anarchisten aus der DDR

Globales

An jedem verdammten Freitag! 9
Erstmals seit Krisenbeginn gelang den italienischen Basisgewerkschaften ein einheitlicher Generalststreik



Globalisierungskritik revisited? 10
‚Occupy' will gesichtslos bleiben – die Medien suchen sich ein Gesicht

Hintergrund

Nestlés mörderische Machenschaften 11
Prozess um den Tod eines Gewerkschafters

Kultur

Die Widersprüche sind die Hoffnung 14
Der Roman Exil der frechen Frauen erzählt von linker Kultur vor und während des Zweiten Weltkrieges sowie von der Geschichte dreier ihrer Protagonistinnen - und dieser Artikel erzählt von einem Gespräch mit dem Autor Robert Cohen

Du bist Deutschland 15
Paula Bullings Graphic Novel Im Land der Frühaufsteher zeigt, dass ein Leben jenseits des Dualismus von Arbeit und Freizeit für viele Flüchtlinge keine Utopie, sondern ein realer Alptraum ist

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Süß wie Maschinenöl

Nicht Arbeit macht das Leben schön, sondern deren Abwesenheit. Dennoch steht die Freizeit nach wie vor im Schatten der Arbeit

Nachdem die französischen Sozialdemokraten mit dem Präsidentensessel und beiden Parlamentskammern alle Schaltstellen der politischen Macht besetzt haben, kommen sie nicht umhin, das Primat der Politik zumindest zu demonstrieren. Etwa bei der Rente. Vor zwei Jahren war die Erhöhung des Renteneintrittsalters auch in Frankreich groß Thema. Es kam zu riesigen Demonstrationen und Streiks im Raffineriesektor, erstmals seit 1968, zu Engpässen bei der Treibstoffversorgung (vgl. *DA* Nr. 202). Nun hat der neue französische Präsident angekündigt, die Reform seines Vorgängers rückgängig zu machen. Teilweise zumindest. Das reicht, um einerseits gut Wetter zu machen und andererseits für Verstimmungen in der EU zu sorgen.

Denn nicht nur das Credo eines Schäuble, der jüngst als neuer Chef der Eurogruppe im Gespräch war, lautet: Wer länger lebt, muss länger arbeiten. Früher sorgten fünf Erwerbsfähige für einen Rentner, 2030 würden es nur noch zwei sein, so wird prognostiziert. Gleichzeitig verlängert sich mit der Lebenserwartung der Zeitraum, in dem eine Rente bezogen wird. Also beschloss die große Koalition aus SPD und CDU schon 2007 die Rente mit 67. Jüngst verabschiedete man auch in Polen ein solches Gesetz. Die OECD setzt nun noch eins drauf und dachte laut über einen Automatismus nach: die Kopplung des Rentenalters an die Lebenswartung.

Wie ist dieser Rollback beim Rentenanspruch aufzuhalten? Schließlich kritisieren die Gewerkschaften zu Recht, dass durch Erwerbslosigkeit „Ü50" Rentenkürzungen im Alter vorprogrammiert seien. Zumal in den belastenden Berufen, die einhergehen mit geringerem Verdienst (und entsprechend Rente) und mit einer niedrigeren Lebenserwartung. Bereits 2006 schätzte das Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels den Unterschied zwischen Besser- und Geringverdienern auf gut zweieinhalb Jahre. Aber faktisch fundierte Argumente reichen hier nicht aus. Die Rentendebatte erweist sich als ein Raumgreifen der Arbeit in der Gesellschaft.

Die Gewerkschaftsbewegung hatte seit jeher ein gespaltenes Verhältnis zur Arbeit, die das Individuum notwendigerweise zur Gemeinschaftlichkeit nötigt – und es prägt.

Erst recht im Betrieb. Dort lässt sich kaum jemand gern vorhalten, ein Drückeberger zu sein. Das hat weniger mit Arbeitsethos als mit Kollegialität zu tun. Denn vor allem in kleinen und mittleren Betrieben, in denen immerhin 80 Prozent der Beschäftigten arbeiten, fällt ein Ausfall häufig direkt auf die KollegInnen zurück. Gleichzeitig wird kaum jemand behaupten, nichts lieber zu tun als zu arbeiten. Ungeachtet der weichen Effekte von Arbeit, wie soziale Anerkennung und Selbstwertgefühl, kann es im kapitalistischen Normalbetrieb fremdbestimmter Lohnarbeit gar nicht anders sein.

Zwar sind die Zeiten theoretischer Debatten inzwischen Vergangenheit: Das „Manifest gegen die Arbeit" und das „Manifest der glücklichen Arbeitslosen" bilden, zumindest in der radikalen Linken, das Sediment eines breiten Konsens, wirbeln aber schon lange keinen Staub mehr auf. Aber Stellenwert und Verständnis von Arbeit und Freizeit, von Notwendigkeit und Freiheit spielen auf der politischen Tagesordnung noch immer eine Rolle. Etwa bei der Rentenfrage. Aber auch in der schwelenden Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen, das nach linkem Verständnis das „Recht auf Faulheit", auf Müßiggang und Kreativität absichern und den kapitalistischen Druck auf die Einzelnen lindern soll. Eine Abkehr vom grobschlächtigen Götzen Arbeit wird auch unter Ökonomen diskutiert. Dort sucht man derzeit nach einem alternativen Wohlstandsmaßstab zum Bruttoinlandsprodukt und bezieht etwa auch die „Qualität der Arbeit" und die Freizeit mit ein.

Natürlich, die Überspitzung auf „Leben ohne Arbeit" ist wahnwitzig. Ebenso wahnwitzig ist jedoch ein Voluntarismus des Fleißes. Wer in der Euro-Krise mit dem Finger auf die „faulen Griechen" und sonstigen Südländer zeigt, offenbart sich als weltfremd. Tatsächlich lag die Wochenarbeitszeit in Griechenland vor der Rezession bei gut 44 Stunden, in der Bundesrepublik hingegen bei unterdurchschnittlichen 41 Stunden. So liegt die Jahresarbeitszeit hierzulande auf dem Niveau von 1998 – bei 1.660 Stunden. In Griechenland sind es 500 Stunden mehr und durchschnittlich sieben Tage weniger Urlaub als für die ach so fleißigen Deutschen.

Betrachtet man die spanische Volkswirtschaft, die nach einem (arbeits-)intensiven Bauboom vor allem unter einer Kettenreaktion leidet, die auf dem Immobilienmarkt ihren Ausgang nahm, könnte man durchaus zu einem anderen Schluss kommen: Es wurde nicht zu wenig gearbeitet, sondern zu viel! Denn Arbeit um der Arbeit willen lohnt sich nicht. In diesem Sinne ist wohl auch David Graeber zu verstehen, der in einer Diskussion mit Steinmeier (SPD) in Berlin betonte: „Wenn Schulden ein Versprechen auf zukünftige Arbeit sind, dann sollten wir über die Schulden reden." Letztlich stellt sich damit die Frage des Primats der Gesellschaft über die Politik.

André Eisenstein

„Ein Franco mit Bart"

Krise und Repression in Spanien

Ein milliardenschweres Rettungspaket soll die spanischen Banken sanieren. Europa rettet Spaniens Banken, doch die Opfer der Krise gehen leer aus. Täglich werden Menschen bei Zwangsräumungen aus ihren Wohnungen vertrieben, verlieren ihre Jobs und können ihre Kreditraten nicht mehr bezahlen. Der Unmut, der sich gegen diese Verelendung seit über einem Jahr regt, organisiert sich in diversen sozialen Bewegungen. Der spanische Staat reagiert zunehmend repressiv auf den Widerstand der Bevölkerung.

So wurde am 24. April diesen Jahres die Organisationssekretärin der CGT Barcelona – Laura Gómez – auf dem Weg zur Arbeit von einer Spezialeinheit der Polizei festgenommen. Grund der Festnahme war eine symbolische Aktion während des Generalstreiks am 29. März, bei der vor der Barceloneser Börse Banknotenimitate in einem Pappkarton verbrannt wurden. Bei der Aktion waren sowohl PressevertreterInnen als auch Polizei anwesend. Laura wurde infolgedessen wegen Brandstiftung angeklagt. Nach internationalen Protesten und Solidaritätskundgebungen sowie einem Schreiben von einhundert spanischen AnwältInnen, die dieses Vorgehen als ungesetzlich anprangerten, wurde Laura am 17. Mai gegen eine Kaution von 6.000 Euro wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Staatsanwaltschaft fordert indes eine Gefängnisstrafe von bis zu 36 Jahren. Laura selbst sagte in einem Interview nach ihrer Freilassung, dass sie sich sicher sei, dass ihre Verhaftung nicht nur auf die erwähnte Aktion zurückzuführen sei, sondern auch auf ihre aktive Mitgliedschaft in der CGT. AktivistInnen nehmen mittlerweile an, dass es „Schwarze Listen" mit GewerkschafterInnen gibt, die kalt gestellt werden sollen. Auch im Falle der Verhaftung von Diego Cañamero liegt ein solcher Zusammenhang nahe. Der Pressesprecher der Andalusischen Arbeitergewerkschaft (SAT) wurde inzwischen mehrfach verhaftet und wieder frei gelassen. Ihm werden ziviler Ungehorsam in mehreren Fällen sowie illegale Landbesetzung vorgeworfen. Cañamero unterstützt seit der Besetzung am 4. März die Finca Somontes in Palma de Rio. Die Finca ist im Besitz der Landesregierung und lag lange Zeit ungenutzt brach bis circa 500 arbeitslose TagelöhnerInnen und GewerkschafterInnen sie besetzten. Am 26. März diesen Jahres wurde die Finca von 250 Polizisten und Mitgliedern der Guardia Civil geräumt, in der darauf folgenden Nacht jedoch wieder besetzt. Gegen mehrere BesetzerInnen und insgesamt rund 400 Mitglieder der SAT wurden inzwischen Haftbefehle erlassen. Die Nervosität der Behörden lässt sich sicherlich auf die anstehenden Reformen und befürchteten Proteste zurückführen.

Fortsetzung auf Seite 9

Catwalk

Sommer, Sonne und Maloche

Passend zur warmen Jahrzeit, die manche – sofern sie können – dafür nutzen, mal eine Auszeit von der Arbeit zu nehmen, widmet sich die *DA* der schönen Seite des Lebens: der Freizeit. Denn trotz immens gewachsener Produktivität wird uns immer noch viel zu viel davon geraubt und durchdringt der Götze der Arbeit alle Poren unseres Lebens.
Lest alles über Arbeit und Freizeit in unserem neuen Themenschwerpunkt.

Libertärer Medienrummel

Die „Libertäre Medienmesse" geht in die zweite Runde. Vor zwei Jahren fand die LiMesse erstmals in Oberhausen statt, dieses Jahr findet sie sich in Bochum ein, wo libertäre Verlage, Zeitschriften, Radio-, Video- und Internetprojekte ihr Programm vorstellen werden. Drei Tage Messe, Projektvorstellungen, Lesungen, Kultur, Veranstaltungen, Infos, Leute treffen und Pläne schmieden.
2. Libertäre Medienmesse. 24. bis 26. August | Bahnhof Langendreer | Wallbaumweg 108 | Bochum. Weitere Infos auf www.limesse.de.

Hör dich glücklich!

Seit Längerem schon wartet die FAU Berlin mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm auf. Nun gibt es auch für Interessierte außerhalb der Hauptstadt die Möglichkeit, an manchen Veranstaltungen teilzuhaben. Mitschnitte finden sich ab sofort auf dem Audioportal Freier Radios. Zum Anfang gibt es schon mal den Mitschnitt vom Besuch der IWW-Genossen in Berlin, die über ihre Organisierungserfahrungen im Fast-Food-Bereich berichteten. Zu finden unter www.freie-radios.net/49227.

Anzeige

FAU-Ticker

+++ Die FAU Hannover ruft mit zu Protesten gegen das zivil-militärische Event „Sommerbiwak“ am 29. Juni in Hannover auf +++ Die FAU Düsseldorf stattete zur Unterstützung der „Tage des Kampfes“ der CNT dem Spanischen Generalkonsulat einen Besuch ab +++ Aktionen zum Workers‘ Memorial Day und zum 1. Mai in diversen Städten, u.a. in Köln, Berlin und Dresden +++ Die FAU Dresden beteiligte sich an div. Demonstrationen. Unter anderem am 13.06 beteiligte sie sich kritisch-solidarisch an einer Protest-Demo der GEW zum Thema Lehrstellenabbau in Sachsen +++ Wegen immenser Nachfrage bietet die FAU Dresden ihren Kneipentreff zum Kennenlernen ab Juni jeden 2. Mittwoch und 4. Freitag im Monat an. Veranstaltungsort ist die Kneipe „Trotzdem“ auf der Alaunstraße 81 in der Dresdner Neustadt +++ Köln: zum 1. Mai gab es eine Flyeraktion bei Starbucks mit der IWW und ASJ Köln +++ Trotz offizieller Ausladung seitens des DGB nahm die FAU Freiburg am 1. Mai an der Demo teil und setzte einen Infostand gegen DGB-Ordner und Polizei durch +++ Die FAU Bad Segeberg schließt sich im Juli 2012 der FAU Kiel an +++ Die FAU Bremen beteiligte sich am 12.Mai an einer Kundgebung gegen die Leiharbeitsmesse „Arbeit mit Zukunft“. Im Rahmen der Kundgebung vor der Waterfront mit rund 50 Anwesenden wurden Flugblätter verteilt und mehrere Redebeiträge verlesen, die sich gegen Leiharbeit aber auch gegen Lohnarbeit im Allgemeinen richteten. Organisiert wurde die Kundgebung im Rahmen des Bremer M31-Bündnisses +++

Sommer, Sonne, Sonnenschein… Wenn man sich als Redaktion entschließt, im Sommer das Schwerpunktthema „Urlaub und Freizeit“ zu bearbeiten, neigt man beim Sinnieren über das Thema erstens dazu, sich auf einem Liegestuhl mit einem Longdrink zurückzulehnen anstatt tatsächliche Redaktionsarbeit zu machen. Zweitens neigt man dazu, das Editorial mit Platitüden à la „Sommer, Sonne, Sonnenschein“ zu beginnen und mit „Schönen Urlaub“ zu beenden.

Es geht bei diesem Thema aber um weit mehr als faules Herumliegen in der Sonne. So haben wir uns dann irgendwann aufgerafft, den Longdrink zur Seite gestellt und uns ein paar ernsthafte Gedanken gemacht. Denn wenn wir von Urlaub und Freizeit reden, dann geht es auch darum, wie man sich diese Zeit von der Arbeitszeit abknapst oder: erkämpft.

Es ist nun mal ein Unterschied, ob man Urlaub als generöses Geschenk der Bosse begreift, wie es uns etwa die BASF weismachen möchte, die sich rühmt, als erste den Urlaub eingeführt zu haben: Nach 10 Jahren eine Woche frei. Oder aber ob man das allgemeine Recht auf Urlaub nicht doch vielleicht als während der französischen Volksfrontregierung 1936 erkämpft begreift…

Aber auch dann müssen wir uns vergegenwärtigen, dass es – so will es der Wortlaut des Bundesurlaubsgesetzes (siehe Paragraphendschungel, S. 5) – dabei nicht um unsere Bedürfnisse geht, sondern um die Regeneration: Der gesetzliche Zweck des Urlaubs ist also das Weiterarbeiten danach. Letztlich wird unsere gesamte Zeit durch den Kapitalismus verplant (siehe S. 4 und Hintergrund, S. 12-13), wenn wir keine kreativen Möglichkeiten finden, uns da rauszuschlawinern.

Aus der Zeitplanung rausschlawinern wird sich die Redaktion nicht, denn bekanntlich macht die DA keine Sommerpause, sondern wird turnusmäßig im September wieder erscheinen. Bis dahin – tja – hoffentlich einen schönen Urlaub!

Torsten Bewernitz (Redaktion Hintergrund)

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg… Kontakt: <fause@fau.org>
Bielefeld ..... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache“. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen ..... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg..... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus,Norderstraße 41,24939 Flensburg, www.fau-fl.org, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg ..... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover ..... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr
Kiel ..... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>
Wismar..... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION OST

Altenburg ..... Kontakt über Leipzig
Berlin ..... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 17.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?“, 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, erster Do. im Monat 20.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Branchenkontakt Pflege und Soziale Arbeit <faub-soziales@fau.org>
Dresden..... FAU Dresden, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>, SMS: (0151) 25 11 45 04
Gransee..... Kontakt über Berlin
Halle/Saale..... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Ilmenau ..... Kontakt über Meiningen
Leipzig ..... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg ..... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen ..... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Potsdam ..... Kontakt über Berlin
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION WEST

Aachen ..... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bonn ..... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund ..... FAU Dortmund c/o „Langer August“, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 84 04 71-1 (AB), (0231) 84 04 71-2 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg..... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostende“, Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ..... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Köln ..... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Mi im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>
Krefeld ..... Kontakt über Duisburg
Moers ..... FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster..... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Präsenzzeit und offenes Treffen: 1.-3. Dienstag im Monat 19 Uhr <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
Solingen ..... FAU Solingen, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/ Treffen jeden 3.Freitag im Monat 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen,<fausg@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt
Darmstadt ..... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich ..... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>
Freiburg ..... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr, KTS, Baslerstr.103; jeden 3.Freitag im Monat ab 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: jeden 1. Donnerstag im Monat, von 20-21 Uhr, Strandcafe(Grether-Gelände), Adlerstr. 12
Karlsruhe ..... FAU Karlsruhe, www.fau-karlsruhe.org, <fauka@fau.org>, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe
Kassel..... Kontakt über <fauffm@fau.org>
Lich..... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Mainz..... Kontakt über Frankfurt/M.
Mannheim ..... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Marburg..... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
München ..... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, http://www.fau-m.de/, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg ..... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken .... Kontakt über Neustadt/W
Stuttgart..... FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ..... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

AG Jugend & ASJ

Berlin ..... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogsport.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc
Bielefeld ..... ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogsport.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr
Bonn ..... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogsport.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ..... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogsport.de
Herne/ ..... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7
Recklinghausen c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>, www.asjruhrpott.blogsport.de
Köln ..... ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogsport.de
Leipzig ..... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asjl.blogsport.de
Mainz..... ASJ Mainz, <asjmz@hotmail.de> www.asjmainz.blogsport.de
Moers ..... ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmeors@riseup.net>, www.asjmoers.blogsport.de
NRW ..... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogsport.de

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org>
Ost: Berlin <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern ..... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Brummis machen mobil

Trucker wehren sich gegen miese Arbeitsbedingungen. Zwei Interviews

Die Arbeitsbedingungen in der Speditionsbranche gelten als besonders schwierig. Gerade Arbeitszeiten stellen hier, wo Ermattung zu dramatischen Folgen führen kann, ein wichtiges Thema dar. Die DA *sprach mit den KraftfahrerInnen Simone Hoyer und Ingo Schulze. Hoyer fährt einen Autotransporter und engagiert sich für die Rechte der Berufskraftfahrer. Auf ihrer Homepage* Truckerlady.net *befragt sie Fahrer zu ihren Arbeitsbedingungen und verlinkt zu verschiedenen Initiativen, u.a. zur FAU. Schulze ist Berufskraftfahrer und Erster Vorsitzender der Kraftfahrerclubs Deutschland (KCD). Die KCD organisieren den internationalen Truckerprotest am 7. Juli auf dem Autohof Lehre bei Braunschweig. Es kommen Sprecher aus ganz Europa zur Kundgebung, u.a. von der CNT Spanien.*

Mit allen nachahmenswerten Mitteln: In Frankreich führten Trucker 2010 die „Operation Schnecke" durch. Zahlreiche LKWs fuhren absichtlich langsam und blockierten die Autobahnspuren. Auch PKWs beteiligten sich solidarisch an der Aktion.

Ingo Schulze

Kannst du deine Organisation vorstellen?

Unsere Kraftfahrerclubs (KCD) sind 2011 gegründet worden, damit unser Beruf wieder Anerkennung in der Öffentlichkeit findet. Ein gemeinsames und faires Miteinander ist das Hauptziel unseres Vereins. Nur so erreichen wir, dass die Fahrer wieder zusammen für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir haben im Laufe der Zeit begriffen, dass wir uns dafür auch politisch betätigen müssen. Das machen wir, indem wir uns mit Gewerkschaften und Organisationen aus anderen Ländern zusammensetzen, aber auch mit Organisationen der Unternehmer. Wir wollen uns weniger mit tariflichen Fragen auseinandersetzen, wir wollen die Politik und den Gesetzgeber anpacken, damit es bessere Rahmenbedingungen gibt. Auch die Öffentlichkeit sollte darüber nachdenken, dass ein unzufriedener Fahrer unmotiviert zur Arbeit geht, und dass ein unmotivierter Fahrer ein Sicherheitsrisiko ist. Man sollte also nicht über die Fahrer herziehen und sie abkassieren, sondern über die Situation der Fahrer in der Öffentlichkeit nachdenken und mit der Politik und den Gewerkschaften daran arbeiten, dass die Ursachen bekämpft werden.

Wie sieht es aus mit den Arbeitszeiten für Berufskraftfahrer?

Die Arbeitszeiten bestehen aus Schichten von 13 bzw. 15 Stunden. Wir machen zwar unsere Pausen, aber viele Fahrer lassen sich drängen, in diesen Be- und Entladetätigkeiten zu verrichten. Ich persönlich lasse mir die Zeit nicht mehr wegnehmen. Wochenendarbeit wird oft nur durch Spesen abgegolten. Für die 24 Stunden, die die Fahrer meistens weg von zu Hause sind, gibt es überhaupt keinen finanziellen Ausgleich außer den Spesen. Und die reichen lange nicht mehr, um damit den Unterhalt auf Rasthöfen zu bestreiten.

Und die Bezahlung?

Das Schlimme ist, dass in der Branche nur noch pauschal bezahlt wird. Jede Stunde, die du extra machst, wird nicht bezahlt. Früher hat man noch Stundenlohn gekriegt. Das ist erst in den 90er Jahren ausgeartet, wobei damals noch relativ vernünftig gezahlt wurde. Ende der 90er wurde dann in vielen Speditionen das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen, die Löhne gingen teilweise runter. Heute sind wir an einem Punkt angelangt, wo die Fahrer in Deutschland Billiglohnarbeiter sind und als solche auch in Europa „gehandelt" werden.

Wie hat eine solche Situation entstehen können?

In den 90ern wurde alles auf einen LKW gesetzt, was einen Führerschein hatte. Die Branche ist explodiert. Viele waren froh, dass sie einen Job hatten, und es gab die Träumer, die einfach LKW fahren wollten. Die Fahrer haben sich nicht für die vorangegangen Auseinandersetzungen und Löhne interessiert. In dieser Zeit sind auch die Frachtpreise weiter gefallen. Firmen, die die gewerkschaftlich ausgehandelten Löhne nicht mehr tragen konnten, sind einfach aus dem Tarifverbund ausgetreten. Die Gewerkschaften haben so ihre Bedeutung verloren. Heute geht es den Fahrern lohntechnisch schlechter als je zuvor. Viele Zusatzzahlungen sind weggefallen. Wir haben auch ein Lohngefälle zwischen Nord und Süd – und natürlich zwischen Ost und West. „Mindestlohn" klingt in einem solchen Moment zwar gut, aber mit den Mindestlöhnen, von denen man jetzt spricht, von 7,50 oder 8 Euro, wird es nicht besser. Wichtig wäre, auch dafür bezahlt zu werden, dass wir fünf volle Tage die Woche nicht zuhause sind. Die Spesen entschädigen einen nicht dafür.

Welchen Einfluss hat die Politik in dem Gewerbe?

Die EU betreibt eine Politik der Deregulierung, und die sorgt für einen enormen Konkurrenzdruck. Die Statistiken belegen, dass die Frachtpreise sinken, worunter gerade die kleinen Firmen leiden. Das bricht vielen das Genick, v.a. den selbstfahrenden Unternehmern. Und das schwächste Glied in der Kette sind die Fahrer. Die einzige Möglichkeit, etwas zu ändern, ist, die Politik, egal mit welchen Mitteln, auf die Problematik aufmerksam zu machen. Einige Politiker sind auch an Gesprächen interessiert. Aber wir erreichen nichts, wenn es nur einzelne sind. Sollte die Politik nicht hören wollen, muss man eben auch mit den uns zur Verfügung stehenden härteren Mitteln reagieren.

Simone Hoyer

Wie würdest du die Arbeitszeiten für Berufskraftfahrer beschreiben?

Eine 40- oder 48-Stunden-Woche kann in diesem Gewerbe nicht eingehalten werden. In vielen Speditionen hält man sich nicht an die Lenk- und Ruhezeiten und werden die gesetzlichen Arbeitszeiten überschritten. Wenn man mal ein wenig überzieht, weil man keinen Parkplatz findet, wie es mir gerade passiert ist, ist das etwas anderes. Ich wurde kontrolliert, aber die Polizei kennt die Situation, und weil es nachweislich nur einmal vorkam, war es kein Problem. Es gibt aber Fahrer, die sich alles gefallen lassen, die ihren Tachografen manipulieren oder mit mehreren Fahrerkarten arbeiten.

Über so etwas öffentlich zu sprechen, ist unter Fahrern verpönt, weil es das Image ihres Berufes ruiniert?

Ich sehe das nicht so. Ganz im Gegenteil: Wenn die Fahrer an die Öffentlichkeit gehen, dann wollen sie ja, dass der Druck von ihnen genommen wird und dass das Problem gelöst wird. In Frankreich sagt ja auch keiner: „Ihr seid kriminell, weil ihr auf die Straße gegangen seid und für bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten gestreikt habt." Viele LKW-Fahrer hier haben eine große Achtung vor den Kollegen, die es in Italien, Frankreich oder Spanien einfach gemacht haben.

Du bist ja auch mit einer Homepage an die Öffentlichkeit gegangen.

Mir geht es im Moment gut, aber ich habe auch schon Schlimmes in diesem Beruf erlebt. Es gibt so viele Fahrer mit einem miesen Job, und ich will ihnen Mut machen, sich einen besseren zu suchen. Es werden überall Fahrer gesucht. Die Onlinebefragung auf meiner Homepage zeigt erschreckende Ergebnisse: Jeder Zweite hat haarsträubende Arbeitszeiten. Einige arbeiten zu Lohnbedingungen, die kaum besser sind als Hartz IV. Ich habe mit Fahrern aus Polen gesprochen, die wurden besser bezahlt als einige hier in Ostdeutschland. Die Fahrer müssen sich einfach mal klarmachen, dass ohne sie nichts läuft.

Es heißt, dass im Osten Deutschlands die gesetzlichen Regeln besonders häufig gebrochen werden.

Es dürfte wohl im Osten schlimmer sein, es ist aber kein rein ostdeutsches Problem. Ich bin selbst für eine Firma in den alten Bundesländern gefahren. Da hatte ich Kollegen, die sind mit Tricks und verschiedenen Fahrerkarten fast rund um die Uhr gefahren.

Siehst Du die Möglichkeit, dass die vereinzelten Fahrer zusammenkommen, um über die Situation zu diskutieren und vielleicht etwas zu bewegen?

Durchaus. Ich war zum EM-Spiel Deutschland gegen Holland an einem Autohof. In der Halbzeit haben sich die ganzen Fahrer über den Streik am Hafen von Antwerpen unterhalten. Wir haben da auch über unsere miesen Bedingungen geredet. An solchen Orten rücken alle zusammen und tauschen sich aus, egal ob Holländer, Polen oder Deutsche. Ich habe das Gefühl, dass sich hier etwas bewegt.

Interviews: Karsten Weber

Kolumne Durruti

Jedes Jahr derselbe Krampf: Wann nur eine oder zwei Stufen in der Tretmühle auslassen und Urlaub nehmen? Und vor allem: Was damit machen? Wie regeneriere ich meine Arbeitskraft am besten, damit ich sie danach wieder – mit Mehrwert für den „Käufer" – unter Wert verkaufen kann. (Nebenbei: Warum zahle ich eigentlich Mehrwertsteuer?)

Erste Variante: Tourismus oder Reisen – ein Euphemismus für eine Abwandlung vom Tourismus. Mitmachen also bei der illusionären Flucht aus der prekären Wirklichkeit, bei der „Inszenierung von Freiheit als Massenbetrug" (Hans Magnus Enzensberger, Theorie des Tourismus, 1958). Um dann auf einem überfüllten Flughafen festzusitzen und die Flüche anderer Lohnarbeiter über die Streikenden mit anhören zu müssen, die uns den Urlaub nicht gönnen und uns für ihren maßlosen Egoismus als „Geiseln" nehmen. Um dann durch fremde Städte zu irren und überteuerten Mist zu fressen, serviert von unterbezahltem, abgehetztem Personal, und dessen Chef reich zu machen.

Zweite Variante: Nahtourismus. In überfüllten Bahnen an versiffte, überfüllte Brandenburger Badetümpel fahren. Die Züge sind immer verspätet, weil die Deutsche Bahn lieber in teure Stuttgarter Grundstücke hineinpulvert anstatt ihre MitarbeiterInnen gut zu bezahlen und durch Neueinstellungen zu entlasten. Und wenn diese dann streiken: siehe Flughafen. Und natürlich: Um in verranzten Imbissbuden überteuerten Mist zu fressen: siehe Ferntourismus.

Dritte Variante: Krawalltourismus. Also dorthin fahren, wo noch richtig gestreikt wird, also nach Spanien oder Griechenland – und mitmachen. Um dann aber von den Bank-Europa rettenden Robocops mit Tränengas besprüht zu werden. Und danach in überfüllten Arrestzellen zu sitzen und überteuerten Mist zu fressen – unfreiwillig bezahlt von den Streikenden.

Die letzte Variante gefällt mir da noch am besten – bis auf den Ausgang natürlich.

Ich glaube, ich bleibe hier. Die Stadt ist leer, die Vergnügungsstätten sind es auch. Ich gehe weiter in „meinem" Kino arbeiten. Aber ganz, ganz gemächlich. Mit meinen KollegInnen trinke ich ein paar Dienstbiere, in Gedenken an den ehemaligen tschechischen Außenminister gleichen Namens – und an die Brauereiarbeiter, die 1903 den ersten tariflichen Urlaub erkämpft hatten. Dann setzen wir uns in den leeren Saal und sehen uns selbst die Filme an. Auch eine Flucht aus der Realität, zugegeben. Aber schlechter wird sie dadurch nicht. Nur: Was mache ich mit meinem Urlaub?

Andreas Loktjew

TERMINE

☞Halle

Do. 5. Juli, 19.00 Uhr
Infoladen Glimpflich,
Ludwigstraße 37
Info: Unter Deutschen
Vortrag von Holger Marcks zu sozialem Frieden und nationaler Burgfriedenspolitik in Deutschland

☞Berlin

Fr. 13. Juli, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstraße 11
Kino: „Strike Soap"
Gezeigt werden Serienepisoden, in denen der Klassenkampf tobt. In den USA gibt es sogar einen recht gelben Streik. Mit kurzem Input zum Drehbuchautorenstreik in Hollywood 2007/08 und dessen Niederschlag in Serien

Fr. 20. Juli, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstraße 11
Info: „Die vergessenen 68er"
1968 protestierten auch junge ArbeiterInnen gegen Springer, Notstandsgesetze und Vietnamkrieg. Mit der Ruhe in den Betrieben war es ebenso vorbei. Vortrag über die Lehrlingsbewegung von 1965-75

Fr. 27. Juli, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstraße 11
Info: „Wachstum über alles?"
Die Kehrseite des Wachstums ist die zunehmende Ausbeutung von Mensch und Natur. Wohlstand ohne Wachstum, diese ökonomische Perspektive stellt Matthias Schmelzer (Viadrina-Universität Frankfurt O.) vor

☞Freiburg

Fr. 20. Juli, 19.30 Uhr
KTS, Baslerstr. 103
Kult: Streikkasse füllen!
„Inner Terrestrials" Anarcho-Dub-Reggae-Ska-Punk-Legende aus London
„Urban Pirate Soundsystem" Dub-Sample-Punk-Band aus Freiburg
www.fau.org/freiburg

DA Sommertipp

☞St. Imier (CH)

Mi. 8. – So. 12. August
Lageplan auf
www.anarchisme2012.ch
Kult: „Internationales anarchistisches Treffen"
Im Schweizer Jura wird ein libertäres strömungsübergreifendes Treffen mit erwartet bis zu 3000 TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt stattfinden. 1872 wurde St. Imier zu einem wichtigen Punkt in der Entstehungsgeschichte der antiautoritären Arbeiterbewegung.
www.anarchisme2012.ch

Do. 9. – So. 12. August
Patinoire d'Erguel (Eishalle),
Beauregard 4, CH-2
Kult: „Anarchistische Buchmesse"
Parallel zum int. Treffen findet die Buchmesse statt.
buechermesse.ch

DA meets LiMesse

☞Bochum

Fr. 24 – So. 26. August
Bahnhof Langendreer,
Wallbaumweg 10
Kult: „Libertäre Medienmesse"
Die 2. libertäre Medienmesse im Ruhrgebiet. Auch die *DA* wird dort sein!
www.limesse.de

Anzeige
www.limesse.de

2. Libertäre Medienmesse
24.-26. August 2012
Bahnhof Langendreer
Bochum | Ruhrgebiet
Es ist wieder soweit. Drei Tage lang, vom 24. – 26. 8. 2012 werden libertäre Verlage, Zeitschriften, Radio-, Video- und Internetprojekte ihr Programm vorstellen. Drei Tage Messe, Projektvorstellungen, Lesungen, Kultur, Veranstaltungen, Infos, Leute treffen und Pläne schmieden für eine Welt jenseits von Krise und Ausbeutung.

Maloche nach Maß

Modelle selbstbestimmter Arbeitszeit sind im Kommen. Wer profitiert davon?

In der Bundesrepublik arbeiten in der Kultur- und Kreativbranche inzwischen mehr Menschen als in der Automobilindustrie. Von diesen sogenannten Kreativen haben nur wenige eine feste Stelle, viele schlagen sich als Selbstständige bzw. Freelancer durch und hangeln sich von der Mitarbeit an einem Projekt zum nächsten. Für die Unternehmen in dieser Branche ist das überaus vorteilhaft: Während Normalangestellte von ihnen erstens nicht immer und zu jedem Zeitpunkt benötigt werden und zweitens immer wieder für viel Geld weitergebildet werden müssen, können solche finanziellen Belastungen und Risiken bei freien MitarbeiterInnen einfach auf diese abgewälzt werden.

Ein zusätzlicher Vorteil für Unternehmen besteht darin, dass ProjektarbeiterInnen kaum darauf kommen oder die Gelegenheit dazu haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren, etwa um Verbesserungen beim Lohn oder den Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Das fängt bereits bei dem Bewusstsein der „Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft“ an, als die sich viele Freelancer verstehen. Statt ihre gemeinsame großenteils prekäre Lage einzusehen und dagegen gemeinsam etwas zu unternehmen, unterbieten sie sich als Konkurrenten gegenseitig, etwa bei Honoraren und der Entlohnung für Projektstellen und können oftmals auch gar nicht anders, um zu überleben.

Entgrenzte Arbeit

Während sich in der aufkommenden Industriegesellschaft ein in den jeweiligen Branchen mehr oder weniger homogenes Proletariat gebildet hatte, für das die traditionellen Gewerkschaften immerhin gewisse Verbesserungen der Lebenssituation erkämpfen konnten, kommt es in der entstehenden Wissensgesellschaft zu einer erneuten Isolierung der Arbeitenden voneinander. Wenn man so will, könnte man von der Entstehung des virtuellen Landes sprechen, das die neuen WissensarbeiterInnen von nun an beackern; unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Um im Bild zu bleiben: Auch wenn man es ihm nicht auf den ersten Blick ansieht, ähnelt der moderne Kreativarbeiter, der mit seinem Notebook in einem Coworking-Space sitzt, seiner Arbeitsrealität nach dem Bauern, der seine eigene kleine Scholle bewirtschaftet. Nur dass Letzterer die Scholle vom Fürsten zugeteilt bekam, Ersterer vom Auftraggeber (oder eben auch nicht).

Diese schöne neue alte Arbeitswelt der Kreativen von heute gilt auch als Indikator für gesellschaftliche Arbeitsprozesse von morgen überhaupt. Flexible Arbeitsmodelle werden auch in anderen Branchen zunehmend ausprobiert und eingeführt. So plant der IT-Riese IBM ein sogenanntes Liquid-Modell, bei dem über eine kleine Kernbelegschaft hinausgehend alle weitergehenden Arbeitsschritte von ProjektarbeiterInnen übernommen werden sollen. Für diese Projekte muss sich dann einzeln beworben werden. (Siehe dazu „Taylorismus 3.0“, *DA* Nr. 211.) Der Stress bei der Arbeitssuche wird so zum kontinuierlichen Druck gesteigert, sich ständig um neue Aufträge bemühen zu müssen. Die vermeintlich selbstbestimmte Arbeitszeit und das Private verschwimmen gerade bei diesen Arbeitskräften zunehmend.

Die Guten ins Töpfchen...

Bei all dem, was sich in Sachen „selbstbestimmter“ Arbeitszeit anbahnt oder bereits existiert, gibt es auch Ausnahmen. Der wesentliche Unterschied zur prekären Freelance-Kreativwirtschaft ist, dass ein flexibler und gleichzeitig grundsätzlich sicherer Arbeitsplatz als Motivation für die Angestellten beiträgt. Mit so genannten weichen Faktoren – wie Dienstwagen und anderen Bonbons – soll die Stelle attraktiv gemacht werden. Hier sollen die neuen Modelle der Arbeitszeitgestaltung die Zufriedenheit und damit Bindung von Fachkräften an das Unternehmen erhöhen. Eine Studie der Unternehmensberatung Watson Wyatt Heissmann stellte im Jahr 2008 fest, dass es den meisten Arbeitenden wichtiger ist, Privates und Berufliches besser in Einklang zu bringen, als materielle oder finanzielle Zuwendungen zu erhalten.

Dieser Erkenntnis folgt man etwa im baden-württembergischen Ditzingen bei der Firma Trumpf: bei dem im Bereich Werkzeugmaschinen weltmarktführenden Unternehmen mit weltweit 8.500 MitarbeiterInnen hat ein Soziologe als Arbeitsdirektor das Arbeitszeitmodell neu gestaltet. In dem Unternehmen gilt eine Basisarbeitszeit von 35 Stunden, die flexibel auf 40 Stunden die Woche erhöht und auf bis zu 15 Stunden gesenkt werden kann. Solche Modelle bieten gerade für junge Menschen, die Arbeit den individuellen Bedürfnissen anpassen möchte, eine hohe Attraktivität. Bei Trumpf gibt es ein Freizeitkonto sowie eine großzügige betriebliche Altersvorsorge. Die dadurch nach eigenen Angaben um 50 Prozent gestiegene Zahl der Bewerbungen scheint Trumpf einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil zu gewähren.

Quelle: DPA
Gleitzeit - ein flexibles Arbeitszeitmodell

Allerdings ist Trumpf ein sehr erfolgreiches Unternehmen, der Standort in Ditzingen sein Hauptsitz. In der Region liegt die Erwerbslosequote bei gerade mal vier Prozent, und große Unternehmen wie Bosch, Porsche oder Mercedes produzieren direkt um die Ecke. Es geht bei Trumpf daher letztlich darum, hoch qualifizierte Fachkräfte an- und abzuwerben und zu halten, die auch jederzeit zur Konkurrenz gehen könnten. Auch andere Unternehmen diskutieren über solche Modelle als Teil ihrer Unternehmensstrategie, da sie aufgrund des vorhandenen Fachkräftemangels dazu gezwungen sind, um diese Wenigen zu werben und diese an sie zu binden. Die langfristige Bindung von Fachkräften an den Arbeitsplatz ist letztlich erfolgversprechender, wenn sie ihr Leben nicht nach der Arbeit, sondern die Arbeitszeit mehr oder weniger nach ihren wechselnden Lebensbedürfnissen ausrichten können.

Bought me a brand new Teilzeit-Paket

Ganz toll findet man flexible Arbeitszeitgestaltung auch auf höchster staatlicher Ebene, beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Das von Ursula von der Leyen (CDU) geführte Ministerium gibt Unternehmern auf seiner Homepage gleich sieben verschiedene Teilzeitmodelle als „Vorschläge in die Hand, ihr Unternehmen nicht nur effizient und kundenfreundlich zu führen, sondern auch eine hohe Motivation der Mitarbeiter zu gewährleisten“. Die Modelle tragen die ebenso illustren wie warenförmigen Bezeichnungen „Teilzeit Classic“, „Teilzeit Vario Classic“ oder „Teilzeit Home“.

Beim Modell „Teilzeit Saison“ geht es dem BMAS darum, „zum Ausgleich von Über- bzw. Unterauslastung in Saisonbetrieben“ in arbeitsreichen Phasen Vollzeitbeschäftigte bereitzustellen, die dann bei niedriger Auslastung wiederum „frei“ haben. Es ist sehr gut ersichtlich, an wen sich dieses wie auch alle anderen Angebote in erster Linie richten: an die Unternehmen, für die auf diese Weise „die kostenintensive Suche und Einarbeitung neuer Mitarbeiter für die nächste Hochsaison“ entfällt. Auf geradezu perfide Weise wird die „außerhalb der Saison ganze Monate“ betragende Erwerbslosigkeit vom BMAS als „Freizeitgewinn“ deklariert.

Auch der eingangs angesprochenen Entsolidarisierung unter den Beschäftigten wird durch die Vorschläge des Ministeriums Vorschub geleistet: So soll nach dem Modell „Teilzeit Team“ vom Unternehmer vorgegeben werden, „wie viele Mitarbeiter in bestimmten Zeitabschnitten anwesend sein müssen. Im Team wird dann die jeweilige persönliche Arbeitszeit geplant und abgesprochen.“ Eine Aufgabe der Unternehmensleitung wird so an die Beschäftigten selbst delegiert – das Herrschaftsverhältnis zwischen Chef und Angestellten nicht aufgehoben, sondern verschleiert.

Investieren in den Job

Die weiteren Vorschläge des Ministeriums heißen „Teilzeit Invest“ und „Teilzeit Jobsharing“. Erstere ist „unsichtbare Teilzeitarbeit. Gearbeitet wird Vollzeit – bezahlt wird Teilzeit“, bei der dann „Zeit- oder Geldguthaben auf einem Langzeitkonto angespart werden“, um irgendwann in Zukunft einmal bereits vorfinanzierte „mehrmonatige Urlaubsphasen“ oder „Sabbaticals“ machen zu können oder gleich in den „Vorruhestand“ (mit 66 statt 67?) zu gehen. Beim „Teilzeit Jobsharing“ schließlich sollen sich zwei Arbeitende eigenverantwortlich eine einzige Stelle teilen. Man kann sich schon denken, was daran für die Unternehmen besonders praktisch sein dürfte: Wenn einer mal krank wird, dann kann schließlich immer noch der andere arbeiten.

Beruhigend dabei ist, dass das BMAS auf seiner Homepage unter den FAQs zu den neuen Arbeitszeitmodellen die wirklich brennende Frage aufwirft, ob denn „Arbeitgeber durch die Teilzeitregelung belastet“ werden würden: Nein, lernen wir, denn „flexible Arbeitszeiten sind wirtschaftlich, wie Beispiele von Unternehmen in Deutschland und Europa beweisen. Wer weniger arbeitet oder seine Arbeitszeit verteilt, ist produktiver, effizienter und motivierter. Für Unternehmen bedeutet das höhere Produktivität, geringere Fehlzeiten und geringere Fluktuation.“

Die Frage, was die sogenannte Flexibilisierung für die produktiver und effizienter gemachten Beschäftigten bedeutet und welche negativen Konsequenzen sich aus ihr für sie ergeben, wird beim BMAS nicht aufgeworfen. Im Gegenteil wird stets suggeriert, dass es sich bei den Teilzeitmodellen insgesamt um eine Verbesserung ihrer Situation handele. Dass sich eine auf solche Weisen gestaltete flexible Arbeitszeitgestaltung im Großen und Ganzen zu Ungunsten der Wirtschaft auswirken könnte, wird von vorneherein ausgeschlossen; dass sie sich insgesamt zu Gunsten der Beschäftigten auswirken könnten, ist damit auch auszuschließen.

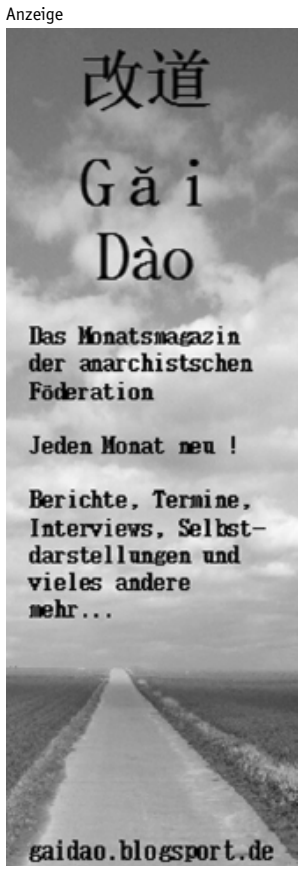
Das Privileg und sein Gegenteil

Während bei Freelancern die flexible Dauerverfügbarkeit und der kontinuierliche Stress durch Jobs auf Abruf charakteristisch sind, ist etwa bei Trumpf die Veränderung vormals klassischer Arbeitszeitorganisation mit der neueren Komponente der Einbindung der Bedürfnisse des Arbeitnehmers tatsächlich gegeben. Es gibt dort ein Stück Arbeitszeitautonomie – wenigstens für die, die es (noch) wert sind. Bei anderen Arbeitenden, insbesondere bei Hilfskräften, Ungelernten und anderen prekär Beschäftigten ist eine solche Arbeitszeiteinteilung dagegen nicht im Kommen.

Hier gilt das genaue Gegenteil: Auf der ständigen Suche nach neuen Beschäftigungen können sie sich überhaupt nicht mehr aussuchen, wann und wo sie (nicht) arbeiten. Der Wert, der der Arbeit zugeschrieben wird, könnte möglicherweise zukünftig nicht mehr nur über den Lohn, sondern ebenso in der Option, seine Arbeitzeit selbst bestimmen zu können, zum Ausdruck kommen. Allerdings ist auch bei den positiven Beispielen letztlich nur der Wettbewerb um die wenigen besten Fachkräfte ausschlaggebend. Sollte der Fachkräftemängel in der Region eines Tages vorbei sein, wird es wohl auch mit dem Privileg der selbstbestimmten Zeiteinteilung bei den Angestellten zu Ende gehen.

Hedwig Hegel & Sebastien Nekyia

Anzeige

Anzeige


Anzeige

Anzeige

Kidnapping im Arbeiterparadies

Die Debatte um eine Einschränkung des Streikrechts entwickelt sich zum Dauerbrenner

Beruf verfehlt. Dass Jens Bergmann, der Geschäftsführer der Deutschen Flugsicherung, eigentlich als Kabarettist auf die Bühne gehört, daran wird nicht zweifeln, wer Anfang Juni über den Streik der Fluglotsengewerkschaft GdF las: „So ein Streik ist für die Gewerkschaft nicht mehr anstrengend". Inzwischen reiche schon die „Androhung der Androhung", um Forderungen durchzusetzen. Das deutsche Arbeitsrecht: ein Arbeiterparadies, in dem Fachkräfte ihre Chefs erpressen und Kundschaft wie Restbelegschaft gleichermaßen in „Geiselhaft" nehmen! Diese Bezeichnung, die in streikfreudigeren Ländern wie etwa Frankreich zu den Standardfloskeln der Konservativen gehört, fiel tatsächlich hierzulande, als Anfang März im Bundestag auf Antrag der SPD über die Tarifeinheit diskutiert wurde.

Nachdem die gemeinsame Initiative der Sozialpartner BDA und DGB seit 2010 keine Erfolge zeitigte, schlugen die Wogen anlässlich des Streiks am Frankfurter Flughafen wieder hoch. Insbesondere VertreterInnen der SPD drücken aufs Tempo, um die Stellung der sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften des DGB zu verteidigen. Die CDU/CSU kommt zwar nicht umhin, zuzugeben, dass die Untergangsszenarien des Unternehmerlagers auch im Jahr zwei der Tarifpluralität noch immer nicht eingetreten sind, so dass akuter Handlungsbedarf nicht besteht. Vermutet werden darf jedoch ein regierungstaktisches Spiel auf Zeit. Entsprechend zerknirscht äußerten sich Anfang Juni die regulierungswütigen BefürworterInnen der Tarifeinheit: derzeit bestehe „kein politischer Wille, dies umzusetzen".

Liberale Pirouetten

Dieses Orakel schien sich Mitte Juni dank Hilfe der FDP-Fraktion zu bewahrheiten. Leicht euphorisch beurteilte Hans-Jörg Freese vom Marburger Bund gegenüber der *DA* „die überraschend grundsätzliche Positionierung" der Liberalen mit dem lädierten Image. So seien auch bisherige Unterstützer der BDA/DGB-Initiative wie der wirtschaftspolitische Sprecher Martin Lindner gebunden. Der vollführte indes eine beispielhafte politische Pirouette: „Eine umfassende Regelung des Tarif- bzw. Arbeitskampfrechts" lehne man zwar ab, aber, „punktuelle Regelungen" aber seien möglich. So denkt Lindner laut über eine Ankündigungsfrist und über eine Prozenthürde für Streiks nach. Als wäre die Hürde der Tariffähigkeit nicht schon hoch genug!

Damit greift Lindner einige Vorschläge der Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Stiftung auf, die sich auf die Beschränkung von Gewerkschaftsfreiheiten in der „Daseinsfürsorge" konzentriert hatte (*DA* berichtete). Dieser Vorstoß wurde auch von betroffenen DGB-Gewerkschaften scharf abgelehnt. Kein Wunder, handelt es sich dabei doch nicht um „umfassende", sehr wohl aber um schwerwiegende Eingriffe. Lindners Tagträume hält übrigens auch Karl Schiewerling, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, für „hilfreiche und sinnvolle Überlegungen".

Quelle: www.come-on.de/bilder/2012/03/20/2245613/506128349-verdi-streik,9,c32e,0;pNw;qU,12MH.jpg

Streikrecht wieder in der Debatte

Die Gefahr der Zementierung eines restriktiven Streikrechts ist also keineswegs gebannt. Zu mutmaßen wäre, dass sich bereits die Debatte darüber negativ auswirkte: Mitte Juni bestätigte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg das sog. Streikverbot für Beamte (Aktenzeichen: 20 BD 7/11 und 20 BD 8/11) und opponiert damit gegen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte: ein klarer Dämpfer für die Tendenz zur Liberalisierung des Streikrechts und zur Ausweitung gewerkschaftlicher Freiheiten.

Was will „Monti II"?

Auf europäischer Ebene gilt die Monti-II-Verordnung über das „Recht auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit" (Aktenzeichen: 2012/0064/APP) als problematisch. Der offiziellen Diktion zufolge wolle man damit Klarheit schaffen, nachdem der Europäische Gerichtshof im Dezember 2007 in gleich zwei Entscheidungen (nach den Klägerfirmen als Laval- bzw. Viking-Urteil benannt) Gewerkschaften für schuldig befunden hatte. Schuldig, im Kampf gegen Lohndumping die wirtschaftliche Niederlassungsfreiheit verletzt und damit gegen EU-Recht verstoßen zu haben. Im Textentwurf „Monti II" heißt es nun, soziale und unternehmerische Freiheiten müssten jeweils „gewahrt" bleiben. Deshalb beklagen zahlreiche Gewerkschaften des EGB und linke KritikerInnen, dass mit „Monti II" ein soziales Grundrecht und die Handelsfreiheit auf eine Ebene gestellt würden.

Das heißt aber doch nur, dass die Gewerkschaften aufpassen müssen, wenn sie sich Unterstützung aus der Politik oder vor Gericht holen. Auf wirtschaftlichem Terrain unterscheidet sich ein grenzüberschreitender Arbeitskampf wohl kaum von einem lokalen. Auch wenn im Verordnungsentwurf von „Streitbeilegungsverfahren" und „Warnmechanismus" die Rede ist, handelt es sich dem Wortlaut nach nur darum, einen gleichberechtigten Zugang und intensiven Informationsaustausch vorzuschreiben. Von einer Zwangsschlichtung spricht die EU-Kommission nicht, es sei denn, nationalstaatliche Gesetze sehen eine solche vor. Freilich fragt sich auch: wozu eine Warnung ohne darauf folgende Handlung? Im Entwurfstext aber steht nichts von einer Intervention.

Vielleicht liegt darin der Grund, warum auch die Bosse der BDA die Verordnung ablehnen. Zumal „Monti II" eine einschränkende Wirkung auf das Streikrecht ausdrücklich verneint – solche Einschränkungen bleiben den Mitgliedstaaten selbst vorbehalten. Mit Blick auf SPD, DGB & Co. ist klar, was uns da blüht. Offenbar lauert die „Einschränkung des Streikrechts", vor der die grüne EU-Abgeordnete Elisabeth Schroedter warnt, nicht im fernen Brüssel, sondern direkt in Berlin mit seinen „nationalen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten".

André Eisenstein

Bleibet daheim und vermehret euch!

Das Betreuungsgeld zwischen Wahlkampfwahn und sozialem Schwindel

Um sich für den beginnenden Wahlkampf zur Familien- und Sozialpolitik zu positionieren, nutzen so gut wie alle Parteien die Diskussion um das sog. Betreuungsgeld. Gut beobachten lässt sich hieran, wie öffentliches Kapital für parteipolitische Ziele herhalten muss. Schon seit 2006 wird das Thema diskutiert. Viele verschiedene Modelle standen zur Debatte. Dabei waren sich alle Parteien einig, dass der elterlichen Erziehung die gesellschaftliche Wertschätzung fehlt und dass es in Deutschland unattraktiv sei, Kinder zu bekommen. Im Zuge des Ausbaus kapitalistischer Erziehungsanstalten beklagten v.a. christlich-konservative Vertreter, dass Eltern, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu Hause betreuen – was vornehmlich wohl situierte Familien betrifft –, die Wahlmöglichkeiten fehlten.

Nun versucht die CSU ein Wahlversprechen durchzuprügeln, um ihre provinzielle Lobby zu befriedigen. Die Kosten für diese Unternehmung werden auf bis zu 1,2 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt. Es ist eine Illusion, dass die Einführung des Betreuungsgelds – auch „Herdprämie" genannt – zum Januar 2013 großen gesellschaftlichen Nutzen hätte: 100 Euro bzw. später 150 Euro für jeden, der Alternativen zum öffentlichen Bildungsraum nutzt, helfen wohl nur den Familien, die ein christlich fundiertes Familienbild haben. An dieser Stelle wird deutlich, dass die CDU und ihre Vermehrungsministerin Kristina Schröder einen christlich-sozialen Familienentwurf zu etablieren versuchen.

Klar erkennbar ist auch die wahlkampfstrategische Abgrenzung zur SPD und den etablierten Gewerkschaften. Diese versuchen ihrerseits, die Steigerung der Produktivität des deutschen Volkes weiter voranzutreiben. Dies geschieht unter dem Deckmantel einer sozialen und weniger frauenverachtenden Familienpolitik, die zu einer maximalen Gewinnabschöpfung beitragen soll.

Zuletzt griff die Presse das Thema auf, um ausländerfeindliche und sozial-repressive Hetze zu betreiben. *Die Welt* beruft sich z.B. in einem Artikel auf eine Studie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Darin wird diese These aufgestellt, dass insbesondere migrantische und sog. „bildungsferne" Familien und deren Kinder Nachteile durch das Betreuungsgeld erfahren würden. *Die Welt* leitet daraus nun den Vorwurf ab, dass „Ausländern" der Wille fehle, sich gesellschaftlich zu integrieren, und dass Hartz-IV-EmpfängerInnen von vornherein nicht mit Geld umgehen könnten. Deshalb sei es besonders wichtig, dass MigrantInnen, Hartz-IV-Empfänger und deren Kinder nicht direkt vom Betreuungsgeld profitierten. Stattdessen solle das Betreuungsgeld etwa auf die Sozialleistungen angerechnet werden. Zur Diskussion steht dabei, ob das Budget für den Bildungsgutschein, den die Betroffenen für ihre Kinder erhalten, erhöht wird.

Letztendlich muss viel Geld für einen solchen „Erziehungsbonus" aufgewendet werden. Doch nicht etwa, um soziale Ungleichheiten zu beseitigen, nicht um die Lebensqualität oder Bildungsmöglichkeiten finanzschwacher Mitmenschen zu erhöhen, nicht um ein sexistisches Erziehungsbild aufzulösen oder zumindest die Arbeitsbedingungen für das Fachpersonal in Kindergärten zu korrigieren oder gar den Krippenausbau zu finanzieren. Vielmehr geht es um das Ausleben einer parteipolitischen Profilierungslust. Konkret bedeutet dies, dass die CSU, über jede Sinnhaftigkeit erhaben, ihre gesellschaftspolitischen Ziele durchzusetzen versucht.

Eduard Krause

§§§-Dschungel

Urlaub ist das Mindeste

Dass Urlaub zur Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig ist, bestreitet auch der Gesetzgeber nicht: § 3 des Bundesurlaubsgesetzes (BUrlG) regelt die Anspruchshöhe des gesetzlichen Mindesturlaubs. Aktuell hat jeder Arbeitnehmer einen Anspruch auf mindestens 24 Werktage, praktisch vier ganze Kalenderwochen. Dabei ist die Unterscheidung zwischen Arbeitstag und Werktag wichtig: Wer eine 5-Tage-Woche arbeitet, erwirbt einen Anspruch auf 20 Urlaubstage, woraus sich ebenfalls vier Kalenderwochen ergeben.

Urlaubssonderregelungen

Höhere Urlaubsansprüche sind im individuellen Arbeitsvertrag vereinbart und können daher auch Teil der Vertragsverhandlung bei Neueinstellung oder Weiterbeschäftigung sein. Oder sie sind in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen festgeschrieben. Verpflichtet sich ein Betrieb freiwillig zur Anwendung von gültigen Tarifverträgen, gilt auch die tariflich vereinbarte Anzahl von Urlaubstagen. Abweichungen von den tariflichen Vereinbarungen sind auch hier, wie bei allen Abweichungen von Tarifverträgen, nur zu Gunsten des Arbeitnehmers möglich.

Urlaub auf Wunsch

Ein generelles Recht auf Gewährung des Urlaubs zum gewünschten Termin hat der Arbeitnehmer nicht. Vom Jahresurlaub müssen aber gemäß § 7 Abs. 2 BUrlG mindestens zwei Wochen zusammenhängend gewährt werden. Soziale und gesundheitliche Gesichtspunkte, die einzelnen Arbeitnehmern Vorrang bei der Urlaubsgewährung einräumen, müssen immer berücksichtigt werden, auch in Betrieben ohne Betriebsrat. Abweichungen für Gründe, warum nachrangig Berechtigten Urlaub gewährt wird, vorrangigen aber nicht, sind vom Arbeitgeber anzugeben. Wird zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Einigung über den Zeitpunkt des Urlaubs erzielt, kann nach § 87 BetrVG der Betriebsrat den Urlaub festsetzen bzw. muss auf Feststellung von Urlaubsansprüchen geklagt werden, da Selbstbeurlaubung in allen Fällen nicht nur rechtswidrig ist, sondern eine nachfolgende Kündigung rechtfertigen kann.

Urlaub in allen Teilen

Auch Mini-JobberInnen haben Anspruch auf bezahlten Urlaub. Allerdings besteht kein Anspruch, dass der Urlaub in der Nebentätigkeit auch zum gleichen Zeitpunkt wie in der Haupttätigkeit gewährt wird. Wurde die Nebentätigkeit vom ersten Arbeitgeber genehmigt, steht sie, wenn sie während der Urlaubszeit des Hauptberufs weiter ausgeübt wird, nicht im Widerspruch zu dem allgemeinen Grundsatz, dass Urlaub der Erholung des Arbeitnehmers dienen soll.

Urlaub für alle

Betriebsurlaub legt die Zeiträume fest, in denen allen Beschäftigten Urlaub erteilt wird, und ist nach § 87 BetrVG nur in Absprache mit dem Betriebsrat festzulegen. Allein vom Arbeitgeber angeordnete Zwangsurlaube sind grundsätzlich unzulässig. Insbesondere bei kurzfristig ausgerufenen, nur wenige Tage umfassende Betriebsferien kann ein betriebliches Erfordernis regelmäßig verneint werden. Gesetzliche Regelungen, wie viele Urlaubstage der Arbeitgeber als Betriebsferien maximal anordnen darf, existieren nicht, nach Urteil des BAG vom 28.7.1981 sollten dem Arbeitnehmer jedoch wenigstens zwei Fünftel seines Urlaubsanspruchs zur freien Planung verbleiben.

Urlaub zu verschenken

Wird ein Arbeitsverhältnis während eines Kalenderjahres beendet und hat der Arbeitnehmer bis zu diesem Zeitpunkt bereits mehr Urlaubstage verbraucht, als er an Ansprüchen erworben hat, kann der alte Arbeitgeber nach § 5 Abs 3 BUrlG zwar keine Rückforderung des zuviel gewährten Urlaubsentgelts verlangen, der nachfolgende Arbeitgeber muss aber nur die für das laufende Kalenderjahr verbleibenden Urlaubstage gewähren. Praktisch bedeutet dieser Ausschluss von Doppelansprüchen nach § 6 BUrlG: Wird einem Arbeitgeber im August gekündigt und hat er zu diesem Zeitpunkt bereits seinen ganzen Jahresurlaub verbraucht, hat er gegen den neuen Arbeitgeber keinen Urlaubsanspruch mehr. Sehen die Arbeitsverträge Jahresurlaub in unterschiedlicher Höhe vor, wird dies rechnerisch ausgeglichen. Der Arbeitnehmer muss dem Arbeitnehmer beim Ausscheiden aus dem Betrieb eine Bescheinigung über den gewährten Urlaub ausstellen. Bedeutungsvoll ist diese Regelung insbesondere bei Leiharbeitsverhältnissen: Kommt ein Leiharbeiter der „Aufforderung" des Arbeitgebers nach, in einsatzfreien, auftragsschwachen Zeiten Urlaub zu nehmen, kann das dazu führen, dass er nach dem Wechsel zu einem neuen Arbeitgeber feststellen muss, für das restliche Jahr gar keine Urlaubsansprüche mehr zu haben.

Kein Urlaub ohne Taschengeld

Nach § 11 BUrlG ist das Urlaubsentgelt, das in Zeiten des Urlaubs das Arbeitsentgelt ersetzt, vor Antritt des Urlaubs auszuzahlen. In der Praxis wird das Urlaubsgeld zwar meist zum gleichen Termin wie der normale Arbeitslohn und somit erst nach dem Urlaub ausgezahlt, was in der Regel nicht zu Beanstandungen führt. Interessant an dieser gesetzlichen Regelung ist aber das daraus ableitbare Verständnis, dass der Urlaub, anders als Arbeit, nicht erst abgeleistet werden muss, um Entgeltansprüche erheben zu können. Vielmehr scheint es vom Gesetzgeber anerkannt zu sein, dass zur Erholung und Wiederherstellung der Arbeitskraft Kapitaleinsatz nötig ist und ohne diesen das mit dem Urlaubsanspruch einhergehende Erholungsgebot nicht verwirklicht werden kann.

Lotte Lattenkamp

Antimilitaristisches Camp in Husum

Bis zu 10.000 SoldatInnen könnten nach der aktuellen Bundeswehrreform in Husum stationiert werden. Dass sie maßgeblich an so genannten „Auslandseinsätzen“ der Bundeswehr beteiligt werden, davon ist auszugehen: Aufgabe z.B. des Spezialpionierbataillons 164 ist es, Stützpunkte im Ausland zu errichten und die technischen Anlagen zu betreiben.

Das in Husum stationierte Flugabwehrraketengeschwader 1 „Schleswig-Holstein“ sichert u.a. die Kasernen im Ausland vor „Bedrohungen aus der Luft“. Die Flugabwehrraketengruppe 26 stellt regelmäßig die „Sicherungseinheiten“ für Stützpunkte im Ausland. Dies schließt eine Ausbildung in *Riot and Crowd Control* ein und beinhaltet regelmäßiges Vorgehen z.B. gegen im Kosovo demonstrierende Zivilisten.

Auch sind die Husumer Militärs regelmäßig Teil der *NATO Response Force* (NRF), um mit dieser Angriffsarmee den „Zugang zu Märkten und Rohstoffen“ im Zweifelsfall auch militärisch durchsetzen zu können.

Die miteinander verwobenen städtischen Eliten aus Politik, Militär, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bestätigen sich regelmäßig öffentlich, wie geschlossen die Stadt hinter dem Militär stehe und wie verankert die Bundeswehr in der Gesellschaft sei.

Vom 9.-12.8. wird es in Husum unter dem Slogan „Militarismus jetzt stoppen!“ ein antimilitaristisches Protestcamp geben, das sich dem Treiben entgegen stellen, sowie den herrschenden Diskurs angreifen möchte.

Es soll ferner sichtbar machen, dass nicht alle Menschen uneingeschränkt hinter dem Militär und ihren verharmlosend als „Auslandseinsätzen“ bezeichneten Kriegen stehen.

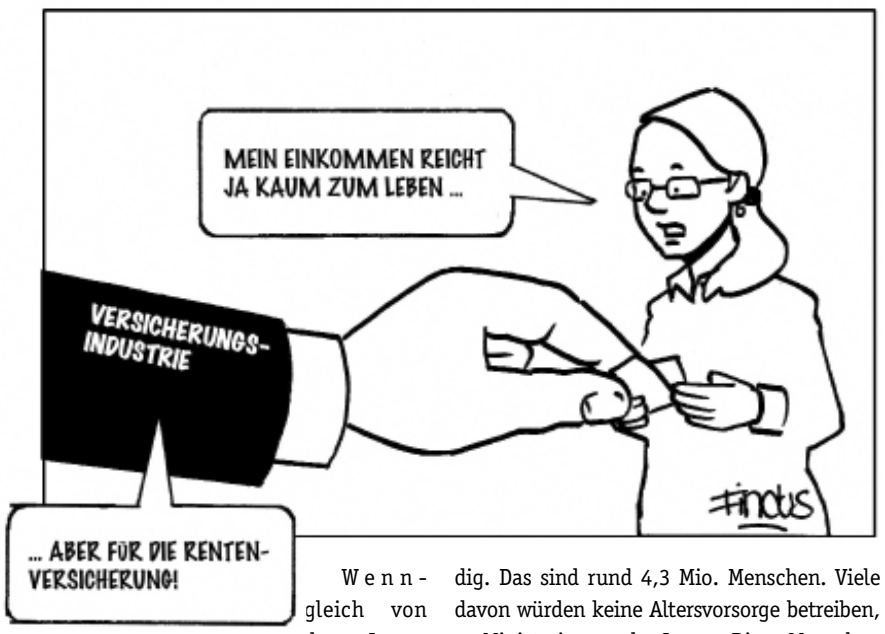
ASJ Mainz

Anzeige

Ich-AG war gestern

Das Arbeitsministerium will Selbstständige zur Vorsorge zwingen. Doch nicht alle werden sich die leisten können: eine Marktbereinigung mit sozialem Anstrich

Über 80.000 Menschen unterzeichneten die Online-Petition. Jetzt muss Ursula von der Leyens Entwurf einer Zwangsrente für Selbstständige vor den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Da wird über den Reformvorschlag nochmals beraten. Viele Selbstständige lehnen den Gesetzesentwurf ab.



Wenngleich von der Leyen nicht müde wird zu betonen, dass man in der Diskussion um eine obligatorische Altersvorsorge für Selbstständige „noch ganz am Anfang stehe“, scheinen einige Fakten festzustehen: Hauptbetroffene wären Unter-30-Jährige, während die Altersgruppe der 30–40-Jährigen lediglich durch ein abgeschwächtes Regelwerk, 50-Jährige gar nicht mehr in die Pflicht genommen werden sollen. Belastet werden sollen ferner nur Menschen, die monatlich durchschnittlich über 400 Euro verdienen. Zurückgewiesen hat von der Leyen die im Internet kursierende Information, nach der eine einkommensunabhängige Pauschalabgabe geplant sei. Auch versicherte sie, dass eine Übergangsfrist von drei bis fünf Jahren für ExistenzgründerInnen geplant ist, in der keine Abgaben zu leisten sind.

Festzustehen scheint auch, dass Ärzte, Notare und Architekten von der neuen Regelung ausgenommen werden, da sie bereits in berufsständigen Versorgungswerken untergebracht sind. Auch Versicherte der Künstlersozialkasse sollen verschont bleiben.

Von der Leyen spricht von „mehr Freiheit in der Versicherungswahl“. Ob sich Selbstständige durch eine Lebensversicherung, eine private oder gesetzliche Rentenversicherung oder die Rürup-Rente absichern, sei ihnen selbst überlassen. Bloß: Versichern müssen sie sich. Und zwar in der Weise, dass die Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter liegt. Zur Zeit sind das 700 Euro im Monat. Bei angenommen 45 Beitragsjahren hieße das eine Belastung von monatlich 250–300 Euro. Ist die Spanne der Beitragsjahre geringer, steigen die monatlichen Vorsorgekosten.

Nach Angaben des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung sind zur Zeit 10,9% der Beschäftigten in Deutschland selbstständig. Das sind rund 4,3 Mio. Menschen. Viele davon würden keine Altersvorsorge betreiben, so Ministerin von der Leyen. Diese Menschen seien besonders stark von einem Altersarmutsrisiko betroffen und könnten später auf Sozialleistungen angewiesen sein, also „der Allgemeinheit auf der Tasche liegen“. Um dem entgegenzuwirken, so von der Leyen, müssten die „Zahlungsunwilligen“ zur Vorsorge gezwungen werden. Aber hier offenbart sich bereits die ganze Schieflage des Entwurfs. Denn oftmals handelt es sich bei Soloselbstständigen nicht um Zahlungsunwilligkeit, sondern schlicht um Zahlungsunfähigkeit. Für viele Selbstständige wird es das Aus ihrer selbstständigen Berufstätigkeit bedeuten.

Darin sieht von der Leyen kein Übel. Es gebe derzeit eine Millionen offene Stellen in Deutschland zu besetzen. Wer unter 400 Euro im Monat verdiene, sei entweder nur nebenberuflich Selbstständig oder hätte ein unausgegorenes Geschäftsmodell. Letztere sollen sich doch lieber eine abhängige Beschäftigung suchen. Implizit behauptet sie damit, Prekarität sei individuelles Versagen, Folge eines schlechten Geschäftsmodells und nicht Resultat intensivierter Ausbeutung.

Die angedrohte Zwangsrente offenbart ebenso, dass die Selbstständigkeit nun von der Politik mit anderen Augen gesehen wird: War sie vor einigen Jahren noch ein beliebtes arbeitsmarktpolitisches Instrument (Stichwort Ich-AG), werden nun unprofitable, selbstständige Existenzen sukzessive vernichtet.

Minou Lefebre

Social Dictatorships

Ein Kommentar von Thomas Winzer

Facebook hat Anfang Juni die neuen Nutzungsbedingungen und Datenschutzrichtlinien zur Abstimmung gestellt. Das Ergebnis sollte bei einer Teilnahme von 30% der etwa 900 Millionen User bindend sein. Eine utopische Hürde. Am Ende haben auch nur 347.000 teilgenommen und überwältigende 87% dagegen votiert. Dabei wäre nichts einfacher gewesen, als feste Werbebanner zu schalten, um alle zu erreichen.

Da Zuckerberg & Co. sich den Ausgang aber sicher denken konnten, haben sie entsprechend vorgearbeitet und uns ein Lehrstück gesteuerter Demokratie geliefert: Die Wahlmöglichkeiten künstlich eingrenzen, durch Prozessbeschränkungen das Ergebnis vorwegnehmen und sich selbst mittels pseudo-legaler Dokumente Legitimität verleihen. Das erinnert an die Wahlen in Hybrid-Diktaturen, wie Ägypten, wo das Militär versucht, die Rahmenbedingungen über die staatliche Machtfülle zu gestalten, den Ausgang der Wahlen zu bestimmen und über eine hörige Justiz den Anschein demokratischer Legitimation zu wahren.

Vielleicht sehen wir hier auch schon die ersten Vorzeichen zukünftiger Herrschaft, wenn Unternehmensnetzwerke über digitale Plattformen reale Abläufe steuern – von Hausnetzwerken und Verkehrsleitsystemen über Gesichtserkennung bis Data-Mining – und damit auch die Lebensverhältnisse der Menschen konfigurieren. Entwickelt sich die national kontrollierte Demokratie zur marktprogrammierten Gesellschaft?

Auch der virtuelle Raum bedarf als Teil gesellschaftlicher Realität der Demokratisierung. Doch wie organisieren in vom Gegner kontrollierten Systemen? Die Social-Network-Bosse werden jedenfalls nicht einfach so loslassen. Das wollte Mubarak aber auch nicht. Die Arabellion gegen ihn erzeugte eine Druckwelle der Rebellion rund um den Globus – auch und vor allem durch die sozialen Netzwerke. Diese zu kontrollieren ist offenes oder verdecktes Ziel vieler Staaten. Der Kampf um den Öffentlichen Raum 2.0 hat also bereits begonnen.

Facebook-Polizei sorgt für Ruhe und Ordnung

15 Prozent der Weltbevölkerung sind Mitglied bei Facebook. Das sind rund 900 Millionen Menschen. Facebook bedarf gerade mal 300 Mitarbeiter, um diese beeindruckende Zahl an Mitgliedern vor Hackerangriffen und Spam-Attacken weitgehend zu schützen, v.a. aber um die Qualität eines Produktes zu sichern, das jetzt auch Tauschwert an der Börse hat.

Wie das funktioniert? Wie das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtet, geht die „Facebook-Polizei“ dabei nach der Methode der Rasterfahndung vor: Vermeintlich gefährliche und anrüchige Datenlinks werden in einer Datenbank gesammelt. Mit Hilfe von Programmen, die Virenscannern nicht unähnlich sind, wird das Netzwerk nach diesen Links durchforstet. Täglich werden durchschnittlich rund zwei Milliarden Verlinkungen auf Facebook erstellt, die so überprüft werden können. Tatsächlich haben sich Werber und Hacker bereits alles Mögliche einfallen lassen, um Facebook auch für sich nutzbar zu machen. Das reicht von gewöhnlichem Spam bis hin zu gefälschten Like-Buttons, die zu Inhalten führen, die für ein FB-fremdes Produkt werben.

Auch die Freundeslisten der FB-Nutzer hat die FB-Polizei im Blick. Startet z.B. ein User aus dem Ausland gleich mehrere Freundes-Anfragen, ohne dass eine Verbindung zwischen Sender und Empfänger feststellbar ist, springt ein Filter an.

Zuständig ist die FB-Polizei letztlich auch für die Sitte. Denn anstößige Inhalte sollen den Börsengang nicht noch mehr floppen lassen, als er es ohnehin schon ist. Zunächst wird der User als Gratis-Arbeitskraft mit in die Überwachung des guten Tons einbezogen. In Aufrufen werden diese dazu angehalten, unsittliches zu melden. Um aber auch wirklich nichts anbrennen zu lassen, beschäftigt Facebook zusätzlich noch ein „Heer externer Billigarbeiter“ (*Der Spiegel*), die Normen und Werte des Konzerns durchzudrücken wissen.

AL

Schufa zieht Spionagepläne zurück

Die Schufa Holding AG (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung), die ironischer Weise mit den Worten „Wir schaffen Vertrauen“ für sich wirbt, hat sich mit ihren Internet-Überwachungsplänen in die Nesseln gesetzt. Die Wirtschaftsauskunft hatte geplant, auf sämtliche Nutzerdaten im Internet zurückzugreifen und Rückschlüsse auf die Bonität der Verbraucher zu ziehen – das ist von Relevanz, wenn es um die Vergabe von Krediten geht. Dabei sollte u.a. auch auf die gesammelten Daten von Facebook zurückgegriffen werden. Wie die ARD berichtete, sollten z.B. auch die FB-Freundeslisten der User in die Bewertung mit eingehen. Finden sich unter den FreundInnen Menschen mit schlechter Bonität, hätte es dazu führen können, dass der Nutzer selber ein schlechteres Rating bekommt, wie der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte Thilo Weichert im ARD-Morgenmagazin ausführte. Aber auch Alter, Beruf und evtl. einsehbare Finanztransaktionen sollten in die Bewertung der Kreditwürdigkeit mit einbezogen werden.

Mit dem Bekanntwerden der Schufa-Pläne gab es einen öffentlichen Aufschrei, der wohl wesentlich dafür verantwortlich ist, dass die Wirtschaftsauskunft von ihrem Internetprojekt Abstand nahm. Zuvor hatte bereits das Hasso-Plattner-Institut (HPI) an der Universität Potsdam seinen Vertrag mit der Schufa gekündigt. Das Institut sollte erforschen, inwieweit überhaupt Informationen über Verbraucher im Netz für die Feststellung der Bonität nutzbar gemacht werden können.

Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner sprach gegenüber dem *Münchner Merkur* davon, dass die Schufa nicht zum „Big Brother des Wirtschaftslebens“ werden dürfe. Das Problem ist nur: Ganz genau das ist der Daseinszweck der Schufa.

AL

Twitter zieht Rückschlüsse auf Schlafverhalten

Das Nutzbarmachen von Userdaten ist freilich keine Erfindung der Schufa, sondern Alltagsgeschäft. Der Mikrobloggingdienst Twitter meint nun, auch aufgrund des Twitterverhaltens Rückschlüsse auf das Schlafverhalten seiner Kunden machen zu können. Die bestechende Logik: Wenn nicht getwittert wird, muss der Kunde wohl schlafen. Wenn besonders viel getwittert wird, ist die Person am aktivsten und am aufnahmefähigsten. Das ist z.B. für die Werbung nicht ganz uninteressant. Scheint es ihr doch Auskunft darüber zu geben, wann es besonders günstig ist, dem Kunden ihre Produkte anzupreisen.

AL

Professor überwachte Studierende per Videokamera

Zu dritt über hundert Studierende im Audimax der Uni Rostock bei einer Klausur überwachen, wie macht man das? „Per Videokamera“, befand ein Mathematik-Professor und schaltete zwei der im Saal installierten Kameras an. Insgesamt existieren acht Kameras in der Uni Rostock. Installiert zur „Verbesserung der Lehre“, so Ulrich Vetter, Sprecher der Uni Rostock gegenüber dem *Spiegel*.

Die Kamerabilder wurden dann direkt auf Leinwand vor die Studierenden projiziert. Eine Art „Spiegelbild“ der eigenen Schreib- und Denktätigkeit für die Studierenden. Eine totale Überwachung für den Professor und seine zwei Mitarbeiter, die bequem in der letzten Reihe hinter den Studierenden das Geschehen per „public viewing“ überwachen konnten. Die Kameras habe er schon öfters zum Einsatz gebracht, so der Mathematik-Professor, ebenfalls gegenüber dem *Spiegel*. Beschwert habe sich bisher niemand. Dann ging ein Student aber doch zum Prüfungsausschuss und protestierte: Das Piepen der Kamera habe ihn bei der Konzentration auf die Aufgaben gestört.

Die Überwachung der klausurschreibenden Studierenden per Videokamera musste der Professor nun einstellen, da es gegen Auflagen der Prüfungsbestimmungen der Uni Rostock verstoße. Darüber hätte er keine Kenntnis gehabt, so der Professor. Er ist schließlich auch erst seit 20 Jahren an der Hochschule beschäftigt.

AL

Tarifpoker der Sozialpartner

Frühjahrsergebnisse der DGB-Tarifabschlüsse im Überblick

IG Metall

Die IG Metall war mit drei gleich gewichteten Forderungen für die 3,6 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in die Verhandlungen gezogen. Nach mehreren Warnstreiks mit guter Beteiligung standen 4,3 Prozent über 13 Monate Laufzeit fest. Der verteilungsneutrale Spielraum aus Produktivitätszuwachs und Inflationsrate (1,3 % + 2,3% in 2011) konnte mit dem Abschluss von 2010 längst nicht ausgeschöpft werden. Mit knapp vier Prozent auf ein Jahr gerechnet, wurde dieses Jahr mit Rückblick auf 2011 oberhalb des Spielraumes leicht gekratzt. Hinzu kommt aber, dass das Jahr 2011 mit über 50 Milliarden Bruttorendite ein Erfolgsjahr für die Unternehmen dieser Branche war. Da ein Prozent Erhöhung 1,5 Milliarden kosten würde, hätten sogar über 30 % Erhöhung verteilt werden können. Für die Azubis konnte bei Ausbildung nach Bedarf eine unbefristete Übernahme erreicht werden und über Bedarf immerhin 12 Monate. Im Jugendbereich konnte die IG Metall damit ihre Organisationsmacht stärken. Faire Regelungen in der Leiharbeit, eigentlich ein Widerspruch in sich, war die dritte Forderung. Nach zwei Jahren muss LeiharbeiterInnen nun eine Übernahme angeboten werden.

Daneben wurden noch Branchenzuschläge mit den Verbänden IGZ und BAP verhandelt: Nach sechs Wochen bekommen Leiharbeiter 15 % mehr, gestaffelt über neun Monate werden die Gehälter um insgesamt bis zu 50 % erhöht. Der Tarifvertrag gilt aber erst ab 1. November.

IG BCE

Die IG BCE, schloss mit 4,5 Prozent Entgelterhöhung auf 19 Monate in der chemischen Industrie sehr ernüchternd ab. Da auch für 2012 mit einer Inflationsrate von etwa zwei Prozent gerechnet wird, bedeutet dies noch nicht mal eine Realerhöhung von einem Prozent. Es gab zwar noch ein Zuckerle in Sachen Altersteilzeit dazu, aber wenn wir bedenken, dass diese Gewerkschaft besonders in den Chemiekonzernen großen Einfluss und Organisationsmacht hat, muss mehr rausspringen. Doch was ist von einer Gewerkschaft zu erwarten, die dort seit 40 Jahren keine Streiks organisiert hat?

Ver.di

Auch Ver.di hat im Öffentlichen Dienst für zwei Millionen Beschäftigte im Frühjahr einen neuen Tarifvertrag verhandelt. 6,3 Prozent sehen schon besser aus. Nur beträgt hier die Laufzeit zwei Jahre, und die Lohnerhöhung erfolgt in drei Stufen. Die Sechs vor dem Komma ist wohl eher ein Prestigeobjekt von Gewerkschaftschef Frank Bsirske, denn durchschnittlich kommt die Erhöhung auch nicht über drei Prozent. Durch die langen Laufzeiten werden betriebliche Konflikte immer seltener.

Anzeige

Sick? Organize!

FAU Freiburg unterstützte selbstorganisierten Arbeitskampf bei der Sick AG in Waldkirch

Die Sick AG ist ein Vorzeigeunternehmen, dotiert mit mehreren Preisen und Auszeichnungen und einer der weltweit führenden Hersteller von Sensoren für die Fabrik-, Logistik- und Prozessautomation mit über 5.000 Beschäftigten, davon über 1.000 am Hauptsitz in Waldkirch. Seit Jahren rumort es bei den Transportbeschäftigten des Logistik-Zentrums.

Der innerbetriebliche Transportbereich hat eine hohe Verantwortung und spielt eine wichtige Rolle im gesamten Produktionsablauf des Unternehmens. Eine der Hauptaufgaben der Transporteure ist es, die kommissionierten Materialien und Waren, die bereitgestellt werden, innerhalb des Betriebes in die Produktionsbereiche zu liefern. Sie legen im Schnitt täglich zwischen zehn und 15 Kilometern pro Mitarbeiter zu Fuß zurückgelegt. Das betrifft aktuell neun Transporteure.

Aufgrund des in den letzten Jahren erhöhten Leistungsdrucks, ständig steigender Arbeitsdichte und einer damit verstärkten Arbeitsbelastung, begannen die ArbeiterInnen im Jahr 2010, die Forderung auf eine Anhebung der Löhne von Entgeltgruppe2 auf Gruppe 3 des Entgeltrahmentarifvertrags der IG Metall zu stellen. Im September 2011 konnten die Forderungen durchgesetzt werden.

Zähes Prozedere

Nachdem sich einige Mitarbeiter zunächst an den Betriebsrat und IG Metall-Vertreter wandten, wurde ihnen erläutert, dass man in diesem Fall nichts machen könne. Schließlich wurde ein Mitglied der FAU Freiburg, welches seit über 20 Jahren bei der Sick AG im Logistikzentrum arbeitet, um Unterstützung gebeten. Nach intensiver Diskussion und Beratung war man sich schnell einig handeln zu wollen und in direkte Verhandlungen mit den Bossen des Logistikzentrums zu gehen.

Nach wochenlangen Verhandlungen war das Ergebnis zunächst negativ: die Forderungen wurden abgelehnt. Dabei wandten die Bosse verschiedene Verhandlungstaktiken wie Verzögerung und bewusstes Hinhalten an. Das Verständnis dafür hielt sich bei den MitarbeiterInnen jedoch in Grenzen. Um den notwendigen Druck aufzubauen, wurde beschlossen, bei der nächsten Betriebsversammlung einen Redebeitrag zu halten – vor ca. 500 Beschäftigten inklusive Vorstand, Geschäftsführung und auch der IG Metall. Für Letztere eine unangenehme Sache, welche schließlich den Aktiven zum Durchbruch verhalf. Die kämpfenden Kollegen aus dem Transport im Logistikzentrum erfuhren große Solidarität.

Auf der Betriebsversammlung wurde durch die KollegInnen die Ausschöpfung sämtlicher Rechtsmittel, z.B. Anträge an die Paritätische Kommission (PaKo), Beschwerden nach § 84 des Betriebsverfassungsgesetzes und der Gang zum Arbeitsgericht, bereits angekündigt. Der nächste Schritt war es nun, Sammelanträge mit den Forderungen und detaillierter Begründung an die PaKo der Sick AG zu stellen.

Nur ein IGM-Mitglied des Betriebsrats unterstützte dieses Vorgehen. Das führte im Vorfeld zu heftigen Auseinandersetzungen, denn keiner von den aktiven Kollegen war und ist in der IG Metall. Die Haltung und Position der IGM-Vertreter im Betrieb, insbesondere des Ersten Bevollmächtigten der IGM der Region Südbaden, stieß bei den meisten auf völliges Unverständnis.

Mit Nachdruck zum Ziel

Nachdem die ersten Verhandlungsrunden der PaKo zu keinem Ergebnis führten und immer wieder verschoben wurden, wurde dem Ganzen etwas Nachdruck verliehen. Höhepunkt des Arbeitskampfes war eine kleine direkte Aktion: Einige der kämpfenden Kollegen besuchten völlig überraschend und unangemeldet die Sitzung der PaKo. Die KollegInnen äußerten nochmals ihre ganze Wut und unterstrichen nochmals ihre Forderungen. Mit Erfolg: Ergebnis des selbstorganisierten Arbeitskampfes war die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Löhne wurden vom bisherigen EG2-Niveau auf nunmehr für alle geltendes EG3-Niveau erhöht. Dies geschah rückwirkend zur Antragstellung bei der PaKo der Sick AG.

Auch die IG Metall im Unternehmen musste schwer schlucken, schließlich hatte sie die Transporttätigkeiten bei der Einführung des ‚Entgeltrahmenabkommens' auf EG2 eingestuft. Durch das nun erkämpfte einheitliche EG3-Niveau stehen den Beschäftigten seitdem monatlich über 100 Euro mehr brutto zu. Eine wichtige Erfahrung für alle.

Stephan Waldberg

Stempel zum Streik

IG Metall wollte MitarbeiterInnen bei Warnstreiks zum „Abmelden" bewegen

Quelle: Pixels - Fotolia.de

Bei einer betrieblichen Auseinandersetzung bei der Sick AG in Waldkirch bei Freiburg zeigte sich die IGM zuletzt nicht von ihrer kämpferischsten Seite. Schon die Jahre zuvor versuchte die IGM unrechtmäßig Warnstreiks zugunsten der Arbeitgeber zu disziplinieren.

Einem Mitglied der FAU Freiburg ist es gelungen, etwas Grundlegendes bezüglich „Warnstreiks" zu erwirken. Dabei kam die IGM deutlich ins Schwitzen. Der Grund: Zusammen mit einigen KollegInnen der Sick AG haben diese sich über die Haltung der IGM im Betrieb beschwert, da in den letzten Jahren während der Tarifverhandlungen dazu aufgerufen wurde, beim Warnstreik vorher auszustempeln und danach wieder einzustempeln. Das erzeugte einigen Unmut bei Teilen der Belegschaft.

Laut Informationen der ver.di-Landesrechtsabteilung Baden-Württemberg und in einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts heißt es im Leitsatz: „Hat sich ein Arbeitnehmer im Rahmen einer Gleitzeitregelung in zulässiger Weise aus dem betrieblichen Zeiterfassungssystem abgemeldet und anschließend an einer Warnstreikkundgebung teilgenommen, vermindert sich seine vertragliche Sollarbeitszeit nicht um die Zeit der Kundgebungsteilnahme" (BAG v. 26.07.2005-1 AZR 133/04). Wer sich entschließt zu streiken, muss sich weder „ausstempeln" noch sich vorher beim Vorgesetzten „abmelden"! Wer dennoch in Gleitzeit „ausstempelt", befindet sich in seiner Freizeit und nicht im Streik. Das heißt, dass es auch möglich ist, Warnstreiks ohne vorheriges Abstempeln auszuführen.

Damit wurde die IGM im Betrieb konfrontiert und musste ihre Haltung aufgeben. Beim letzten aktuellen Warnstreik bei der Sick AG im Mai 2012 wurde nicht mehr dazu aufgerufen und die Beschäftigten im Vorfeld informiert.

Stephan Waldberg

Unter der blauen Limette

Zum zweiten Mal findet im Ruhrgebiet die libertäre Medienmesse, kurz LiMesse, statt. Die DA *sprach mit Anne aus dem Organisationskreis.*

Bisher ist die libertäre Medienmesse die Einzige ihrer Art. Worin besteht der Unterschied zu herkömmlichen anarchistischen Buchtagen?

Ein Unterschied besteht darin, dass wir uns nicht nur als reine Buchmesse verstehen. Wir sind bemüht, auch Radio-, Internet-, Kunst- und Videoprojekte vorzustellen. Wir wollen damit dem Umstand Rechnung tragen, dass mittlerweile auch viele Medien für uns eine Rolle spielen, die sich nicht primär auf bedrucktem Papier ausdrücken. Bücher und Zeitschriften bilden aber nach wie vor den deutlichen Schwerpunkt der Messe. Als wir 2010 die erste LiMesse organisiert haben, gab es übrigens neben ersten Versuchen einer Messe parallel zu den Anarchietagen im schweizerischen Winterthur keine anarchistische Buchmesse im deutschen Sprachraum.

Wie waren eure Erfahrungen im ersten Jahr der LiMesse, und was erhofft ihr euch von dieser?

Unsere Erfahrungen – und auch die der meisten AusstellerInnen – bei der 1. LiMesse waren sehr positiv. Es gab viele gute Veranstaltungen, Diskussionen, Zeit zum Reden und an den Ständen war einiges los. In diesem Jahr wollen wir das weiter ausbauen und hoffen auch mehr Leute außerhalb der politischen Kreise zu erreichen. Wir erhoffen uns von der LiMesse 2012, dass sie einen Beitrag dazu leisten kann, libertäre Antworten im Angesicht einer Krise aufzuzeigen, die sich nach derzeitigem Stand der Dinge gerade zur kapitalistischen Systemkrise auszuweiten und grundlegende Fragen erneut aufzuwerfen scheint.

Und warum das eine Jahr Pause?

Ein wichtiger Grund war, dass 2011 die 1. Anarchistische Buchmesse in Mannheim stattfand und es so gesehen für die Verlage und Projekte kein Jahr Pause gab. Außerdem haben wir nie gesagt, dass wir so etwas jedes Jahr organisieren möchten. Viele aus der Orga-Gruppe sind in der FAU oder der Anarcho-Syndikalistischen Jugend organisiert und haben damit alle Hände voll zu tun. Wir freuen uns übrigens über aktive Beteiligung aus der Region und eine Vergrößerung der Orga-Gruppe. Wir sind dafür jederzeit über contact@limesse.de erreichbar.

Meldungen aus der FAU

Freiburg

Am 16. Mai wurde bereits zum zweiten Mal ein Mitglied des örtlichen Syndikats der FAU Freiburg durch einen Agenten des Verfassungsschutzes angesprochen. Zuvor erhielt das Mitglied einen Anruf über ein Jobangebot, was bei dieser Person aus beruflichen Gründen regelmäßig vorkommt. Jedoch entpuppte es sich schnell als Anwerbeversuch seitens der Behörde, die im Raum Freiburg vermehrt auf der Suche nach Spitzeln ist. Der Anquatschversuch wurde abgewiesen. Verfassungsschutzbehörden stehen aufgrund ihrer umstrittenen Rolle und Verstrickung im NSU-Fall seit Monaten im Fokus der Kritik.

Roßdorf/Hessen

Die FAU hielt ihren diesjährigen Bundeskongress Ende Mai im hessischen Roßdorf ab. Dort formulierte sie auch eine Stellungnahme zu den Behinderungen der Demonstrationsfreiheit während der antikapitalistischen Aktionstage am 31. März sowie zu den Blockupy-Aktionen. Die TeilnehmerInnen des Jahreskongresses „weisen die behördlichen und polizeilichen Behinderungen der Demonstrationsfreiheit [...] entschieden zurück", heißt es darin. Man begrüße die Entschlossenheit und Umsichtigkeit, mit der die TeilnehmerInnen der Blockupy-Großdemonstration am 19. Mai auf die ständigen Polizeiprovokationen reagierten. Der Kongress forderte zudem den Beginn einer Debatte über einen europaweiten Generalstreik.

Berlin

In Berlin wurde Ende Mai der Lohn für Probearbeit für eine studierte Hauswirtschaftskraft erfolgreich eingefordert. Die Fachkraft wurde eingeladen, in einem Hotel „zur Probe" zu arbeiten. Dort arbeitete sie zwei Tage lang und erledigte weisungsgebunden die notwendigen Arbeiten. Danach wurde ihr mitgeteilt, dass sie die Stelle nicht erhalten werde und ihr kein Lohn zustehe. Die FAU Berlin forderte daraufhin mit der Ankündigung gewerkschaftlicher Maßnahmen, den ausstehenden Lohn zum branchenüblichen Tarif auszuzahlen. Das Unternehmen reagierte schnell und kam der Aufforderung nach.

Hamburg – Berlin

Am Mittwoch, den 16. Mai fand in Berlin eine Solidaritätskundgebung für inhaftierte spanische GewerkschafterInnen statt. Noch am Freitag, dem 18 Mai, folgte eine Kundgebung der FAU Hamburg vor dem spanischen Generalkonsulat. Beide Syndikate verurteilten die massive Repression gegen aktive Gewerkschaftsmitglieder und die Inhaftierung von Laura Gómez, die mittlerweile auf Kaution freigelassen wurde. In Berlin folgten 40 Gewerkschaftsmitglieder und soziale Aktivisten dem Aufruf der FAU Berlin. In Hamburg folgten 15 Menschen dem Aufruf der FAU Hamburg.

„Bei euch sitzt man ja immer nur im Knast“

Interview mit einem Anarchisten aus der DDR

David Gienapp war mehr als sechs Jahre lang politischer Gefangener in der DDR. In den Gefängnissen des „Arbeiter- und Bauernstaates“ musste er unter anderem Hausschuhe für den Westen herstellen[1]. 1975 konnte er schließlich aus der DDR ausreisen. Einige Jahre später trat er der wieder gegründeten FAU bei (damals noch I-FAU). Die DA *sprach mit David über sein Leben und seine Erlebnisse in der DDR.*

David, du bist in Berlin aufgewachsen, hast die Bombardierung miterlebt, die Nachkriegszeit durchgemacht und hast am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin als 14-jähriger Junge mitbekommen, wie die ArbeiterInnen auf den Straßen demonstrierten. Kannst du dazu etwas mehr erzählen?

Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir im Keller saßen und ich vor Angst geschrien habe. Die Bomben waren schrecklich, aber meine Mutter sagte, die sollen bombardieren, dann kommen die Nazis endlich weg. So kam es ja dann auch, aber man kann sich heute gar nicht vorstellen, wie zerstört alles war. Wir hatten kaum etwas zu essen und viele Kinder starben an Typhus. 1951, da gab es ja schon die DDR, sind wir – also meine Mutter, meine Geschwister und ich – in ein Mietshaus in der Bornholmer Straße gezogen. Parterre wohnte ein alter Mann, dem ich im Haushalt geholfen habe. Der war schon weit über achtzig, konnte kaum noch sehen und hatte ganz viele Bücher. Das hat mich total fasziniert. Er hat mir auch bei den Schularbeiten geholfen.

Opa Schinn[2], so nannten wir ihn alle, erzählte auch vom Kieler Matrosenaufstand und schimpfte immer über die Kommunisten und die DDR. Und dann erklärte er mir, warum die DDR nichts mit Sozialismus zu tun hat. Er hat auch erzählt, dass er früher Mitglied der FAUD war. Später haben ihn die Nazis ins KZ Sachsenhausen gesteckt, wo er als alter Mann geprügelt wurde. Naja, der Schinn war so etwas wie ein Ziehvater für mich und er hat in mir den Keim zum Anarchisten gelegt. Als dann 1953 der Arbeiteraufstand war, dachten wir: jetzt geht's los. Das war ja dann nicht so. Er sagte, ich soll viel lernen und mich nicht verheizen lassen. Ich weiß leider nicht, was aus ihm nach 1955 geworden ist. Sein Nachlass soll in den Westen gekommen sein.

1959 kamst du zum ersten Mal in Konflikt mit dem Staat?

Ja, ich hatte die Transportpolizei mit der SS verglichen. Die sahen auch wirklich so aus mit ihren roten Armbinden. Dann haben sie mich verprügelt und ich kam vier Monate in U-Haft wegen „Staatsverleumdung“. Als ich wieder raus kam, bin ich nach West-Berlin abgehauen und hatte auch einen Westberliner Pass – die Mauer gab es ja noch nicht. Von dort haben sie mich aber wieder zurückgeholt.

Wie haben sie das gemacht?

Ein guter Freund von mir wurde auf mich angesetzt. Der hatte selber Probleme mit dem Regime und wollte sich anbiedern. Also hat er mich nochmal in den Osten gelockt in eine Kneipe. Das war eine Falle. Er selber kam nicht, dafür aber gleich die Transportpolizei, die mich verhaftete – das war im Oktober 1960. Ich wurde fünf Monate mit allen Schikanen verhört: Dunkelarrest, Rotlichtzelle. Sie haben mich psychisch gefoltert. Einer meiner Vernehmer hat einmal gesagt: „Mein Arm reicht bis nach Argentinien, wir kriegen alles raus was wir wollen“. Am Ende konnte ich nicht mehr und habe ein Geständnis unterschrieben. Ich wurde dann zu drei Jahren Haft wegen „Spionage“ verurteilt.

Hielten die dich für einen gefährlichen Spion?

Die dachten, ich bin ein Spion für den amerikanischen Geheimdienst. Mein „Freund“ hat dann noch in einer Gegenüberstellung gegen mich ausgesagt und behauptet, ich hätte ihn anwerben wollen. Mich würde mal interessieren, was mein alter „Freund“ heute so macht.

Damit begann eine lange Knastzeit...

Ja, ich habe ja noch einmal Verlängerung um zwei Jahre bekommen, weil mich mal wieder jemand denunziert hatte. Man musste immer aufpassen, was man sagt. In der Hoffnung auf Straferlass haben viele einfach falsche Beschuldigungen gemacht. Am Anfang war ich im Haftarbeitslager Gera-Liebschwitz. Das war eine Kammgarnspinnerei mit völlig veralteten Maschinen, wie aus dem 19. Jahrhundert. Die längste Zeit war ich in Waldheim. Bis 1965 musste ich dort Gefängnisarbeit für die VEB Vereinigte Hausschuhwerke Hartha[3] machen. Das waren Hausschuhe, die alle für den Westen produziert wurden – für BRD, Frankreich, Belgien... Die Hausschuhe haben die Leute in der DDR nie gesehen, die gab's da nicht zu kaufen. Wer die Abnehmer im Westen waren, kann ich nicht genau sagen, ich glaube aber *Salamander* hat die auch bestellt. 500 Stück musste ich am Tag klopfen, das heißt für den nächsten Arbeitsschritt nach außen stülpen und in Form bringen, jeden Tag von 7 bis 16 Uhr.

David beim Interview

Die Vorarbeiter waren meistens Sittlichkeitsverbrecher, die natürlich mit einer guten Produktion gegenüber den Bullen besonders glänzen wollten. An Sabotage war da gar nicht zu denken, das hätte bloß nochmal Haftverlängerung bedeutet. Bei Arbeitsverweigerung gab es 21 Tage Arrest. Den hatte ich auch einmal wegen „Belügen eines VP-Angehörigen“. Da saß man dann in einem kleinen Käfig. Alle halbe Jahre wurde ich zur Seelenfilzung gerufen. Da haben sie mich dann gefragt, wie ich zu meiner Straftat stehe. Ich habe jedes Mal geantwortet, dass ich keine Straftat begangen habe.

Wie hast du die Zeit überstanden? Gab es irgendeine Form von Abwechslung im Knast?

Die Arbeit an sich war schon eine gewisse Abwechslung, sonst hätte man die ganze Zeit nur in einem dunklen Loch gesessen. Durch die schlechten Arbeitsbedingungen habe ich mir während der Zeit in Gera-Liebschwitz eine Lungentuberkulose eingeholt, als deren Folge ich bis heute eine chronische Bronchitis habe. In der Gefängnisbibliothek gab es natürlich nur Propagandaliteratur. Wir mussten sogar die *ND* von dem bisschen Geld, das uns gegeben wurde, abonnieren. Ich habe einige Gefangene kennengelernt, die seit dem Arbeiteraufstand 1953 eingebuchtet waren. Die wurden richtig fertiggemacht. Seitdem ich zwei Jahre Haftverlängerung bekommen hatte, wusste ich, dass man über politische Dinge nicht reden kann. Das war viel zu gefährlich. Die wollten ja Leute anwerben, aber ich habe niemals irgendeine Aussage über andere Gefangene gemacht. Ich habe bloß mal zu den Wärtern gesagt: „Ihr seid keine Sozialisten, ihr habt niemals etwas mit dem libertären Sozialismus zu tun“.

Kurz nach deiner Entlassung aus Waldheim fand am 31. Oktober 1965 die größte nichtgenehmigte Demonstration in der Geschichte der DDR zwischen 1953 und 1989 statt, die sogenannte Leipziger Beatdemo. Anlass war das Verbot zahlreicher Leipziger Beatmusik-Gruppen durch die Regierung. Die Demonstration wurde schnell gewaltsam aufgelöst, viele Leute verhaftet. Ein Jahr später, am „Tag der Republik“, dem 7. Oktober 1966, bist du das nächste Mal in den Knast gewandert – auch im Zusammenhang mit einer Musikveranstaltung...

Ja, zum Glück aber diesmal nur für ein Jahr. Ich war mit ein paar Kumpels am Alex und da spielte so eine DDR-Band, ich glaube *Oktoberklub*. Da standen diese ganzen Spießer und angepassten FDJ-Typen rum, schrecklich. Wir standen ja mehr auf Rockmusik, hörten immer die verbotenen „Feindsender“ und nahmen sie auf Tonband auf. Wir schimpften dann also, dass das keine Rockmusik ist, haben sie ausgepfiffen und rangelten mit den Bullen. Und wir waren nicht wenige, das war ein richtiger kleiner Aufruhr. Als die mich dann festnahmen, dachte ich nur: „Scheiße, jetzt kommst Du schon wieder in den Knast!“. Zum Glück nicht wegen „staatsfeindlicher Hetze“, dann wären es wieder ein paar Jahre gewesen. Auf der Wache haben sie uns die langen Haare abgeschnitten und ich kam nach Bützow-Dreibergen – die „rote Hölle“ haben das alle genannt – wo ich wieder Strafarbeit machen durfte, unter anderem die Gleisstrecke zwischen Rostock und Berlin bauen. Ich hatte nun echt keine Lust mehr, noch einmal in den Knast zu kommen und habe mich von da an zurückgehalten.

Und wie kam es dann, dass Du die DDR verlassen hast?

1975 gab es wieder Ärger. Ich war ein bisschen betrunken und begleitete einen Kumpel aus West-Berlin zum Grenzübergang. Dort haben sie mich gleich eingesackt und mich schwer vernommen, weil ich angeblich über die Grenze fliehen wollte. Diesmal ging aber alles nochmal gut und ein Grenzer hat mir den Tipp gegeben, doch einen Ausreiseantrag zu stellen. Einen Monat später war ich im Auffanglager Gießen.

Das ging so schnell?

Ich glaube, die hatten endlich gemerkt, dass ich nicht umzuerziehen war und wollten mich loswerden. Sie haben ja auch noch 40.000 DM von der BRD für mich erhalten[4]. Ich wurde dann richtiggehend rausgeschmissen und hatte die DDR innerhalb einer kurzen Frist zu verlassen.

Wie ist die Ausreise von statten gegangen und was waren deine ersten Eindrücke im Westen?

Ich bin in einem Bus zusammen mit anderen Ausreisewilligen zur Grenze bei Herleshausen gebracht worden. Am Ende sagte ein VoPo noch zu mir: „Jetzt können Sie ja endlich in ihre geliebte Bundesrepublik. Es gibt kein Zurück mehr!“ Da hab ich gesagt: „Ja und? Da kann ich mein Leben wenigstens mal ein bisschen genießen. Bei Ihnen sitzt man ja immer nur im Knast!“ Das stimmt ja auch. Waldheim war der kleine und die DDR der große Knast. Im Westen wurde ich sofort verhört, weil ich ja auch von der Stasi hätte eingeschleust sein können. Ich wusste natürlich, dass ich nicht in ein Paradies ausreise. Aber ein großer Vorteil war, dass ich alles lesen und endlich mal reisen konnte, nicht nur immer nach Polen oder in die CSSR. Ich bin dann auch sofort nach Kreuzberg zur Hausbesetzerszene und habe nach Anarchisten gesucht. Das war eine geile Zeit. Einige Weststalinisten haben mich als Verräter beschimpft, weil ich meine Meinung über die DDR nie verborgen habe – und als ich dann etwas später nach Hamburg kam, habe ich mich immer mit den DKPisten angelegt. 1978 bin ich dann der FAU beigetreten.

Wie hast du 1989 die Wende erlebt?

Das war großartig für mich. Als das Zonenregime zusammengebrochen ist, bin ich mit meiner Frau und ein paar FAU-Genossen nach Berlin gefahren. Dort haben wir auf das Ende der DDR angestoßen und gefeiert. Wir sind mit Zeitungen und Infomaterial rüber gegangen und haben mit den Leuten diskutiert. Haben ihnen gesagt, sie sollen sich nicht einsacken lassen von den Gewerkschaften im Westen, weil das keine richtigen Gewerkschaften sind. Wir waren auch im VEB Bergmann-Borsig und haben über Arbeiterselbstverwaltung diskutiert und den Leuten vorgeschlagen, das Werk zu besetzen. Die haben uns vielleicht angeguckt... wussten gar nichts mit uns anzufangen! Naja, später sind sie doch enttäuscht worden vom Westen.

Bekommst du Entschädigungszahlungen?

Ich habe als politischer Häftling des SED-Regimes eine einmalige Entschädigungszahlung bekommen und erhalte 250 Euro Opferrente monatlich. In Waldheim hatte ich von den 383 DDR-Mark, die ich monatlich vierdient habe, nur 40 Mark ausgezahlt bekommen. Was ich erlebt habe, werde ich aber nie in meinem Leben vergessen können. Dieser Staat hat meine Jugend zerstört. Und das hat er systematisch mit der Jugend gemacht. Ich weiß noch wie mir der Schulleiter einmal gedroht hat, mich nach Torgau in den Jugendwerkhof zu schicken, weil ich gesagt hatte, dass es in der DDR keine Arbeiterselbstverwaltung gibt. Man darf nicht vergessen, was die DDR war: eine staatskapitalistische Diktatur.

David, vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Felix Zimmermann

Kleine Chronik

- geboren 1938 in Berlin
- ab 1951: Bekanntschaft mit altem FAUD-Genossen in dessen Wohnung
- 1959: vier Monate U-Haft wegen „Staatsverleumdung“
- 1960: Flucht nach West-Berlin
- Oktober 1960: am Bhf. Friedrichstraße festgenommen; fünf Monate Verhör in Pankow wg. angeblicher Spitzeltätigkeit; Verurteilung zu drei Jahren Haft (Rummelsburg, Gera-Liebschwitz)
- in Gera zwei Jahre Haftverlängerung wg. „staatsfeindlicher Hetze“ im Gefängnis; dann Verlegung nach Waldheim
- 1961 bis 1965: Haft in Waldheim
- Oktober 1966: Erneute Inhaftierung (Bützow-Dreibergen) für ein Jahr wg. „Staatsverleumdung“ bzw. Protest gegen DDR-Musik
- 1975: Vernehmung wg. angeblicher „versuchter Republikflucht“; bald darauf Ausreise aus der DDR
- 1978: Eintritt in die I-FAU

[1] Vor knapp zwei Monaten berichteten mehrere große Zeitungen über Entschädigungsforderungen ehemaliger DDR-Haftzwangsarbeiter gegen Westfirmen wie Ikea, Quelle und Neckermann. Diese hatten Produkte günstig von Gefangenen in DDR-Gefängnissen fertigen lassen. Siehe z.B. „Entschädigung von Ikea gefordert“ in der *taz* vom 4.5.2012: www.taz.de/!92748/

[2] Recherchen in alten Berliner Adressbüchern aus den 1920er bis 40er Jahren haben ergeben, dass „Opa Schinn“ wahrscheinlich mit vollem Namen Hermann Schinn hieß und von Beruf Handlungsgehilfe war.

[3] ab 1955: VEB Vereinigte Hausschuhwerke Hartha; ab 1990: intra Schuhfabriken GmbH Hartha; ab 2007: intra Besitzunternehmen GmbH & Co KG.

[4] Im Rahmen des Freikaufs von politischen Gefangenen durch die BRD ab 1962.

Anzeige

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

ENERGIEWENDE Windige Zeiten? Neue Energiegenossenschaften setzen soziale und ökonomische Maßstäbe · Interview: Die Energiewende gelingt nur mit dezentralen Strukturen · Vertrauen – Voraussetzungen guter Zusammenarbeit zwischen Gemeindevertretung und Bürgerschaft · Ortsgenossenschaften: Das Geld dem Dorfe · Verteilungsgerechtigkeit: Wer den Vertrag macht, hat die Macht · Projektentwicklungsgenossenschaft: Transparenz und kommunale Wertschöpfung PAZIFISMUS Zwei Bücher: Couragiert und Gewaltlos GREEN ECONOMY 10 Thesen zur Kritik der Grünen Ökonomie · Rio+20: Alternativer Gipfel People's Summit KOMMUNEN Doppelbelastung oder doppeltes Glück? Der Laakenhof SOLIDARISCHE ÖKONOMIE Ergebnisse und Ausblicke des Forum Solidarische Ökonomie Anfang März: ... nach dem Forum ist vor dem Forum · Solidarische Ökonomie und Selbstverwaltungsgesellschaft u.v.m.

Archiv-CD.4 mit »BUNTE SEITEN 2012« siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

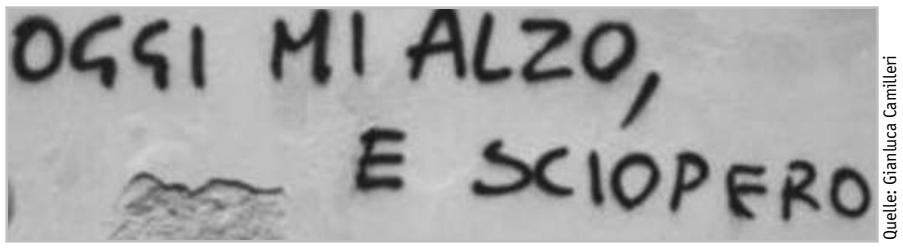
Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus

An jedem verdammten Freitag!

Erstmals seit Krisenbeginn gelang den italienischen Basisgewerkschaften ein einheitlicher Generalstreik

Der 22. Juni war sicherlich kein Freitag wie jeder andere: nach dem Wahlkrimi am vorhergegangenen Sonntag wartete der alte Kontinent gebannt auf den Abend und das Spektakel, ob es den Griechen bei *der* EURO gelingen würde, den Deutschen das heimzuzahlen, was sie bei der Frage nach *dem* EURO hatten schlucken müssen. So sehr man sich allenthalben bemühte, Sport und Politik doch bitte getrennt zu betrachten, blieb die Woche eine hoch politische. Europapolitisch gekrönt wurde sie mit dem in Rom organisierten europäischen Mini-Gipfel zwischen Italien, Spanien, Frankreich und Deutschland. Kaum wahrgenommen wurde über all diesem Medienrummel allerdings der für den selben Tag ausgerufene 24-stündige Generalstreik der italienischen Basisgewerkschaften.

Das mangelnde Medienecho des Generalstreiks mag zunächst nicht einmal groß verwundern. Zu sehr war die italienische Gewerkschaftsbewegung doch – auch angesichts der Krise – geprägt von tiefen Spaltungen. Und diese Spaltungen verliefen eben nicht nur zwischen den staatstragenden Gewerkschaften CGIL, CISL, UIL und den Basisgewerkschaften, sondern vor allem auch unter den Basisgewerkschaften. Diese gruppierten sich vornehmlich um die beiden Schwergewichte *Confederazione Unitaria di Base* (CUB) einerseits und *Unione Sindacle di Base* (USB) andererseits. Kleinere Gewerkschaften wie die syndikalistische *Unione Sindacale Italiana* (USI-AIT) blieben dabei oft zwischen den Stühlen oder sahen sich gedrängt bei größeren Streiks entweder den einen, oder den anderen zu folgen. Das Ergebnis dieser Zersplitterung war denkbar desolat: ein unzusammenhängender Flickenteppich aus minoritären (General-) Streiks gegen die Krisenpolitik Mario Montis, die beinahe zu einem freitäglichen Ritual verkamen. Und dabei hatten die italienischen Werktätigen einiges zu schlucken. Nicht nur hatte bereits unter Silvio Berlusconi unter Federführung des FIAT-Konzerns eine Aufweichung der landesweiten Flächentarifverträge stattgefunden, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie die *de facto*-Aufhebung des Kündigungsschutzes sollten bald folgen. Gerade letzteres sollte in Italien für einigen Unmut gesorgt haben, da der italienische Premier Maro Monti die Sorgen der prekären Jugend kürzlich mit der lapidaren Bemerkung, eine Festanstellung sei eh langweilig, mit Füßen getreten hatte. Nicht zuletzt die rabiaten Methoden der italienischen Steuer- und Bußgeldeinzugsbehörde EQITALIA sorgten Anfang des Jahres für Furore, indem sie einerseits Rentner und einige Kleinunternehmer in den Selbstmord trieben, andererseits gar Anwälte dazu veranlassten aus Empörung ihr Mandat gegenüber der Behörde niederzulegen. Alles in allem kein Moment für kleinliche Streitereien, mag man mit Fug und Recht behaupten.



Quelle: Gianluca Camilleri

„Heute steh ich auf und streike!“

So nahm die USI-AIT ihren Kongress zum 100jährigen Bestehen zu Anfang des Jahres denn auch zum Anlass, nach Kräften einen geeinteren Gang innerhalb der Basisgewerkschaften anzustoßen. Am 22. Juni trug der Weg der Einheit – sicherlich nicht allein durch das Bestreben der USI – denn auch erste Erfolge. An diesem Tag erklärten tatsächlich alle Basisgewerkschaften – wenngleich mit unterschiedlichen Forderungen – den 24stündigen Generalstreik mit zwei zentralen Demonstrationen in Mailand und in Rom. Auf beiden Demonstrationen gelang es, auch breitere soziale Bewegungen in die Proteste miteinzubeziehen. Laut der linken Tageszeitung *il manifesto* gelang es in Rom gar, dank einer Streikbeteiligung von 70% bei den Verkehrsbetrieben, große Teile der öffentlichen Verkehrsmittel lahm zu legen. Auf dem Weg zu einer geeinten Gegenwehr gegen die Auswirkungen der Krise in Italien war dies sicherlich nur ein erster, aber bedeutender Schritt. Die Richtung ist vorgegeben, bleibt zu hoffen, dass die italienischen Basisgewerkschaften ihr Ziel nicht wieder aus den Augen verlieren.

Lars Röhm

Fortsetzung von Seite 1

Austerität, Autorität und Widerstand

So wurde Ende März der Staatshaushalt 2012 präsentiert, der zuerst 23,7 Milliarden Euro Einsparungen enthielt, keine zwei Wochen später wurden weitere 10 Milliarden angekündigt. Die von den Kürzungen betroffenen Bereiche sind Gesundheit, Erziehung, Bildung, Kultur und Entwicklungshilfe. Um Protesten vorzubeugen wurde im April eine drastische Verhärtung des Demonstrationsrechtes verabschiedet. So kann jetzt auch passiver Widerstand als Angriff gegen die Staatsgewalt gewertet und mit einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren geahndet werden. Des Weiteren werden Aufrufe zu zivilem Ungehorsam genauso geahndet wie die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Demonstrationen, welche die öffentliche Ordnung stören, sollen als Straftaten behandelt werden. Gewerkschaften, Parteien und alle politischen Gruppen, die zu Protestaktionen aufrufen, werden damit bereits im Vorfeld kriminalisiert.

Auch das öffentlich- rechtliche Fernsehen ist von den Reformen betroffen. So war bisher zur Wahl des Vorstandes der öffentlichen Sender eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament notwendig. Von der konservativen Regierung wurde am 20. April ein Dekret erlassen, das es ihr erlaubt, den Vorstand der öffentlichen Sender mit ihrer absoluten Parlamentsmehrheit im Alleingang zu wählen. Die Maßnahme wurde von mehreren kritischen Medien als „Staatsstreich im öffentlich-rechtlichen Fernsehen“ kritisiert.

Doch auch vor dem Hintergrund der noch immer steigenden Zahl der Arbeitslosen in Spanien, sind die gesetzlichen Einschnitte in das Arbeitsrecht besonders einschneidend. So soll, um Arbeitsplätze zu schaffen, unter anderem durch Kürzungen der Gehälter, längere Arbeitszeiten und die faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes für Aufschwung gesorgt werden. Am 20. Juni gab es wiederholt Demonstrationen gegen diese Politik, an denen sich laut der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften CCOO und UGT alleine in Madrid über 35.000 Menschen beteiligten.

Durch die hohe Arbeitslosigkeit, die inzwischen bei fast 25% angelangt ist (bei Jugendlichen bis 25 Jahren sind es sogar schon 50%), können viele Familien die Hypothek ihrer Wohnung nicht mehr bezahlen. Dies führt zu Unmengen von Zwangsräumungen, die zum Teil aber von AktivistInnen und Nachbarn verhindert wurden. Auch die inzwischen verstaatlichte und völlig marode Bank „Bankia“ hat viele Zwangsräumungen angeordnet. Der „Bankia“ wurden bereits 24 Milliarden Euro öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt, um ihre Insolvenz zu verhindern. Als Reaktion auf die prekäre Wohnungssituation wurde in Sevilla am 17. Mai ein ganzer Häuserblock besetzt; inzwischen sind es 36 Familien, die dort leben. Die Immobilie ist Eigentum der Bank „Ibercaja“, seit 2010 bezugsbereit fertig gestellt und seitdem leerstehend. Die BewohnerInnen haben dem Gebäude den Namen „Corrala Utopía“ (Utopie-Hof) gegeben und organisieren sich horizontal in Versammlungen, außerdem veranstalten sie ein Freiluftkino und Freizeitaktivitäten für Kinder. Im „Corrala Utopía“ gibt es regelmäßige Solidaritätsveranstaltungen. Bis jetzt ist noch keine Räumung angedroht worden. Elektrizität und Wasser sind allerdings bereits abgeschaltet, obwohl die BewohnerInnen immer gezahlt haben.

Breitere Proteste

Als Reaktion auf die drastischen Sparmaßnahmen bei den Kohlesubventionen sind seit dem 27. Mai die BergarbeiterInnen in Asturien und weiteren Regionen in einen unbefristeten Streik getreten, der sich inzwischen schon fast zu einem Guerillakrieg ausgeweitet hat. Seit Streikbeginn werden von den ArbeiterInnen Autobahnen und Eisenbahnschienen mit zum Teil brennenden Barrikaden blockiert. Spezialeinheiten der Guardia Civil versuchen mit Gummigeschossen und Tränengasgranaten der Lage Herr zu werden. Die Streikenden haben sich inzwischen mit selbstgebauten Feuerwerksraketen bewaffnet, die sie mit Hilfe von Metallrohren abschießen. Von staatlicher Seite und von der bürgerlichen Presse werden die Streikenden als Terroristen bezeichnet. Die Solidarität unter der Bevölkerung ist dennoch oder gerade deswegen enorm groß: Am 18. Juni gab es in den Bergbauregionen einen Generalstreik, der laut Gewerkschaften ein großer Erfolg war. Alleine an einer Demonstration in der kleinen Ortschaft La Felguera – mit insges. nur gut 20.000 Einwohnern – beteiligten sich rund 50.000 Menschen.

Auch jährte sich am 15. Mai die Errichtung des mittlerweile geräumten Protestcamps „AcampadaSol“ an der Madrider *Puerta del So*. Für den 12. Mai waren aus diesem Grund in zahlreichen Städten Demonstrationen angekündigt. Für Madrid gab es Auflagen, die beispielsweise die Errichtung eines Camps untersagten und die Abschlusskundgebung auf dem Platz nur bis 22 Uhr genehmigte. Bei dieser waren über 40.000 Leute beteiligt und die zeitliche Beschränkung wurde ignoriert. Um Mitternacht gab es den schon traditionellen „stummen Schrei“, bei dem die Anwesenden schweigend die Arme heben. Danach stellte sich so etwas wie Volksfeststimmung ein. Gegen 4 Uhr morgens – es waren noch circa 300 Leute auf dem Platz – fuhren ein Dutzend Mannschaftswagen mit Bereitschaftspolizei auf den Platz und räumten ihn mit ziemlicher Brutalität. Eine ältere Frau ereiferte sich über die Sparpolitik und das aggressive Auftreten der Polizei und brach schließlich in Tränen aus. Wiederholt schluchzte sie: „Wir haben einen Franco mit Bart...“ (gemeint ist der Regierungspräsident Mariano Rajoy). Weniger emotional aber umso deutlicher regte sich auch der baskische Koch Karlos Arguiñano über die politische und wirtschaftliche Situation in Spanien auf. In seiner TV-Kochsendung vom 24. Mai erklärte er in leicht verständlichen Worten, welche Konsequenzen die rigorose Sparpolitik haben wird. Politiker und Banker nannte er währenddessen „Gangster“, jungen Leuten empfahl er, sich im Ausland Arbeit zu suchen. Arguiñano erfreut sich bei der Bevölkerung einer großen Beliebtheit und kann als „Opinion Leader“ bezeichnet werden.

Kreative Protestaktionen

Die Sparpolitik führt jedoch auch zu durchaus amüsanten und kreativen Protestaktionen. So gibt es eine Flamenco-Gruppe, die als Flashmob in Bankfilialen geht, um dort zu singen und zu tanzen. In den Liedern wird die Macht der Banken angeprangert. Auch die Erhöhung des Tarifes im ÖPNV von Madrid hat zu verschiedenen Protestaktionen geführt. Zum einen ist die Aktion „Yo no pago“ (Ich bezahle nicht) zu erwähnen, die zum kollektiven Schwarzfahren auffordert. Kurze Zeit später organisierte andererseits das Sicherheitspersonal die Plattform „Yo no paro“ (Ich halte niemanden an), die sich mit den Protesten solidarisierte und erklärte, zukünftig keine Fahrscheinkontrollen mehr durchzuführen. Ein Flashmob unter dem Motto „El tarifazo es un lujo“ (Der hohe Tarif ist ein Luxus) irritierte überdies die Madrider U- Bahn: Einige Fahrgäste trugen Abendgarderobe im Stil der Oberschicht, spielten Musik mit ihren Mobiltelefonen ab (andere Reproduktionsgeräte sind in der U-Bahn auch verboten) und feierten auf den Bahnsteigen und in den U-Bahnen ein Fest.

Soziale Proteste und Repressionen gibt es derzeit europaweit, nicht nur in Spanien. Auch Portugal und Italien sind stark betroffen. Am 18. Juni gab es in beiden Ländern große Demonstrationen, in Lissabon mit mehreren Zehntausend Menschen, in Rom mit bis zu 200.000 Beteiligten. Und gerade aus Italien erreichen uns immer wieder Meldungen von brutalem Polizeivorgehen während Demonstrationen.

All diese sogenannten Reformen, Gesetzesverschärfungen und Repressionsmaßnahmen lesen sich so, als könnten sie in einigen Jahrzehnten in die Geschichtsbücher eingehen als erste Schritte in die Richtung eines Demokratieverlusts und eines autoritären Umbaus der Euro- Länder. Große Teile der europäischen Bevölkerung versuchen momentan diesen Prozess aufzuhalten, was zumindest Hoffnung aufkommen lässt.

Emil Bange

Anzeige

herrschaftskritische Einführungen Theorie Debatten
CRILL.ME critical left laboratory
Aktuell: *Antikapitalismus und politische Praxis - Eine herrschaftskritische Perspektive*

Renovierung des CNT-Lokals in Paris

Es war ein Appell der anderen Art. Im März dieses Jahres startete die CNT der Region Paris eine Kampagne. Die AnarchosyndikalistInnen riefen diesmal nicht auf zur Solidarität mit kämpfenden Lohnabhängigen, sondern zur Solidarität mit der kämpferischen Gewerkschaft selbst. Genauer: das CNT-Lokal in der Rue des Vignoles 33 ist ziemlich renovierungsbedürftig. Wie die zuständige Kommission der CNT mitteilte, müssen umfangreiche Unterhalts- und Renovierungsarbeiten ausgeführt werden, um dieses wohl größte syndikalistische Gewerkschaftslokal in Frankreich weiter und verstärkt nutzen zu können.

Stützpunkt der kämpferischen Gewerkschaft ist die „33“, wie das Lokal kurz genannt wird, seit Anfang der 1970er Jahre. An diesem Ort wurden im Zuge quasi aller bedeutenden sozialen Bewegungen der letzten 40 Jahre Maßnahmen vorbereitet und begleitet. Und natürlich führte die CNT auch eigene Kämpfe, insbesondere in den prekären Bereichen der Arbeitswelt wie etwa der Reinigungsbranche. Auch für große Solidaritätsveranstaltungen wie Konzerte und für internationale Treffen bot und bietet der Gebäudekomplex ausreichend Platz.

Zur Finanzierung verhandelt die CNT auch mit dem Pariser Rathaus. Explizit aber wendet sie sich auch an alle, für die dieser Ort ein „gewerkschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Projekt“ verkörpert. Bisher gingen allerdings nur gut 3.000 Euro an Spenden ein. Als „Paten“ wirbt u.a. der Liedermacher Serge-Utgé Royo für Unterstützung.

Als Gewerkschaftslokal begründet wurden die Gebäude von spanischen Exilanten der CNT, als Franco noch in Spanien herrschte. Seit 2009 erinnert eine Gedenktafel daran. Die FAU Aachen unterstrich damals, dass die „33“ in Paris „über Jahrzehnte [einer der] Brennpunkte gewesen sind, in denen der gewerkschaftliche und der Guerilla-Kampf gegen die Franco-Diktatur organisiert wurde und die Ideen des Anarcho-Syndikalismus und des libertären Kommunismus wachgehalten wurden.“ Nicht nur, aber eben auch handelt es sich hier um einen Beitrag zum Denkmalschutz.
AE

Spenden mit gratis SEPA-Überweisung an: CNT RP
IBAN: FR50 2004 1010 1240 3858 8K03 343
BIC : PSSTFRPPSCE
Verwendungszweck: „souscription locaux“

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Paraguay:

Bei gewalttätigen Zusammenstößen in Curuguaty, rund 400 km nordöstlich der Hauptstadt Asunción, sind mindestens elf Bauern und sechs Polizisten getötet und zahlreiche Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Gegen zwölf Landlose wurde mittlerweile Haft angeordnet. Nach einem richterlichen Räumungsbescheid war Spezialkommando der Polizei in das Landgut in Yvyrapytä eingedrungen, das seit Ende Mai von mehr als einhundert Familien besetzt wird. Es handele sich um öffentliches Land, das widerrechtlich privatisiert wurde, erklären die Besetzer. Zwei Prozent der Bevölkerung Paraguays besitzen achtzig Prozent des Grund und Bodens. Die Landverteilung gehört zum Erbe der Diktatur von Alfred Stroessner (1954-89), der, um sich die Unterstützung der nationalen Eliten zu sichern, großzügig Land an regimetreue Anhänger verteilte. Fast sieben Millionen Hektar einer Gesamtfläche von 40 Millionen Hektar des Landes sind bis heute so aufgeteilt. Das umkämpfte Land in Curuguaty gehört Blas Riquelme, dem früheren Senator der Partido Colorado und ehemaligen Chef der paraguayischen Handelskammer. Auch er gilt als Profiteur der Stroessner-Diktatur. Bauernorganisationen haben ein Verfahren gegen ihn wegen illegaler Aneignung staatlicher Ländereien gefordert.

Bangladesch:

Nach wochenlangen Arbeitskämpfen in der Textilbranche konnten die Gewerkschaften in Ashulia einen Erfolg verzeichnen. Lohnsteigerungen seien ab Juli zugesagt worden. Insgesamt hatten sich mehrere Zehntausend Arbeiterinnen und Arbeiter an den Protesten beteiligt. Mehr als 300 Fabriken wurden nach Aussperrungen geschlossen. Die TextilarbeiterInnen forderten höhere Löhne, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu kompensieren. In Bangladesch werden die niedrigsten Löhne in der Textilbranche gezahlt, in der vorwiegend Frauen beschäftigt sind. Textilarbeiterinnen verdienen einen Mindestlohn von etwa 3.000 Taka (rund 29 Euro) im Monat, arbeiten jedoch häufig zehn bis 16 Stunden pro Tag. In der Textilindustrie von Bangladesch sind rund drei Millionen Menschen tätig. Mit mehr als 5.000 Fabriken und einem Auslandsumsatz von 19 Mrd. Dollar (15,2 Mrd. Euro) im Jahr 2011 war Bangladesch der zweitgrößte Textilexporteur der Welt.

Russland:

In der sibirischen Stadt Omsk legten Mitte Mai 180 LeiharbeiterInnen beim Speiseeishersteller Inmarko, der dem Großkonzern Unilever angehört, die Arbeit nieder, um für bessere Löhne zu kämpfen. Die ArbeiterInnen in Omsk hatten den Streik zunächst unabhängig von den Gewerkschaften begonnen und anfangs auch keinerlei Unterstützung erhalten. Am 14. Mai wurde jedoch offenbar eine unabhängige Betriebsgruppe aufgebaut, die sich gleich am nächsten Tag der *International Union of Food Workers* (IUF) anschloss, die mit der „Arbeitskonföderation Russlands" (KTR) zusammenarbeitet. Daraufhin handelte die Gewerkschaft mit dem Unternehmen einen Deal aus, der den Streik beendete und eine Lohnerhöhung von lediglich 4 Prozent vorsah. Leiharbeit wird in den letzten Jahren von russischen Unternehmen vor allem in der Industrieproduktion verstärkt eingesetzt, um Löhne und Lohnnebenkosten zu senken. Aufgrund der zunehmenden sozialen und finanziellen Unsicherheit sehen sich immer mehr Menschen gezwungen, in solche ungesicherten Arbeitsverhältnisse zu treten. Die Zahl von LeiharbeiterInnen in Russland wird zurzeit auf rund 100.000 geschätzt, Tendenz steigend.

Türkei:

Anfang Juni wurde 300 Kollegen der staatlichen türkischen Luftfahrtgesellschaft Türk Hava Yolları gekündigt, die an einem Bummelstreik des Flugpersonals teilnahmen. Anlass der direkten Aktion war ein neues Gesetz der Regierung, durch den Streiks im Luftfahrtsektor künftig verboten werden. Die 300 Streikenden erhielten laut Gewerkschaft ihre Kündigung per SMS. Nach der Kündigung der Kollegen traten die Beschäftigten unter Führung der Gewerkschaft Hava-Is in einen unbefristeten Streik, bis die Kündigungen zurückgenommen seien. Derzeit gehen die Protestaktionen auf dem Atatürk-Flughafen am Internationalen Terminal weiter. Nach dem nun gültigen Streikverbot wurde zudem ein generelles Versammlungsverbot auf dem Atatürk-Flughafen verhängt.

USA:

Krank sein und dennoch arbeiten müssen? Dagegen wehrte sich die amerikanische *Jimmy John's Workers Union* in Minesota. Mit einer Öffentlichkeitskampagne setzten sie die Betreiber der Filialen unter Druck. Rufschädigend sei das, beschwerten sich die Chefs. Die Reaktion der Sandwichkette auf den organisierten Protest der Gruppe, die sich bereits der IWW angeschlossen hatte, folgte auf dem Fuße. Sechs Gewerkschaftsmitglieder wurden im vergangen Jahr entlassen. Nun entschied ein Gericht in Minneapolis, dass die Kündigungen zurückgenommen werden müssen. Sprecher der Fastfoodkette kommentierten die Entscheidung des Gerichtes nicht. Die IWW geht allerdings davon aus, dass es ein Revisionsverfahren geben wird.

Anzeige

Globalisierungskritik revisited?

‚Occupy' will gesichtslos bleiben – die Medien suchen sich ein Gesicht

Quelle: Peg Hunter

David Graeber und Andrej Grubacic während des Occupy Oakland's Rise Up Festival.

Seltsam: Mit dem Aufkommen von „Occupy Wall Street" beschäftigen sich *FAZ* und *Spiegel* mit Anarchismus, Verlage teils konservativer Provenienz (campus, Klett, Pantheon – letzterer gehört zu Bertelsmann!) publizieren anarchistische Bücher und eben jener meist hofierte Anarchist, David Graeber, diskutiert nicht nur auf allen Fernsehkanälen mit unterschiedlichsten PolitikerInnen und ÖkonomInnen, sondern trifft sich mit der Spitze der deutschen Sozialdemokratie.

David Graeber ist nicht nur Anthropologe und hat mit *Schulden. Die ersten 5000 Jahre* ein akademisches Werk vorgelegt, das den Zeitgeist trifft, sondern auch Mitglied der Industrial Workers of the World (IWW) und beim „Direct Action Network" (DAN) aktiv, das sich rund um die Proteste gegen den Gipfel der Welthandelsorganisation 1999 formierte.

Es ist insgesamt nur begrüßenswert, dass auch in den Mainstream-Medien momentan ein dezidiert anarchistisches Engagement in den Globalisierungs- und Krisenprotesten thematisiert wird, es ist ebenso erfreulich, das Graeber als jemand, der sich praktisch und theoretisch damit auseinandersetzt, angehört wird. Dennoch birgt dies einige Probleme, die ich im Folgenden kurz anreißen möchte.

Die neuen GlobalisierungskritikerInnen?

Für Graeber ist die Occupy-Bewegung im weitesten Sinne, d.h. einschließlich der Revolten im arabischen Raum, der griechischen Krisenproteste und der Bewegung der Indignados die logische Fortsetzung der Antiglobalisierungsbewegung, wie sie sich in den 1990ern nach der Gründung der Welthandelsorganisation WTO formierte.

In Seattle, Genua, Prag, Göteborg und Heiligendamm protestierten im Wesentlichen Linke, die politische Vorbehalte gegen diese Projekte hatten. In Tunesien und Ägypten, Griechenland, Spanien und den USA handelt es sich heute um einen sozialen Protest der Betroffenen, an denen diese linken Strukturen meistens nur geringen Anteil haben: In Ägypten gingen dem Frühjahr 2011 Hungerkrise und entsprechende Proteste vorweg. Die Indignados aus Spanien rekrutieren sich hauptsächlich aus der zu über 40 Prozent erwerbslosen jungen und meist überqualifizierten Generation.

Um die vermeintliche Kontinuität zu unterstreichen, redet Graeber die Antiglobalisierungsproteste der 1990er Jahre letztlich schön: Die meisten Gipfeltreffen seien verhindert oder verzögert worden, die Verhandlungen auf WTO-Ebene stagnieren, der IWF sei durch die südamerikanischen Weigerungen, Schulden zurückzuzahlen, bis zur Griechenland-Krise in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Da ist durchaus was dran, allerdings: Dass die WTO-Verhandlungsrunden stagnieren, liegt nicht an den körperlichen Blockaden der GlobalisierungsgegnerInnen, sondern an der inhaltlichen Weigerung der Staaten des Südens – und gleiches gilt für den zwischenzeitlichen Machtschwund des IWF.

Graebers Motivation ist klar und auch erst mal durchaus lobenswert: Gegen den allgemeinen Pessimismus bemüht er sich um eine vergleichsweise optimistische Sicht und betont die Erfolge der Bewegung. Das endet allerdings in einer hoffnungslosen Überschätzung, die zu einer Stagnation ohne weitere notwendige strategische Debatten führt. Graeber benötigt diese Sichtweise letztlich, um seine Hauptthese zu belegen: Dass Occupy in direkter Tradition dieser Bewegung eine anarchistische Bewegung ist.

Neuer Anarchismus?

Liest man sich die zahlreichen Beiträge in den Mainstream-Medien durch, die Occupy zu einer neuen anarchistischen Bewegung erklären, wird man nach Veröffentlichung der drei aktuellen Bücher Graebers feststellen, dass die Medien fast ausnahmslos schlicht seine Thesen übernehmen. Auch das ist erst mal durchaus erfreulich. Und der Stil von Occupy ist in der Tat anarchistisch: Die Bemühungen um Formen von Basisdemokratie – wenn diese auch nicht so eindeutig sind, wie Graeber es gerne hätte; die Verweigerung der Repräsentation durch Parteien und Parlamente, die Weigerung, Forderungen an Regierungen aufzustellen, weil man sowieso nicht glaubt, dass diese darauf eingehen und deren Legitimität nicht anerkennt.

Ein Blick in *FAZ* oder *Spiegel* reicht aber auch, um festzustellen, dass diese anarchistischen Aspekte nur für einen Teil der Bewegung gelten. Das Misstrauen gegen Parteien und Parlamente ist leider auch ein Misstrauen gegen jede Art von Organisation, auch anarchistischen oder syndikalistischen. Forderungen dagegen werden an einigen Orten durchaus laut, und gerade in Deutschland gleichen die Parolen jenen von Linkspartei und attac, teilweise sogar jenen der SPD. Während Occupy Wall Street überwinterte, indem die AktivistInnen gemeinsam mit Obdachlosen Häuser besetzten, werfen die Frankfurter OkkupantInnen die obdachlosen UngarInnen vom Platz, weil diese nicht politisch seien und weil die Polizei es so wünscht. Occupy ist hier traurig nah an traditioneller, repräsentativer Politik: Während Frankfurter StudentInnen vor der EZB offenbar 99 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, tun obdachlose UngarInnen das angeblich nicht!

Hätte die Antiglobalisierungsbewegung tatsächlich die von Graeber konstatierten mittelfristigen Siege davongetragen, dann wäre der Gedanke, den Kapitalismus zu überwinden, vielleicht nicht so abwegig, wie ihn offenbar viele OkkupantInnen finden. Sozialismus, Kommunismus und ja, auch Anarchismus werden von den Occupy-AktivistInnen als Ideologien verpönt zurückgewiesen. Eine Alternative zum Kapitalismus scheint es nicht zu geben. Deshalb wird der ursprünglich radikale Impetus der Bewegung zu einem lauten Schrei nach Reformen und die Kapitalismuskritik bleibt eine Kritik der Banken.

Hinter der Maske

Wenn Graeber diese Widersprüche verschweigt, fällt er letztlich hinter seinen eigenen anarchistischen Anspruch, der Akzeptanz der inhaltlichen Vielfalt, zurück. Er vereinnahmt Occupy für seine spezielle Vorstellung von Anarchismus. Dafür muss er etwas machen, was seinem eigenen Verständnis von Anarchismus ebenso zuwider läuft wie dem Selbstverständnis der Occupy-Bewegung: Er muss sich an deren Spitze stellen.

Möchte man eine Kontinuität in den sozialen Bewegungen der letzten zwei Jahrzehnte finden, so fällt direkt eine Parallele auf, die bislang kaum thematisiert wurde (obwohl sie auch für Graeber ein wichtiger Bezugspunkt ist): Die Entwicklung von der zapatistischen Pasamontaña (den Skimasken, die die AktivistInnen der EZLN in Südmexiko tragen) zur Guy Fawkes-Maske der Occupy-Bewegung. Die Aussage – wir sind viele, wir maskieren uns, weil ihr uns sonst nicht zuhört und wir sind alle gleich – ist identisch geblieben. Auch der Sprecher der EZLN, Subcomandante Marcos, setzt seine Maske nicht ab und bleibt einer von vielen – obwohl er ein gewählter Sprecher ist. David Graeber dagegen stößt unmaskiert von sich aus aus der Masse hervor und lässt keine Gelegenheit aus, seine Relevanz zu betonen – als Stichwortgeber der griechischen Revolte oder als Miterfinder der Parole „Wir sind die 99%". „Obwohl die „Occupy Wall Street"-Bewegung sich bemüht, kein erkennbares Gesicht zu haben, so wurde David Graeber doch rasch zu ihrem führenden Kopf", so der Klappentext zu „Kampf dem Kamikaze-Kapitalismus"; in „Inside Occupy" ist er „Initiator der Occupy-Bewegung". Das ist die gelungenste linke Marketing-Kampagne des Jahrzehnts, die aus Graeber für Occupy das macht, was die von ihm wenig geschätzten Toni Negri und Michael Hardt (*Empire*) angeblich für die Antiglobalisierungsbewegung waren. Wie viele GlobalisierungskritikerInnen *Empire* gelesen haben, sei mal dahingestellt. Occupy-AktivistInnen posten ein Jahrzehnt später zwar im Minutentakt Interviews mit Graeber in den virtuellen Netzwerken – aber die radikale Kapitalismuskritik und Ablehnung des Staates, die der „Vordenker" predigt, bleibt dennoch aus. Seltsam…

Torsten Bewernitz

Nestlés mörderische Machenschaften

Prozess um den Tod eines Gewerkschafters

Luciano Romero sollte im September 2005 vor dem Permanenten Tribunal der Völker in Bern aussagen. Das unabhängige Gremium, vor dem auf internationaler Ebene Menschenrechtsverbrechen angeklagt werden, ist in Bern angesiedelt. Als Romero zur Unternehmens- und Gewerkschaftspolitik des Nestlé-Konzerns in Kolumbien aussagen soll, bleibt sein Stuhl leer. Der ehemalige Angestellte von Nestlé und engagierte Gewerkschafter wird am 10. September mit 50 Messerstichen ermordet. Die Täter sind Paramilitärs der lokalen Gruppe AUC (*Autodefensas Unidas de Colombia*). Dem Konzern Nestlé wird in diesem Falle nun erstmals eine Mittäterschaft am Mord eines Gewerkschafters vorgeworfen.

In Kolumbien herrscht seit Jahrzehnten ein blutiger Krieg zwischen der Armee und nichtstaatlichen bewaffneten Akteuren, zu denen linksgerichtete Guerillatruppen und rechte Paramilitärs zählen, die allesamt in den florierenden Drogenhandel verwickelt sind. Die meisten Opfer in diesem Konflikt sind jedoch Zivilisten.

In den vergangenen 25 Jahren töteten staatliche Sicherheitskräfte oder rechte Paramilitärs mehr als 2500 Gewerkschaftsmitglieder. Damit hält der lateinamerikanische Staat einen traurigen Spitzenplatz unter den für GewerkschafterInnen gefährlichsten Ländern. Arbeits- und MenschenrechtsaktivistInnen sind Bedrohungen und gewalttätigen Übergriffen durch Paramilitärs, aber auch durch die Guerilla ausgesetzt. Die staatlichen Stellen können dies nicht verhindern und sind sogar selbst in Übergriffe verwickelt. Deutlich wird dies besonders bei absurden Schauprozessen gegen AktivistInnen. Die Kriminalisierung gewerkschaftlicher und politischer Arbeit ist in Kolumbien ein beliebtes Instrument um soziale Bewegungen und Proteste zu zerschlagen. Amnesty International geht davon aus, dass es eine systematische militärisch-paramilitärische Strategie gibt, die zum Ziel hat, gewerkschaftliche Arbeit zu unterbinden. Mittel zum Zweck sind Einschüchterungen, Drohungen und gewaltsame Übergriffe. Mit diesen weit verbreiteten und koordinierten Methoden liegen nicht nur Verletzungen der Menschenrechte, sondern auch internationaler Arbeitsrechtskonventionen vor.

Im konkreten Fall von Luciano Romero erhielt der bei der Nestlé-Tochter *Cicolac*angestellte Aktivist lange vor seiner Ermordung Todesdrohungen von der AUC. Romero arbeitete in einer Milchpulverfabrik von Nestlé-Cicolacin Valledupar, einer Kleinstadt in der nördlichen Provinz Cesar. Er engagierte sich für die Rechte politischer Gefangener, vertrat im Betrieb bei Kollektivverhandlungen die Belegschaft,

Luciano Enrique Romero Molina wurde 47 Jahre alt

war Mitglied des örtlichen Vorstandes der Lebensmittelgewerkschaft *Sinaltrainal*. Diese Aktivitäten führten schließlich 2002 zu seiner Entlassung. Trotzdem geht das Berliner Menschenrechtsbüro ECCHR davon aus, dass der Nestlé-Konzern dafür verantwortlich ist, dass Romero überhaupt ins Visier der Paramilitärs geriet:

Als 1999 im Cicolac-Werk ein Bombenanschlag verübt wurde, unterstellten örtliche Nestlé-Manager dem Gewerkschafter die Urheberschaft. Ebenfalls ohne jeglichen Beweis bezichtigten Cicolac-Funktionäre Romero und andere Sinaltrainal-Mitglieder der Mitgliedschaft in der Guerilla. In einem durch den jahrzehntelangen Bürgerkrieg geprägten Klima, in einer Region, in der die rechten AUC-Schwadronen noch immer eine bedeutende Macht darstellen, gleicht dies einem Todesurteil. Aufgrund der Drohungen beantragte die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte Schutz für Romero. Für den Schutz von GewerkschafterInnen war bis zu seiner Auflösung der kolumbianische Geheimdienst DAS zuständig. Inzwischen wurde bekannt, dass der DAS E-Mails zwischen Romero und seinen Anwälten sowie dem Tribunal der Völker überwachte. Zudem steht fest, dass Mitarbeiter des DAS Listen von zu schützenden Personen an Paramilitärs weiterreichten. Es ist daher wenig verwunderlich, dass die AUC in Valledupar von Geheimagenten über die Aktivitäten Romeros informiert wurde. Das Schicksal Romeros ist kein Einzelfall: Seit 1986 starben mehr als 20 Mitglieder der Sinaltrainal durch Verbrechen, 13 von ihnen arbeiteten für ein Nestlé-Unternehmen. Diese permanente Bedrohung schränkt gewerkschaftliche Aktivitäten massiv ein und kommt daher den Interessen der Fimen entgegen.

Hand in Hand mit den Paras

Doch existiert überhaupt eine Verbindung zwischen paramilitärischen Gruppen und dem Nestlé-Konzern?

Vor Gericht sagte ein ehemaliger Anführer der AUC aus, Cicolac habe Geld an seine Organisation gezahlt. Zudem gibt es traditionell enge Verbindungen zwischen Großgrundbesitzern, in Valledupar die Milchbauern, und den Paramilitärs. So gehörten zu den Lieferanten von Cicolac führende Paramilitärs der Region Cesar. Sinaltrainal wies die Schweizer Zentrale mehrfach auf diese Verknüpfungen hin, Nestlé wies jede Verantwortung zurück.

Doch gerade die Verbindung von Großgrundbesitzern und Paramilitärs wurde vielen GewerkschafterInnen zum Verhängnis. Eigentlich zeichnete sich die Cicolac-Fabrik durch überdurchschnittlich hohe Löhne und gute Sozialleistungen aus, doch im Frühling 2002 begann sich dies zu ändern. Die Geschäftsführung verlängerte den Vertrag mit Sinaltrainal nicht mehr, worauf die Gewerkschaft mit einem Arbeitskampf drohte. Die Nestlé-Cicolac-Führung informierte in der Folge die örtlichen Milchproduzenten: Bei höheren Löhnen müsse der Milchpreis sinken und man warnte, die Fabrik könne in eine andere Region verlegt werden. Der Streik wurde abgeblasen, als für Paramilitärs typische Todeslisten mit den Namen von Gewerkschaftsführern auftauchten. Daraufhin nahm Nestlé eine völlige Umstrukturierung des Konzerns vor: unter fadenscheinigen Argumenten wurden neun Gewerkschafter entlassen, einer von ihnen Romero. 2003 verkaufte Nestlé 50% der Fabrik an den neuseeländischen Konzern Fonterra. Das Werk wurde umbenannt, die komplette Belegschaft gekündigt. Die neuen MitarbeiterInnen erhielten natürlich einen weitaus geringeren Lohn, die Gewerkschaft Sinaltrainal war aus dem Betrieb verdrängt.

Prozess in der Schweiz

Für den Mord an Luciano Romero verurteilte ein kolumbianisches Gericht inzwischen fünf führende Paramilitärs. Ermittlungen, die Mitglieder des Geheimdienstes DAS betreffen, sind jedoch eingeschlafen. Während des Romero-Prozesses ordnete der Richter an, zudem die Verantwortung der Nestlé-Cicolac-Manager und des Konzerns als Ganzes zu prüfen. Auch in diese Richtung wurde nie ernsthaft ermittelt. Nun hat die auf Menschenrechte spezialisierte Anwaltsgruppe *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR) zusammen mit Sinaltrainal eine Anzeige gegen führende kolumbianische Manager und die Schweizer Konzernspitze eingereicht. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung wegen Unterlassens. Ein eidgenössisches Gericht soll jetzt die zwei zentralen Vorwürfe prüfen: Zum einen habe Nestlé trotz Kenntnis der Situation keine Schutzmaßnahmen für GewerkschafterInnen getroffen. Zum anderen verschärften die örtlichen Geschäftsführer die Lage noch, indem sie Romero als Unterstützer der Guerilla und als den Drahtzieher des Anschlags denunzierten. Dieses Verhalten widerspricht jedoch den *Corporate Business Principles*, in denen sich Nestlé zur Einhaltung der ILO-Normen zu Arbeits- und Gewerkschaftsrechten verpflichtet. Dies kann nicht an die lokalen Unterorganisationen des Konzerns verlagert werden, sondern unterliegt der zentralen Kontrolle. Damit gibt es laut ECCHR klar eine Mitschuld des Konzerns am Tod Romeros.

Sollte es in diesem Fall tatsächlich zu einer Verurteilung kommen, hätten die Schweizer RichterInnen einen Präzedenzfall geschaffen, dessen Folgen auch andere multinationale Unternehmen fürchten müssten.

Cindy Mecate

Arbeiten wie ein Uhrwerk!

In einer Volksabstimmung sprach sich die Schweizer Bevölkerung gegen eine Verlängerung des Jahresurlaubs aus

Eine der zentralen Forderungen der ArbeiterInnenbewegung schon seit dem frühen 19. Jahrhundert war die Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. In gewaltsamen und oft auch blutigen Konflikten wurden der 8-Stunden-Tag, die

5-Tage-Woche und auch der bezahlte Urlaub erkämpft.

Knapp 200 Jahre später wird die Bevölkerung eines der fortschrittlichsten Industrieländer in einer freien und geheimen Wahl gefragt, ob sie anstelle von 4 Wochen einen gesetzlichen Mindesturlaub von 6 Wochen haben will. Ohne Streiks und Barrikaden und Demonstrationen kann der Weg der Arbeitszeitverkürzung mit friedlichen, demokratischen Mitteln konsequent weiter gegangen werden.

„Nein danke", ist allerdings die Antwort der Schweizer Bevölkerung in einer Volksabstimmung Anfang dieses Jahres. Eine klare Mehrheit von zwei Dritteln entscheidet sich gegen die Verlängerung des bezahlten Urlaubs. In keinem einzigen Kanton erreicht die sogenannte Ferien-Initiative mehr als 50%. Selbst in den progressiven Westschweizer Kantonen des Jura, in denen vor über 140 Jahren eine starke anarchistische und syndikalistische Bewegung aktiv war und für Schweizer Verhältnisse immer noch extrem links gewählt wird, wurden gerade einmal 49% Ja-Stimmen gezählt.

Wie kann das sein? Dass direkte Volksabstimmungen mitunter die erschreckende wirkliche Meinung der Bevölkerung widerspiegeln, passiert ja immer wieder. Hier sei nur auf die sogenannte Minarett-Abstimmung verwiesen. Fremdenfeindlichkeit ist ja leider selbst in modernen Industrienationen bei einer deutlichen Mehrheit zu finden. Aber dass die Mehrheit, und auch in der Schweiz sind über 80% der Haushalte direkt oder indirekt lohnabhängig, so eindeutig gegen ihre eigenen Interessen votiert, ist mehr als nur verwunderlich. Und die Wahlbeteiligung von über 45% zeigt, dass die Ablehnung kein statistischer Ausrutscher war.

Allerdings ist es generell schwierig der Schweizer Bevölkerung ein Ja zu einer Veränderung zu entlocken. Die Angst vor Veränderung ist ein einfach zu bedienendes Instrument der Initiativ-Gegner. Besonders wenn finanzkräftige Institutionen einer Initiative ablehnend gegenüberstehen, ist die Panikmache im öffentlichen Raum nahezu omnipräsent. So auch bei der Ferien-Initiative, bei der auf nahezu jeder Plakatwand der Slogan „Mehr Urlaub – Weniger Jobs" zu lesen war. Seltsam ist allerdings, dass dieser Slogan bei einer Arbeitslosigkeit von gerade einmal 3% auf fruchtbaren Boden fällt, war dies doch, wenn man den Analysen glauben mag, der Hauptgrund für die Ablehnung. Politisch wurde eher argumentiert, dass man nicht per Gesetz in die sozialpartnerschaftlichen Lösungen zwischen ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften eingreifen solle. So sei es durchaus möglich, längere Urlaubszeiten in den Tarifverträgen auszuhandeln. Bei gerade einmal 10% gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten und Gewerkschaften, die nur äußerst ungern in harte Auseinandersetzungen gehen, ebenfalls kein besonders schlagkräftiges Argument.

Viel besser lässt sich die Ablehnung dieser Initiative durch das nahezu vollständige Fehlen eines Klassenbewusstseins erklären. Das Bewusstsein, dass es das Ziel aller Lohnabhängigen ist, die eigene Lebenszeit möglichst teuer zu verkaufen, selbst dann, wenn man persönlich schon mehr als 4 Wochen Urlaub hat oder damit zufrieden wäre.

Die Ferien-Initiative wurde daher auch nicht als demokratische Entscheidung über eine generelle Erhöhung des Stundenlohns um knapp 4% gesehen, geschweige denn so von den Gewerkschaften kommuniziert.

Auch hier zeigt sich, dass jedes politische Instrument, und sei es so progressiv wie die direkte Demokratie, nutzlos bleibt, wenn es nicht aktiv mit Leben gefüllt wird. Ohne Klassenbewusstsein bringen einem die besten ArbeitnehmerInnenrechte nichts. Ohne Visionen und Utopien verwaltet auch die direkte Demokratie nur den gegebenen Ist-Zustand.

Benjamin Bertsche

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien)

Allgemein: Mobilisierung für einen Generalstreik.

Die CNT hat gemeinsam mit den beiden Basisgewerkschaften CGT und Solidaridad Obrera mit der Mobilisierung für einen Generalstreik gegen die Kürzungen, Reformen und den Sozialpakt der Regierung und der Troika begonnen. Bis zum Herbst dieses Jahres sollen die Mobilisierungen kontinuierlich aufrechterhalten werden.

Cordoba: Visteon setzt sich durch.

Der amerikanische Autoteilehersteller Visteon hat letztlich die Schließung seiner Fabrik in El Puerto de Santamaria (Cadiz) durchgesetzt. 450 Menschen werden arbeitslos. Die Schließung geschah mit Einwilligung der andalusischen Regierung und dem Betriebsrat, der sich aus den Gewerkschaften CCOO, UGT und CSIF zusammensetzt. Sie boykottierten direkt und indirekt die Kämpfe der ArbeiterInnen und stimmten den Massenentlassungen und dem Werksausschluß zu. Die betroffenen ArbeiterInnen hatten viel solidarischen Zuspruch erhalten, nicht nur von den Gewerkschaften der CNT, sondern auch von Basisgewerkschaften aus Deutschland, Großbritannien und Polen.

L'Hospitalet: Erneut Wiedereinstellung bei WSF.

Die ArbeiterInnen der CNT haben Grund zum Feiern. Erneut wurde eine Genossin aus der Bodenabfertigung des Flughafens El Prat (Barcelona) vom Unternehmen WSF wiedereingestellt. Die Arbeiterin war infolge eines von der CNT initiierten Streiks als Repressionsmaßnahme entlassen worden. Seit es der CNT gelang durch seriöse und gut koordinierte Gewerkschaftsarbeit vier Betriebsgruppen zu etablieren, verfolgt WSF unnachgiebig das Ziel alle Angehörigen der CNT aus dem Unternehmen zu vertreiben. Das allgemeine CNT Syndikat L'Hospitalet gab im Rahmen der genannten Erfolgsmeldung bekannt, dass noch eine weitere Beschäftigte darauf wartet wieder beschäftigt zu werden.

USI (Italien)

Allgemein: Generalstreik ausgerufen.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften sämtlicher Sektoren hat die USI für den 22. Juni einen Generalstreik ausgerufen, mit Ausnahme der Region Emilia Romagna. Neben verschiedenen sozialen, politischen und arbeitsrechtlichen Forderungen wendet sich dieser Generalstreik insbesondere gegen die sogenannte Fornero-Reform, die drastische Veränderungen im Arbeitsrecht und die Erhöhung des Renteneintrittsalters mit sich bringt.

Freizeit als Rendite des Fortschritts

Zum Verhältnis von Arbeitszeit und Produktivität

Er könnte so schön sein, der technische Fortschritt. Plackerei und Hunger würden der Vergangenheit angehören, und der Mensch hätte Zeit, sich den schönen Dingen des Lebens zu widmen – um einer höheren Kultur entgegen zu schreiten. Derlei hoffnungsvolle Utopien wurden sicherlich schon seit Anbeginn der Zivilisation geträumt. Bereits der griechische Philosoph Aristoteles schrieb über 300 Jahre vor Christus: „Wenn jedes Werkzeug auf Geheiß, oder auch vorausahnend, das ihm zukommende Werk verrichten könnte, wie des Dädalus Kunstwerke sich von selbst bewegten oder die Dreifüße des Hephaistos aus eignem Antrieb an die heilige Arbeit gingen, wenn so die Weberschiffe von selbst webten, so bedürfte es weder für den Werkmeister der Gehilfen noch für die Herren der Sklaven."

Heute, wo die Technologisierung Ausmaße erreicht hat, die Aristoteles sich kaum vorzustellen vermochte, hält sich der utopische Optimismus in Grenzen. Der technische Fortschritt insbesondere der vergangenen hundert Jahre hat zu einem globalen Strukturwandel geführt, der nicht nur die Menschheit in eine instabile Gesamtlage versetzt, sondern auch deren lebensnotwendige Biosphäre an einen kritischen Punkt gebracht hat. Auch von einer Befreiung von Arbeit und Hunger kann kaum die Rede sein. Noch nie in der Geschichte lebten so viele Menschen in extremer Armut wie heute, noch nie waren so viele Menschen auf der Welt – mittlerweile deutlich über zwei Milliarden – proletarisiert. „Allein in Südkorea", so Lucien van der Walt und Michael Schmidt, „gibt es gegenwärtig mehr Industriearbeiter als in der gesamten Welt des Jahres 1848, zu der Zeit, als Karl Marx und Friedrich Engels das *Kommunistische Manifest* verfassten – und Industriearbeiter stellen nur *ein* Segment der Arbeiterklasse dar".

Der Kampf

um den

Achtstundentag.

Festschrift zum 1. Mai 1890.

Leipzig

Verlag von Eduard Schultes Buchhandlung

Albertstraße 15.

Auf dem Genfer Kongress der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) 1866 wurde die Einführung des Achtstundentages zur allgemeinen Forderung der Internationalen Arbeiterklasse erhoben

Profite statt Freizeit

Dabei ist es keineswegs der technische Fortschritt an sich, der diese Verwerfungen begründet. Seine Auswirkungen ergeben sich vielmehr aus den Produktionsverhältnissen, in die er eingebettet ist, Verhältnisse, in denen nur eine kleine Minderheit über die Produktionsmittel verfügt – sei es auf privat- oder staatskapitalistischer Basis. Für diese ist die Technologisierung ein Segen, steigert sie doch die Produktivität und damit auch deren Reichtum. Für die breite Masse der Lohnabhängigen jedoch ersetzt eine neue Maschine nicht die Arbeit, sondern nur sie selbst als Arbeitskraft. Und schon gar nicht fließt ihnen der daraus resultierende Ertrag zu. Sie werden einfach – zumindest ein stückweit – überflüssig gemacht. Wenn heute der Apple-Produzent Foxconn in China Millionen Industrieroboter anstelle von ArbeiterInnen zum Einsatz bringen will, denkt dabei kaum jemand an mehr Freizeit. Nicht, dass die Arbeit bei Foxconn, das für seine brutalen Arbeitsbedingungen berüchtigt ist, besonders erhaltenswert wäre. Doch von den Einkommensquellen abgeschnitten zu werden – und das bedeutet es konkret für viele Lohnabhängigen –, ist eben auch keine Perspektive. Gegen solche Konsequenzen der Technologisierung wehrten sich schon die „Maschinenstürmer" im England des 19. Jahrhunderts.[1]

Von der gesteigerten Produktivität, die die Technologisierung mit sich bringt, profitiert die große Masse somit nur indirekt und langsam. Zwar hat sich in Europa die Zahl der pro Kopf geleisteten Arbeitsstunden von 1900 bis zum Jahr 2000 etwa halbiert, allerdings hat sich im selben Zeitraum auch die Produktivität deutlich erhöht, und zwar pro Kopf um das sechsfache.[2] Konkret in Deutschland kam es im 20. Jahrhundert zu einer stetigen Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit, von einem Zehn-Stunden-Tag bei einer Sechs-Tage-Woche im Jahr 1900 bis zur Einführung der 35-Stunden-Woche in einigen Branchen.

Bezug nehmend auf die um den Acht-Stunden-Tag ausgefochtenen Kämpfe der Arbeiter- und Soldatenräte 1918, stellte Rudi Dutschke bereits 1967 fest: Heute „arbeiten unsere Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellten lumpige vier, fünf Stunden weniger pro Woche. Und das bei einer ungeheuren Entfaltung der Produktivkräfte, der technischen Errungenschaften, die eine wirklich sehr, sehr große Arbeitszeitreduzierung bringen könnten, aber im Interesse der Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsordnung wird die Arbeitszeitverkürzung, die historisch möglich geworden ist, hintangehalten, um Bewusstlosigkeit – das hat etwas mit der Länge der Arbeitszeit zu tun – aufrechtzuerhalten."

Im letzten Jahrzehnt wurden selbst diese Arbeitsverkürzungen jedoch in vielen Bereichen zurückgenommen. Selbst der Acht-Stunden-Tag existiert häufig nur noch auf dem Papier, werden gesetzliche Regelungen in der Praxis doch gerne umgangen.[3]

Keine Zeit, Teilzeit oder Freizeit

Es stellt sich also, blickt man auf die Entwicklung der Produktivkräfte, die Frage nach der gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit und damit letztendlich auch nach den Arbeitszeiten. Unter WirtschaftswissenschaftlerInnen ist dabei umstritten, ob technischer Fortschritt im Kapitalismus wirklich zu struktureller Arbeitslosigkeit führt. Während einige Ökonomen, darunter auch Karl Marx, davon ausgingen, dass Produktivitätssteigerungen bei gleich bleibender Nachfrage Arbeitskraft „freisetzt", meinen insbesondere Freunde des freien Marktes, sie wirkten beschäftigungsneutral. Schließlich führe die Technologisierung zu einem Sinken der Preise und damit auch zu mehr Einkommen in der Bevölkerung. Bei dieser, so die Logik, steige dadurch auch die Nachfrage an anderen Produkten – wofür dann wieder Arbeitskräfte benötigt würden.

Dieser angenommene „Rebound-Effekt" ist bis heute zu einem integralen Bestandteil von Beschäftigungspolitik geworden. Diese zielt u.a. auf eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ab, damit freigesetzte Arbeitskräfte in andere Branchen transferiert werden, wo die Nachfrage gestiegen ist. Soweit die Theorie. In der Praxis funktioniert diese „Kompensation" offenbar nicht ganz. Zwar trumpfte etwa Deutschland zuletzt mit sinkenden Arbeitslosenzahlen auf und rühmt sich, zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Ein prüfender Blick zeigt jedoch, dass der Anteil von Teilzeitarbeit enorm zugenommen hat.[4] D.h., es befinden sich zwar viele Menschen in einem Beschäftigungsverhältnis, das von ihnen erbrachte Arbeitsvolumen hat insgesamt aber deutlich abgenommen.

Grenzen des Wachstums

Hieran schließt sich die Frage nach den Grenzen des Wachstums an. Denn Wachstum ist nach obiger Logik Voraussetzung dafür, dass die Arbeitskraftfreisetzung überhaupt kompensiert werden kann. Gleichzeitig behaupten zahlreiche Ökonomen, insbesondere der neoklassischen Schule, technischer Fortschritt schaffe überhaupt erst Wachstum, weil nur so die Marktakteure langfristig ihren Ertrag steigern könnten. Ein irrsinniger Kreislauf, den man nicht nur mit Blick auf die Erschöpfung natürlicher Ressourcen in Frage stellen sollte. Es fragt sich nämlich auch, wann die „Rendite" der Technologisierung denn endlich mal ausgezahlt werden soll. Wann also, wie es der englische Ökonom John Stuart Mill bereits im 19. Jahrhundert formulierte, „die industriellen Verbesserungen anstatt nur der Vermehrung des Vermögens zu dienen, ihre ursprüngliche Wirkung hervorbrächten, nämlich die Arbeit zu verkürzen".

Mill ging davon aus, dass irgendwann das Wachstumsziel erreicht sei, dann nämlich, wenn Wohlstand für alle herrsche. Er bezeichnete diese Phase, in der es zu einem Stillstand in Bezug auf die Kapital- und Bevölkerungszunahme käme, als „stationären Zustand" der Wirtschaft. Nun ist es aber so, dass die gewachsene Produktivität sich keineswegs in ein wohlständiges Leben aller übersetzt hat. Vielmehr bleibt der Wohlstand weiterhin vielen vorenthalten. Nicht nur das: in den vergangenen Jahrzehnten hat sich sogar eine beispiellose Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in immer weniger Händen ergeben.[5] Der in den „Reaganomics" der 1980er Jahre angenommene „Trickle-down"-Effekt, nachdem der Wohlstand nach unten durchsickere, ist ausgeblieben. Das neoliberale Paradigma, dass der freie Markt den „Wohlstand der Nationen" realisiere, hat sich somit als Mär erwiesen. Zu keinem Zeitpunkt der Geschichte war die gesellschaftliche Verteilung des produzierten Reichtums ineffizienter.[6]

Ähnliches wie Mill fordern heute die sogenannten WachstumskritikerInnen. Sie wünschen eine Abkehr vom eindimensionalen Ökonomismus und eine Umverteilung der Arbeit, die für alle eine Verkürzung der Arbeitszeiten zur Folge haben soll. Der britische Ökonom Tim Jackson sieht gewissermaßen den „stationären Zustand" zwar nicht erreicht, hält ihn aber für realisierbar. Zumindest in den hoch entwickelten Wirtschaften der „westlichen Welt" sei Wohlstand ohne Wachstum bereits möglich. Wachstumskritiker plädieren daher für einen

Heute „arbeiten unsere Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellten lumpige vier, fünf Stunden weniger pro Woche. Und das bei einer ungeheuren Entfaltung der Produktivkräfte, der technischen Errungenschaften, die eine wirklich sehr, sehr große Arbeitszeitreduzierung bringen könnten, aber im Interesse der Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsordnung wird die Arbeitszeitverkürzung, die historisch möglich geworden ist, hintangehalten, um Bewusstlosigkeit – das hat etwas mit der Länge der Arbeitszeit zu tun – aufrechtzuerhalten." (Rudi Dutschke)

Anmerkungen:

[1] Siehe dazu „Sie wollen uns zu Maschinen machen", *DA* Nr. 207.

[2] Dies wohlgemerkt bei einer Halbierung des Arbeitsvolumens pro Kopf.

[3] Siehe dazu „Arbeit ohne Ende", *DA* Nr. 190.

[4] Lag dieser 1960 noch bei 3,9%, wuchs er bis 1999 auf 20,6%. 2011 betrug er bereits 26,6%.

[5] Global betrachtet: Allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich das Welt-Bruttosozialprodukt mehr als verdoppelt. Noch 1960 verdienten die reichsten 20% der Menschheit 30 Mal so viel wie die ärmsten 20%. Heute beträgt die Differenz mehr als das 80fache. Und das reichste 1% der Weltbevölkerung hat so viel wie die ärmeren drei Milliarden Menschen.

[6] Beispiel: Die globale Landwirtschaft könnte zwölf Milliarden Menschen normal ernähren. Dennoch sterben täglich über 100.000 Menschen an Hunger, fast eine Milliarde sind permanent unterernährt.

[7] Siehe dazu Artikel auf Seite 4

[8] Insbesondere die Burn-Out-Problematik nimmt bekanntlich zu. Der Zusammenhang zwischen steigenden Anforderungen am Arbeitsplatz, wachsendem Stress, zunehmendem Konkurrenzdruck und Erkrankungen ist dabei erwiesen.

[9] Siehe „Taylorismus 3.0", *DA* Nr. 211.

[10] Siehe „Die Vermessung der Arbeitswelt", *DA* Nr. 199.

[11] Nachweislich und offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen verkürzten Arbeitszeiten und längerer Lebenserwartung.

[12] Interessanterweise war es der „frühsozialistische" Unternehmer Robert Owen, der um 1800 die Arbeitszeit in seiner Baumwollspinnerei im schottischen New Lanark von 13-14 Stunden auf 10,5 Stunden reduzierte, und aufzeigte, dass Arbeitszeitverkürzung und soziale Angebote zu einer höheren Produktivität führen können.

[13] Freilich muss das gesamtkapitalistische Interesse nicht vom Unternehmer an sich erkannt werden. Gerade in Verwertungskrisen neigt das Kapital zu kurzfristigen Profitstrategien, die sich negativ auf den Nachfrage-Angebot-Zyklus auswirken und mittelfristig den Unternehmen auf die Füße fallen. Der momentane Trend der Prekarisierung und Wiederanhebung der Arbeitszeit kann als ein solcher Ausdruck gewertet werden.

Paradigmenwechsel, der Arbeit und Leben in ein Gleichgewicht bringen, das Leben also nicht länger der Arbeit opfern soll. Doch wer die Träger dieses Wandels sein sollen, bleibt dabei offen. Kann womöglich der Kapitalismus selbst diesen Wandel befördern?

Immerhin hat etwa in Europa über das letzte Jahrhundert tatsächlich eine Reduktion der Arbeitszeit stattgefunden und man könnte den Trend zur Teilzeitarbeit auch als Umverteilung von Arbeit betrachten. Auch die Tatsache, dass die Freisetzung von Arbeitskraft in hoch technologisierten Bereichen zu einer Zunahme von sogenannten „unproduktiven" Berufen (z.B. WissenschaftlerInnen, Ärzte, aber auch KünstlerInnen) geführt hat, könnte als Trend zur Befriedigung humaner, sozialer und kreativer Bedürfnisse gesehen werden. Zugleich hat sich durch Automatisierung die Rolle des Menschen zunehmend von der Produktion auf Administration, Planung, Kontrolle, Wartung und Dienstleistungen verschoben, während viele gefährliche Tätigkeiten heute durch Maschinen ausgeführt werden können. Sogar bestimmte Firmen setzen indessen auf neue Arbeitszeitmodelle.[7]

Intensivierung der Arbeit

Doch dabei sollte man sich nicht von der Oberfläche täuschen lassen. So gingen Produktivitätssteigerung und Arbeitszeitverkürzung auch mit einer Intensivierung von Arbeit einher. Diese wird also effizienter, häufig auf Kosten der physischen oder gar psychischen Gesundheit von Lohnabhängigen, insbesondere dort, wo die Grenze zwischen Arbeits- und Privatleben immer weiter verschwimmt.[8] Der Trend zur Teilzeitarbeit wiederum ist ein Trend der Prekarisierung, bei dem Menschen zwar weniger arbeiten, aber auch entsprechend weniger Lohn erhalten. Die Früchte der Produktivitätssteigerung bleiben somit den „Arbeitgebern" vorbehalten. Auch die „unproduktiven" Berufe sind häufig höchst prekär[9] oder stützen sich auf die öffentliche Hand, so dass sich deren Finanzierung kaum aus dem Ertrag der Produktivitätssteigerung speist. Entsprechend ist in Zeiten klammer öffentlicher Haushalte denn auch ein Stellenabbau etwa im Bildungs- oder Gesundheitswesen festzustellen. Und die neuen, angenehmen Arbeitszeitmodelle betreffen in der Regel nur besonders begehrte Arbeitskräfte, die man vor dem Hintergrund eines Fachkräftemangels mit attraktiven Arbeitsbedingungen zu binden versucht.

Die Technologisierung mag daher Bedingungen geschaffen haben, die so einiges möglich machen, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse jedoch verhindern, dass sich dies in einen Nutzen für die gesamte Gesellschaft übersetzt. Sollen die Forderungen der WachstumskritikerInnen also nicht nur ein zahnloses, wenn auch vernünftiges, politisches Plädoyer sein, so bedarf es der AkteurInnen, die an diesen Produktionsverhältnissen auch zu rütteln vermögen, die die gewünschte Umverteilung von Arbeit also auch gegen die Interessen der ProduktionsmitteleignerInnen erzwingen können. Dies führt zu der Frage nach der Konfrontation von Interessen zwischen „Kapital und Arbeit".

Kampf um Zeit und Geld

Für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung war der Kampf um Arbeitszeiten schon immer ein zentrales Tätigkeitsfeld. Lange Zeit nahmen Forderungen nach Arbeitsverkürzung sogar einen höheren Stellenwert ein als die Forderung nach höheren Löhnen. Davon zeugen viele der ersten Gewerkschaftskämpfe, die einer Verkürzung der Arbeitszeit galten. Auch die Tradition des ersten Mai als „Arbeiterkampftag" wurde 1886 im Zusammenhang mit Aktionen für den Acht-Stunden-Tag geboren. Im Prinzip jedoch sind Auseinandersetzungen um Zeit oder Lohn „Ausdruck desselben Interessenkonflikts, wenn auch jeweils unter verschiedenen Prämissen: Lohnkämpfe sind meist nur dann erfolgversprechend ..., wenn es einen wirtschaftlichen Aufschwung gibt und die Preise gleichzeitig steigen. Kämpfe um Zeit ... scheinen dagegen einfacher geführt werden zu können."[10] Vor allem aber ist der Drang nach mehr Freizeit und damit mehr Lebenszeit[11] ein naheliegender: Vielen Menschen war und ist frei verfügbare Zeit wichtiger als ein höheres Einkommen.

Das Kapital hat allerdings nur ein sehr begrenztes Interesse an verkürzten Arbeitszeiten. Und zwar nur insofern eine gewisse Regeneration der Arbeitskraft auch eine höhere Produktivität gewährleistet.[12] So geht die neoklassische Wirtschaftstheorie etwa davon aus, dass die erzeugte Menge an Waren und Dienstleistungen, aber auch der Arbeitslohn umso höher sei, je länger die Arbeitszeit ist. Allerdings stellt man auch fest, dass mit steigender Arbeitszeit das sogenannte „Arbeitsleid" zunehme – mit entsprechendem Produktivitätsverlust und Abnutzung der Arbeitskraft. Als „optimale" Arbeitszeit gilt daher diejenige, bei der der Nutzen des zu zahlenden Lohns dem Schaden des zusätzlichen Arbeitsleids entspricht. Außerdem sei ein gewisses Maß an Freizeit und Einkommen der Lohnabhängigen – gesamtkapitalistisch betrachtet – der Nachfrage und damit der Konjunktur förderlich.[13]

Vor allem aber tangieren Arbeitsverkürzungen die Interessen des Kapitals, weil damit eine Veränderung im Angebot der Arbeitskräfte einhergeht. Denn grundsätzlich sind für das Kapital Bedingungen am rentabelsten, in denen ein Angebotsüberhang an Arbeitskräften besteht und diese in Konkurrenz gesetzt sind. Für das Kapital ist daher ein Szenario der Vollbeschäftigung, was ja das Resultat von Arbeitsumverteilung wäre, ein Alptraum. Es würde, wenn Menschen relativ einfach in die Arbeit ihrer Wahl finden, seine „Short-Side-Position" verlieren, über billige Arbeitskräfte verfügen und die Arbeitsbedingungen diktieren zu können.

In Anbetracht dieser Interessenkonstellation ist es fraglich, inwiefern politische Vorschläge der Arbeitsverkürzung überhaupt durchsetzbar sind. Es lässt sich einiges an gut klingenden Argumenten für eine solche anführen: sei es die gerechtere Verteilung von Arbeit und der Abbau sozialer Ungleichheit, sei es die Förderung einer nachhaltigeren Gesellschaft, die mehr Raum für soziale, ökologische, intellektuelle oder künstlerische Bedürfnisse lässt. Doch die Vernunft bleibt in der Regel ungehört, stehen ihr doch mächtige Interessen gegenüber. Es wäre daher Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, die nötige Schlagkraft zu organisieren, um diese zu überwältigen. Der Kampf um Arbeitszeiten ist dabei von doppelter Bedeutung: Zum einen führt jede Arbeitszeitverkürzung – Lohnausgleich vorausgesetzt – zu einer qualitativen Verbesserung des Lebens. Zum anderen mindert jede Arbeitszeitverkürzung das Angebot an Arbeitskräften und stärkt somit die Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen. Arbeitszeitverkürzungen sind somit eine wichtige strategische Etappe, um letztlich selbst die „Short-Side-Position" einzunehmen und aus dieser heraus größere Wandlungen durchsetzen zu können.

Utopische Skizzen

Doch wie könnte, sollten sich die Kräfte der Arbeitsverkürzung durchsetzen, die gesellschaftliche Verteilung von Arbeit letztendlich aussehen? Es gibt einige theoretische Modelle gerechter Arbeitsverteilung, etwa von dem französischen Sozialphilosophen André Gorz, der in den 1980er Jahren eine mögliche Wochenarbeitszeit von weniger als zehn Stunden errechnete. Auch aus anarchistischen Kreisen gibt es Überlegungen zu diesem Komplex. Am weitesten geht dabei zweifellos Darwin Dante, der Anfang der 1990er Jahre das Konzept der Fünf-Stunden-Woche vorlegte. In einer Modellrechnung legt er dar, dass bereits im Jahre 1990 eine durchschnittliche Arbeitszeit von fünf Stunden pro Woche ausreichend gewesen wäre. Dante nimmt sich dabei Faktoren des Kapitalismus vor, die eine Verschwendung oder Nichtnutzung von Arbeitskraft zur Folge haben, so etwa das Problem der Überproduktion, die systematische Verfallsrate von Gebrauchsartikeln und die damit verbundene Rohstoff- und Energieverschwendung. Würde man diese Faktoren ausschalten und Arbeit gerecht verteilen, legt Dante dar, wäre eine radikale Arbeitsverkürzung möglich.

Ob Dantes doch sehr idealtypisches Modell wirklich als Orientierung für eine libertär-sozialistische Ökonomie dienen kann, darf bezweifelt werden. Man muss dieses wohl eher als eine mathematische Offenlegung kapitalistischer Wirkmechanismen lesen, die aufzeigt, wie weit dieses System der eigentumsbasierten Warenwirtschaft allgemeinen Reichtum und eine höhere Lebensqualität verhindert. Kurz: dass der Kapitalismus eigentlich ein zutiefst überholtes Modell ist, das den technologischen Fortschritt in destruktive Bahnen lenkt. Darüber hinaus ist der Nutzen von Dantes Modellrechnung allerdings geringfügig. Denn seine Rechnungen basieren nun mal auf den Produktivitätszahlen des Kapitalismus selbst. Und eine nichtkapitalistische Ökonomie würde zwangsläufig andere Produktions- und Allokationsformen entwickeln, die in mancher Hinsicht nicht dieselbe Effizienz wie der Kapitalismus bei der Ausbeutung bzw. Nutzung von Arbeitskraft erzielt – und auch gar nicht soll.

Vor allem setzt Dantes Modell, soll das Ideal der Arbeitsverteilung erreicht werden, eine höchst effiziente und ebenförmige Zuteilung von Arbeitskraft in eine durchgeplante Partition von Arbeitsfeldern voraus. Doch wer bestimmt, welche Arbeit von wem zu verrichten ist? Der Kapitalismus kennt dafür den Mechanismus des freien Marktes samt seiner sozialen Verwerfungen, der Staatskommunismus die Zentralplanwirtschaft auf Kosten der individuellen Freiheit. Beides will eine libertäre Ökonomie vermeiden. Doch wie genau und wie effizient die Produktionsplanung und die Allokation von Arbeitskräften und Gütern in dieser funktionieren sollen, ist nach wie vor unklar.

Leon Bauer

Anzeige
Querlesen statt querstellen
ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
ABONNEMENT
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München
da-abo@fau.org
Tel: 46227727 (Mo 10-18 Uhr)
Fax: 46227728

Ich will folgendes Abo haben:
☐ 6 Ausgaben-/1 Jahr (Euro 9,–)
☐ 12 Ausgaben-/-2 Jahre (Euro 18,–)
☐ Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
☐ 6 Ausgaben Ausland /-1 Jahr (Euro 12,-)
☐ 12 Ausgaben Ausland /2 Jahre (Euro 24,-)

WiederverkäuferInnen:
Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex.75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):
☐ T-Shirt (rot) mit Brustlogo, Größe L, Ladyshirt M
☐ CD: Berlinska dróha - um die ecke**
☐ Comic: Ostberlin
direkte aktion 212

Meine Anschrift
Vor- und Nachname
Straße/Postfach
PLZ, Ort

Geld:
Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.
Direkte Aktion · Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,
BLZ 600 501 01
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

KULTURGUERILLA

Vierte Auflage der neuen Generation der RAK Treffen: Nach Braunschweig, Kiel und Köln traf sich die Rotzfreche Asphaltkultur dieses Jahr vom 17.-19. 5. im thüringischen Saalfeld/Saale. Die RAK sind ein hierarchieloser Zusammenschluss politischer StraßenmusikerInnen, die ihr jährliches Zusammentreffen sowohl als Kunst- als auch als Aktionsform begreifen. Weitere Infos auf www.rak-treffen.de

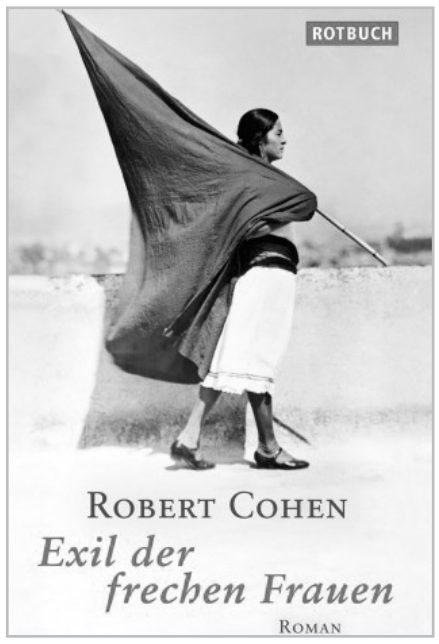
Slime vertonen Erich Mühsam: Die Veteranen jubeln über das erste Slime Album seit 18 Jahren, das Feuilleton nickt anerkennend. Und wir? Müssen uns das ganze erst mal anhören. *Sich fügen heißt lügen* ist am 15.6. erschienen und auf www.slime.de/aktuell/news findet ihr auch ein paar Konzertdaten.

Der Kieler Rapper Albino MC veröffentlichte am 4.5. sein neues Album *Natura Libera*. Gefeatured werden u.a. Callya, Holger Burner, MadCap ... und Rudi Dutschke. Weitere Infos unter www.albino-online.de

„Die Widersprüche sind die Hoffnung“

Der Roman *Exil der frechen Frauen* erzählt von linker Kultur vor und während des Zweiten Weltkrieges sowie von der Geschichte dreier ihrer Protagonistinnen - und dieser Artikel erzählt von einem Gespräch mit dem Autor Robert Cohen

Jenseits ökonomistischer Krisendiskussionen und unzähliger Ideologiedebatten finden kritische Auseinandersetzungen über das Wesen der Dinge, die uns umgeben, über unseren alltäglichen Umgang mit ihnen und miteinander, kaum noch statt - ein wesentlicher Unterschied zu den historischen Zeiten



Die Fotografin dieses Bildes, Tina Modotti, ist selbst eine Figur aus Robert Cohens Roman

der großen Bewegungen. Umso wertvoller erscheint die Erinnerung an Denk- und Sichtweisen vergangener Tage, nicht um die Gegenwart in sie hineinzuprojizieren, sondern um dabei zu helfen, die Sicht auf die gegenwärtige Krise zu einem komplementären Blick auf die Gesellschaft zu erweitern.

Robert Cohen, Professor für Germanistik an der New York University, schildert in seinem Roman *Exil der frechen Frauen* die verschiedenartigen Zugänge zu Kultur, um die zwischen den beiden Weltkriegen innerhalb der Linken gestritten und gekämpft wurde. Die Form des Romans nutzt er dabei, um bei den Lesenden Gedanken über dieses Medium selbst, über die Materie in ihren Händen, auszulösen. Hierbei referiert Cohen, der in der Schweiz geboren und aufgewachsen ist, in den USA über Peter Weiss' *Ästhetik des Widerstandes* promovierte und dessen heutiger Lehr- und Forschungsschwerpunkt auf der Literatur der Weimarer Republik sowie marxistischer Literaturtheorie und –geschichte liegt, auf das reflexive Moment, wie es die nicht unbedingt marxistische Postmoderne zum Prinzip erhebt: „Der Leser soll durchaus im Sinne solch einer Reflexion verunsichert werden.“ Allerdings will Cohen diese Methode nicht als ein reines Spiel, wie in der postmodernen Programmatik, verstanden wissen: „Es geht ja auch immer um die Frage: Was ist eigentlich ein Roman und was habe ich hier eigentlich vor mir?“

Zu dieser Frage führt schon der Umstand, dass die Figuren des Romans tatsächlich gelebt haben – viele gehörten zu den Großen ihrer Zeit, wie Brecht, Lukács, Lévi-Strauss oder Anna Seghers – und die vielen Gespräche zwischen ihnen, die in dem Buch dargestellt werden, die Diskussionen ihrer Zeit ausführlich abbilden. Der Verweis auf die Quellen ist in dem Roman oft explizit und mehrmals gehen literarische Handlungsstränge mit der Bemerkung zu Ende, an dieser Stelle versiegten die Quellen. Auf diese Weise werden die Lesenden aus der Versenkung in reiner Fiktion herausgeholt. „In der Tat ist es das, was ich möchte: man ist sich nicht mehr ganz sicher, was für eine Gattung man vor sich hat. Natürlich ist es ein Roman, da ich in erster Linie das gemacht habe, was für das Buch wichtig war; dass eben dieses faktentreu sei, behaupte ich dabei nicht, auch wenn es die Vorgänge überwiegend sind. So entsteht eine Grauzone zwischen Fakten und Fiktion.“

Widersprüchlichkeiten verstehen lernen

Zentral ist für den Autor Robert Cohen bei der literarischen Umsetzung historischer Themen jede billige Besserwisserei des nachträglichen Blicks zu vermeiden. Geradeheraus wird im Roman der Zeitunterschied zwischen den Figuren und den Lesenden problematisiert, wenn sich die drei Hauptpersonen Olga Benario, Ruth Rewald und Maria Osten unabhängig voneinander die Frage stellen, ob man sich an sie erinnern wird oder wie künftige Generationen ihr Handeln bewerten werden. Es sei, so Cohen, für jeden halbwegs gebildeten Menschen sehr einfach, diese drei Frauen und ihre Freunde und Bekannten, Brecht, Lukács, Bloch, Seghers, alle linken Intellektuellen, die in dem Buch vorkommen, von einem heutigen Standpunkt aus zu kritisieren. Ihm aber ginge es darum, sie zu verstehen. „Sie haben alle Stalin und der UdSSR die Treue gehalten – aus Gründen, die ich zum Teil sehr gut verstehen kann. Wen gab es denn sonst, an den man sich als Gegengewicht zum Faschismus in ihrer Lage noch hätte halten können?“ Dass jene linken Intellektuellen in *Exil der frechen Frauen* den stalinistischen Terror „übersehen“, ihn einfach nicht wahrhaben wollen und können, wirkt durch einen verstehenden Blick angesichts der Realität umso erschütternder: Maria Greßhörner, eine überzeugte Antifaschistin und Kommunistin, die sich bei ihrer Emigration aus Deutschland in die Sowjetunion aus Identifikation mit der neuen Heimat den Namen Maria Osten gibt, die lange Zeit keine Kritik an Partei und Stalin gelten lassen möchte, sie selbst wird schließlich gefoltert und von „den Genossen“ an die Wand gestellt. Die Historizität des Schicksals Maria Ostens trägt in der Erzählung nur noch mehr zur Entfaltung der Tragik bei. Sie ist die einzige der drei Heldinnen, die letztendlich auf so grausame Weise Gewissheit über die Vorgänge in der Sowjetunion zur Zeit des Terrors erhält. Auch die vielen großen Namen, die im Roman *Exil der frechen Frauen* lebendig werden, reagieren im Verlauf der Erzählung zwar immer verunsicherter auf die für sie unverständlichen Vorgänge in Moskau, verwerfen ihre Zweifel aber immer wieder durch gebetsmühlenartige Ausflüchte in den Historischen Materialismus in der Leseart der KPdSU. Doch Cohen lässt sie dabei nicht als dumm oder ignorant erscheinen, sondern zeigt auf, wie Lukács, Brecht oder Seghers in ihrer Haut gefangen waren. „Ich möchte nicht gescheiter tun, als sie es gewesen sind. Ich möchte auch für mich selber nachvollziehen können, wie es vielleicht gewesen sein könnte. Es ist nicht meine Haltung: ‚Wie konnten die nur? Waren die denn blind?‘, wie es die Haltung der bürgerlichen Historiker ist. Ich versuche wirklich zu verstehen.“

Bereits auf den ersten Seiten wird offengelegt, dass jede seiner drei Heldinnen ermordet wird: Maria Osten in den Spätausläufern des stalinistischen Terrors in den frühen Vierzigern, Ruth Rewald und Olga Benario, die durch ihr Exil dem Antisemitismus und Antikommunismus Nazideutschlands vorerst entrinnen konnten, fallen schließlich der Shoa zum Opfer. Cohen wollte jeglicher Spannung, ob am Ende der langen Erzählung nicht zumindest eine von ihnen überlebt, den Boden entziehen. „Wie auch immer ich zu diesen Frauen gekommen bin, so finde ich es im Sinne des Romans doch angemessen, dass alle drei umkommen. Denn mir steht vor Augen, dass in diesem Weltkrieg 50 oder 60 Millionen Menschen umgekommen sind. Und es wäre auf gewisse Weise eine arge Verharmlosung gewesen, wenn ich Figuren gewählt hätte, die überlebt haben.“

Starke Gefühle aus der Distanz

Cohen betont, dass sein Roman kein Rührstück, kein gefühliges Historiendrama ist. Hierfür sorgt eine leichte, aber unverkennbare Distanz zu der Innenwelt der drei Hauptfiguren und das Zurücktreten in den aufwühlendsten Situationen, etwa beim Tod Olga Benarios, wenn das Geschehen im Konzentrationslager Ravensbrück mittels kühler Faktizität komplett von außen geschildert wird. Und doch berührt der Roman gerade auch an dieser Stelle, an der die starke Heldin Olga Benario, die seit ihrer jugendlichen Rettungsaktion eines Genossen vor der Weimarer Justiz für die anderen beiden, Ruth Rewald und Maria Osten, zu einem Mythos, einem Motiv ihres Handelns und ihrer Wünsche geworden ist, wenn jene Olga Benario, die als Agentin Moskaus an der Seite Luís Carlos Prestes die Revolution in Brasilien vorantreiben sollte, wenn diese schon zu Lebzeiten historisch wichtige Frau als eine von Millionen Nummern im Grauen des Holocaust einfach verschwindet.

Doch hinter solch einer Zurückhaltung des Autors gegenüber den Gefühlen seiner Heldinnen steckt noch etwas anderes: „Ich wollte nicht so tun, als sei ich diese drei Frauen gewesen, mich nicht zu sehr mit ihnen identifizieren. Es ist eine gewisse Scheu als Mann, ich habe da eine feministische Haltung, die bei mir zu besonderer Vorsicht führt. Mit feministischer Haltung meine ich in diesem Zusammenhang, dass ich den Frauenfiguren eine gewisse Fremdheit lassen wollte.“ Distanz, Verunsicherung bei den Lesenden zwischen Fiktion und Fakten, Darstellung des Horrors der späten 30'er und frühen 40'er Jahre – bislang könnte der Eindruck entstehen, der Roman *Exil der frechen Frauen* sei ein zwar sehr reflektiertes, dafür aber auch sehr sperriges Buch. Daher ist es nun angebracht Cohens erzählerische Fähigkeiten zu betonen, den verspielten Umgang mit Leitmotiven wie etwa der Zugfahrt oder der Schiffsreise (beides eigenständige Elemente), die raffinierten Aneinanderreihungen der Erzählstränge, die Wechsel in der Perspektive, in der erzählten Zeit, die ebenso literarische wie genaue Beschreibung der Orte, ihre Ausdehnung über Meere und Kontinente oder ihr Zusammenfallen auf ein paar Quadratmeter Stadtwohnung.

Faszinierend sind die Einblicke in die Diskussionen um Kunst und Literatur, in die Gedankenwelt linker Kulturschaffender zu jener Zeit, in die Wahrnehmung der kapitalistischen

Olga Benario, die bekannteste Heldin des Romans, wurde in den Ländern des Ostblocks jahrzehntelang heroisiert und ist heute beinahe vergessen.

Wirklichkeit und die Unterschiedlichkeit der Konsequenzen, die engagierte Künstlerinnen und Künstler aus ihr zogen, sowie in die eigene Geschichte schöpferisch tätiger Frauen, die sich gegen ihre männlichen Genossen behaupten mussten. Mit Ruth Rewald und Maria Osten sind zwei der drei Hauptpersonen selbst Schriftstellerinnen, Anna Seghers spielt eine wichtige Nebenrolle, im Laufe des Romans stehen auch die Fotografinnen Gerda Taro, Annemarie Schwarzenbach und Tina Modotti im Fokus; von letzterer stammt das Bild auf dem Einband des Buches. Durch den literarischen Charakter solcher Schilderungen wird den Lesenden ein erstaunlicher Zugang zu den komplexesten Themen geboten – ein Höhepunkt etwa das Gespräch zwischen dem Ethnologen Levi Strauss, dem Architekten Niemeyer und dem Schriftsteller Jorge Amado in Brasilien. Hier fallen flüssiger Erzählstil und verständliche Darstellung zusammen, Resultat sind sowohl Freude am Lesen als auch ein ungemeiner Erkenntnisgewinn. Natürlich schöpft Robert Cohen hier vorrangig aus seiner Professorentätigkeit an der NYU, er veröffentlichte wissenschaftliche Aufsätze etwa über Oscar Niemeyer, Anna Seghers oder Bertolt Brecht. Zu letzterem hat Cohen jedoch auch eine biographische Beziehung: „Seit mein Vater ihn 1947 in Zürich kennengelernt hatte und ein Jahr zu dessen Freundeskreis in der Schweiz zählte, war Brecht eine Art Familienheiliger. Mein Vater hat mir und meinem Bruder auch immer Gedichte von Tucholsky oder Brecht zum Einschlafen vorgelesen – ich hatte also einen wirklich tollen Start in die Literatur.“

Die unendliche Geschichte der Utopien

Dass Robert Cohen heute in den USA über die Geschichte linker Literatur und Theorie in Europa und speziell Deutschland lehrt und forscht kann schon verwundern. Schließlich dominieren hierzulande Stanzel, Genette, Kristeva, Foucault, Barthes und Iser die Seminare; wer Lukács oder Benjamin waren, welche Auffassung von Literatur und Theater Brecht oder Sartre vertreten haben, können heutzutage nach einem Literaturstudium an deutschen Universitäten nur die wenigsten wirklich beantworten. „Auch ich benutzte Stanzel und insbesondere Genette als Werkzeuge, aber nicht als Bibel. Es geht darum, möglichst textnah zu arbeiten und dazu ermutige ich auch die Studierenden.“ Dies sei, so Cohen, gerade für einen ideologiekritischen Anspruch unbedingt notwendig, um das Vage in einer Ideologiedebatte zu vermeiden. Genauso wichtig sei es aber, dem Vagen poststrukturalistischer und dekonstruktivistischer Ansätze gewahr zu werden und sich von ihnen zu emanzipieren: „Der Poststrukturalismus, dessen Denkweise dieses Geschwafel vom ‚Ende der Geschichte‘ beförderte, ist ja eigentlich schon historisch.“

Neuen sozialen Bewegungen vermag das Ende der drei Heldinnen seines Romans wohl kaum Mut zu machen. Er habe, entgegnet Robert Cohen, auch keine billige Hoffnung aufkommen lassen wollen, für die es keine Grundlage gebe. Doch gelte für ihn das Motto von Brechts *Dreigroschenprozess*: *Die Widersprüche sind die Hoffnung*. Schließlich ließe sich eine auf der Dialektik der Dinge und der Geschichte fußende Hoffnung auch in *Exil der frechen Frauen* finden: „Die letzten zwei Seiten sind eine Montage von Zitaten, darunter auch Marx: *[...] dass die Menschheit jene große Sache einst verwirklichen werde, von der sie längst den Traum besaß* – und das ist doch ein wunderbares Bild einer konkreten Utopie.“

Marcus Munzlinger

Robert Cohen:
Exil der frechen Frauen.
Roman, Rotbuch-Verlag,
ISBN 978-3-86789-057-1;
624 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag
Preis: 24,90 Euro

Zum Autor: Robert Cohen, geboren 1941 in Zürich, lebt seit 1980 in den USA und lehrt deutsche Literatur an der New York University. Vor seiner Hinwendung zur Germanistik studierte er an der Filmhochschule in Paris und drehte zahlreiche Dokumentar-, Industrie- und Werbefilme. Ein Schwerpunkt seiner Veröffentlichungen liegt auf Leben und Werk des Schriftstellers und Künstlers Peter Weiss.

Anzeige

Du bist Deutschland, „... ich bin Residenzpflicht“

Paula Bullings Graphic Novel *Im Land der Frühaufsteher* zeigt, dass ein Leben jenseits des Dualismus von Arbeit und Freizeit für viele Flüchtlinge keine Utopie, sondern ein realer Alptraum ist

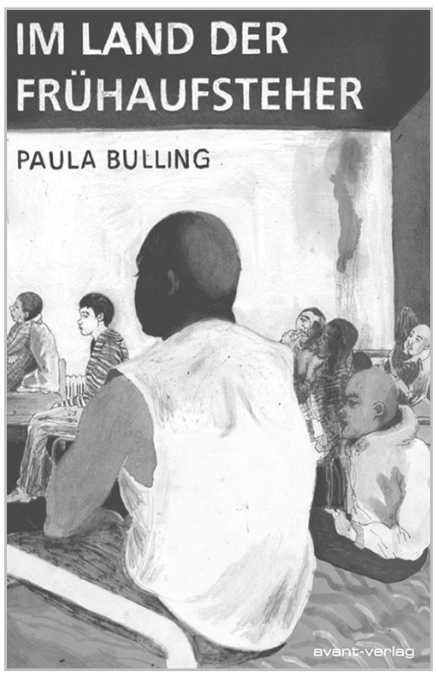
6:39 Uhr – um diese Zeit steigen im Schnitt die Menschen in Sachsen-Anhalt aus den Federn, weit früher als der Durchschnitt in anderen Bundesländern. Der sachsen-anhaltinischen CDU erschien dieser Rekord als Ausdruck von Fleiß und Zuverlässigkeit, weshalb die Landesregierung für 2,5 Millionen Euro die Kampagne „Im Land der Frühaufsteher: Sachsen-Anhalt. Wir stehen früher auf“ lancierte. Ob das so gezeichnete Bild notorischer Ungemütlichkeit tatsächlich Sympathien erwecken kann, ist genauso fraglich wie die Interpretation des Bundesrekordes durch die Landes-CDU – ist doch anzunehmen, dass für das Umfrageergebnis anstatt angeblicher Tugenden eher die in der „strukturschwachen Region“ weitverbreitete Notlage ursächlich war, jeden noch so prekären Job in jeglicher Entfernung zum eigenen Wohnsitz annehmen zu müssen.

Eine Reise ans Ende der Bewegungsfreiheit

Das Land der Frühaufsteher hat aber noch einen ganz anderen Ruf. Das Land Sachsen-Anhalt gilt in Flüchtlingsfragen als restriktiv, auch wenn es damit sicherlich nicht alleine dasteht: Paula Bulling, Autorin und Comic-Zeichnerin, beschäftigt sich in ihrer Graphic Novel, welche den inhaltslosen Slogan der Landeskampagne als Titel führt, mit der Lebensrealität in sachsen-anhaltinischen Flüchtlingsunterkünften wie Harbke, Bernburg oder Möhlau; gleichzeitig aber beschäftigt sie sich und die Lesenden mit sich selbst und dem eigenen Blick. Der Plot der Graphic Novel ist der ihrer eigenen Entstehung und fokalisiert werden nicht einzelne Fluchtgeschichten, sondern die Künstlerin. Die Anfangsszene in einem Hallenser Afro-Shop verdeutlicht dies sowohl semantisch wie auch visuell: Es ist die Künstlerin, die Fragen der dortigen Stammgäste beantworten muss, und sie ist es, die den dortigen Blicken ausgesetzt ist, anstatt umgekehrt. Durch Gleichzeitigkeit wie auch Zeit- und Ortswechsel wird jedoch deutlich, dass die Figur der Künstlerin ebenfalls nur als Teil der Gesamtbetrachtung fungiert, es also nicht „ihre“ Geschichte ist. So begleitet der Blick der Lesenden sie zu den entlegenen Orten deutscher Asylpolitik, zu ehemaligen NVA-Kasernen am Rande trister Ortschaften, zu „Heimen“, eine Bezeichnung, die sich angesichts von Stacheldraht, Aufsichtsbeamten und Tristesse unwillkürlich in „Lager“ verwandelt – welches ist das richtige Wort für einen „... Knast, der seinen Namen nicht sagt“? Aziz, Bewohner der Flüchtlingsunterkunft in Halberstadt, findet diese Worte, nachdem die Figur Paula die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (amtliche Bezeichnung, kurz Zast) als „bedrückend“ beschrieben hat. Die reale Künstlerin Paula Bulling hat eine solche Stimmung in eindrucksvollen Zeichnungen festgehalten: Das Grau des Asphalts und des Betons, die Krankenhausatmosphäre der Zimmer, die bedrohlichen Schatten der Gebäude und die Umrisse der Zäune und Schranken. Die Orte wechseln oft und doch sind es meist dieselben – ein „Transfer“ von einer Unterbringung zur nächsten bringt den Bewohnerinnen und Bewohnern weder einen neuen Anstrich noch eine neue Perspektive. Das Motiv der Bewegung ist ein gewichtiges der Graphic Novel *Im Land der Frühaufsteher* – die vielen Ortswechsel folgen nicht einer chronologisch-linearen Erzählung, sondern werden von punktuellen Schilderungen und Darstellungen kontrastiert. Hierdurch wirkt das Unbewegliche der Situation der Menschen, die Jahre bis Jahrzehnte auf die Entscheidung der Ämter über ihr Asylgesuch warten müssen, beinahe plastisch, nahezu greifbar. Die Bedingungen der Residenzpflicht, des Verbots den Bezirk oder Landkreis der Unterbringung ohne amtliche Erlaubnis zu verlassen, werden explizit thematisiert und fügen der Trostlosigkeit des langen Wartens eine neue Qualität bei. Flüchtlinge mit ungeklärtem Asylstatus stehen de facto außerhalb einer ganzen Reihe internationaler Menschenrechte – ohne Bewegungsfreiheit, ohne ein menschenwürdiges Einkommen, ohne das Recht auf weitestgehende Selbstbestimmung.

„Wer nicht ‚weiß‘ ist, wird beschrieben, aber spricht nicht selber“

Offensiv geht *Im Land der Frühaufsteher* mit der Widersprüchlichkeit der Ansprüche an ein solches Werk um. Da es auch um das persönliche Moment der Auseinandersetzung mit der Thematik geht, kann die Subjektivität der Künstlerin Paula Bulling nicht ausgeklammert werden. Ihr Blick ist somit zwangsweise der Blick der Betroffenheit und der Solidarität – mithin ein Blick auf „Fremdes“. Die Repräsentation von Flüchtlingsschicksalen von Seiten einer deutschen Staatsbürgerin für andere deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger birgt das Problem in sich, dass Flüchtlinge weiterhin lediglich als Opfer, kaum aber als Subjekte auftreten können. Am Rande einer Demonstration gegen die Residenzpflicht in Merseburg diskutieren „Paula“ und ein ehemaliger Mitbewohner solche Gedanken der *Critical Whiteness* und schenken der Demonstration selbst kaum Beachtung, während ein Flüchtling über ein Megaphon Bewegungsfreiheit einfordert und institutionellen Rassismus anprangert – die Symbolik dieser Situation hat Paula Bulling hervorragend in Szene gesetzt. Auch wenn sie einen solchen Widerspruch selbst nicht auflösen kann, so



ist ihre Graphic Novel doch auch deutlich davon geprägt, „Weiß-“ bzw. „Deutsch-“ Sein ebenso zu thematisieren wie eine Existenz als Flüchtling. Im Übrigen stammen die Stimmen der Bewohnerinnen und Bewohner der Halbersterstädter Zast von Paula Bullings Kooperationspartner Noel Kaboré, um die Adaption der deutschen Sprache durch die Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten nicht unbewusst aus einer kulturalistischen Perspektive wiederzugeben.

Marcus Munzlinger

Im Land der Frühaufsteher
von Paula Bullling
ISBN 978-3-939080-68-8,
120 Seiten, Softcover.
17,95 Euro. Erscheint im Juni 2012 im avant-verlag:
www.avant-verlag.de

Anzeige

graswurzel revolution
www.graswurzel.net
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

40 JAHRE

„Die ‚Graswurzelrevolution‘ lässt sich vom Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren.“
(Frankfurter Rundschau)

„Ein Blick in die Graswurzelrevolution zeigt dir ein anderes Bild der Welt ... Obwohl deutlich gemacht wird, in welch krankem System wir leben, zeigt die GWR immer wieder, dass auf der ganzen Welt Menschen dagegen kämpfen.“
(Plastic Bomb 67, 7/09)

„...ultimativ beste Bewegungszeitung, die ‚Graswurzelrevolution‘.“
(BI Hamm, 5/2011)

Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net

GWR Nr. 370, Sommer: „Grüne Gentechnik in Deutschland gescheitert“?; Griechenland: Nach der Wahl ist vor der Wahl; Unsichtbare Lesben im Exil; Legt die Lens an die Kette! Stoppt den Waffenhandel; 40 Jahre Graswurzelrevolution; Antifa-Comic; Anti-Atom; Anarchismus; Feminismus; Antimilitarismus, u.v.m.

50 Jahre für die Belegschaften

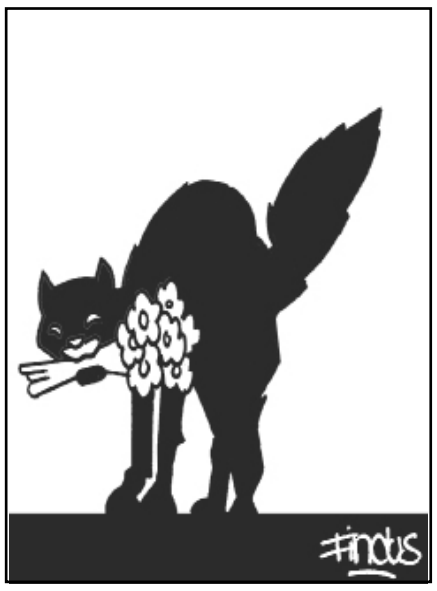
Der „express“ feiert sein Jubiläum

Kleine Anekdote zu Anfang: Für das Jahr 2013 wünscht sich die SPD eine Sonderbriefmarke „150 Jahre SPD“ – die CDU-Mitglieder im Ausschuss für Sondermarken aber machen darauf aufmerksam, dass es das Jubiläum des Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbands (ADAV) ist, das gefeiert wird, und verbannt so die Parteiwerbung aus der Briefbeförderung. Ähnlich argumentierend könnte man nun natürlich behaupten, dass die „Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ *express* gerade erst ihr 40jähriges Bestehen feiern würde. Bei „express“ denkt die Mehrheit der Bevölkerung wahrscheinlich an den Kölner *Express*, eine Boulevard-Zeitung aus dem Verlagshaus DuMont im Springer-Stil. Dabei ist dieser Kölner *Express*, gegründet 1964, zwei Jahre jünger als das Diskussionsblatt der Gewerkschaftslinken. 1962 gründete sich der *express international*, der zehn Jahre später mit der *Sozialistischen Betriebskorrespondenz* zum *express* fusionierte.

Proletarische Gegenöffentlichkeit

Die Printmedienlandschaft, die sich positiv auf eine dissidente und gegen den Mainstream gerichtete Arbeiterbewegung beruft, lässt sich grob in drei Richtungen einteilen: Mit dem *express* ist diejenige verbunden, die nicht mit der Ausrichtung der DGB-Gewerkschaften einverstanden ist, sie aber von innen verändern und der Basis der Gewerkschaften eine Stimme geben möchte. Die zweite Richtung, die kämpferische Gewerkschaften für notwendig hält, aber keine Hoffnungen in ein Veränderungspotential des DGB setzt, präsentieren wir in der *Direkten Aktion*. Damit stehen wir zwischen der Positionierung des *express* und der dritten Richtung, die Gewerkschaften allgemein als hemmend für eine Arbeiterautonomie betrachtet, in Deutschland vertreten durch die *Wildcat*. Alle drei Zeitungen eint jedoch dasselbe inhaltliche Interesse und entsprechend ähnliche Themen, die immer wieder zu einer Zusammenarbeit führen.

Am 16. Juni, einen Tag vor dem Jahrestag eines der wichtigsten Arbeiteraufstände



in Deutschland, lud die aktuelle *express*-Redaktion zur Jubiläumsfeier. Selbst als altgedienter Redakteur der *Direkten Aktion* fühlte man sich hier als Nesthäkchen unter verdienten AktivistInnen, die teilweise tatsächlich bereits seit 50 Jahren aktiv waren und sind. Die ersten Ausgaben des *express international* entstanden dabei noch in gemütlicher Wohnzimmeratmosphäre. Drei Jahre zuvor hatte die SPD ihr Godesberger Programm verabschiedet und damit Abschied von sozialistischer Programmatik und dem Profil einer Arbeiterpartei genommen, 1961 schloss sie dann den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) aus. Der DGB zog 1963 mit einem neuen Grundsatzprogramm hinterher. Diese Wende der großen Arbeiterorganisationen waren für die Gewerkschafts- und Betriebslinke Signal sich zu formieren.

Es ist kaum weiter verwunderlich, dass der *express international* seinen ersten Höhepunkt um 1968 erlebte, keineswegs lediglich in Studierendenkreisen, sondern auch im Rahmen der Septemberstreiks bis hin zu den sogenannten „Ausländerstreiks“ (Ford Köln, John Deere Mannheim, Pierburg Neuss etc.), die – nunmehr vom *express* – in zahlreichen Broschüren und ab 1972 im *Kritischen Jahrbuch „Gewerkschaften und Klassenkampf“* analysiert und diskutiert wurden.

Bis heute sind es zwei Aspekte, die den *express* lesenswert und relevant für soziale Bewegungen machen: Zum einen die sich durchziehende Basisorientierung, die sich u.a. 1992 in dem kurzfristigen Versuch einer Regionalisierung der Redaktionen niederschlug, um insbesondere die ostdeutsche Betriebs- und Gewerkschaftslinke zu unterstützen. Bis heute ist dies eine der wesentlichen Stärken des *express*, z.B. durch die lebhafte Vernetzung mit der *GoG* (früher „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter“, heute: „Gegenwehr ohne Grenzen“) bei Opel Bochum oder der *alternative* bei Mercedes-Benz. Der zweite Aspekt ist (wie auch in der *DA*) die frühzeitige Thematisierung von Entwicklungen wie Prekarisierung und Dienstleistisierung.

Intergewerkschaftliche Solidarität

Während die *DA* als Zeitung der FAU zweimonatlich kürzere Berichte von Arbeiterkämpfen präsentiert, die ansonsten im Blätterwald unerwähnt blieben, ist das Format des *express* darauf ausgelegt, längere Analysen und Theoriediskussionen zu veröffentlichen – eine Möglichkeit, die die *DA* nur in den Rubriken „Zeitlupe“ und „Hintergrund“ hat. Die Gewerkschaftslinke, die sich seit 50 Jahren um den *express* formiert, analysiert dabei nicht nur kritisch Tarifverhandlungen und deren Ergebnisse, sondern auch betriebliche und juristische Themen, die von allgemeiner Relevanz sind. So rekrutierte sich aus dem *express*-Umfeld auch die linksgewerkschaftliche Solidaritätsgruppe mit dem Allgemeinen Syndikat der FAU Berlin, als dieser im Babylon-Konflikt verboten wurde sich Gewerkschaft zu nennen. Gregor Zattler veröffentlichte eine hervorragende Analyse zu diesem Fall (*express* 3/2010).

Das zeigt vor allem eins: Im Gegensatz zur DGB-Spitze weiß die Gewerkschaftslinke, dass einiges Handeln der ArbeiterInnen nicht zwangsweise Einheitsgewerkschaft bedeuten muss, sondern ein kooperatives und solidarisches Miteinander unter Gewerkschaften – lokal, regional und international, egal ob die Gewerkschaft nun FAU, IWW, IG Metall, GDL oder cockpit heißt.

In diesem Sinne gratulieren wir gerne und hoffen auf weitere 50 Jahre *express* und eine weitere intergewerkschaftliche Solidarität und Zusammenarbeit.

Torsten Bewernitz
(für die Redaktion)

Das Archiv und ältere Beiträge aus dem *express* findet ihr bei labournet:
www.labournet.de/express/register.html

Abonnieren kann man den *express* hier:
express-afp.info/kontakt.html

Anzeige

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 5/12 u.a.:
Aufruf zum »No Border Camp«: »Wider die Ökonomisierung des Lebens« – für ein solidar. Europa
»Spital statt Fabrik«, *Aktion Gsundi Gesundheitspolitik* zur Industrialisierung der Schweizer KH aus der Sicht des Gesundheitspersonals
»Gut oder schlecht für die Beschäftigten?« ver.di NRW zur Entgeltstruktur-Reform im Einzelhandel
○ **Probelesen?!** 4 Ausgaben f. 10 €

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.

FAU★IAA

Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Die Chemieschichter

Des letzten Rätsels Lösung: Bunaklopper, Beschäftigte des „VEB Chemische Werke Buna“ arbeiteten unter schwersten Bedingungen

Arbeit ist das halbe Leben, Ordnung das andere. Der eine oder andere „Aktivist der sozialistischen Arbeit“ im Bunawerk in Schkopau, dort wurde hauptsächlich synthetischer Kautschuk für die Gummiproduktion hergestellt, nahm sich diesen Spruch zu Herzen und sorgte für die Übererfüllung der Arbeitsnorm. Ihre Arbeitsmoral konnte auch durch monotone Schichtarbeit oder gefährliche Tätigkeiten mit Chlor, Quecksilber und Salzsäure nicht getrübt werden.

„Politisch weniger bewusste“ Arbeiter entwickelten schon ihre Zweifel, an brenzligen Punkten im Werk kam es oft zu schweren Verletzungen und sogar Todesfällen, da die Technik teilweise aus den 20-er Jahren stammte. Doch an aktive Gegenwehr war nach der Niederschlagung der Streiks 1953 nicht mehr zu denken. Aber einige Bunaklopper (oder Bunabelzer), wie die männlichen Schichtarbeiter des Werkes in der Region Halle-Merseburg genannt wurden, sorgten dafür, dass die Arbeitsnormen, die die Kombinatsleitung von ihnen verlangte, einfach nicht eingehalten wurden. Wer zu früh die Pause beenden wollte, wurde zur Entspannung angehalten.

Jedoch eine aktive gewerkschaftliche Tätigkeit außerhalb des staatstreuen Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) war so gut wie unmöglich. Jede oppositionelle Organisation wurde von der Staatssicherheit überwacht. Umweltschutz und Widerstand gegen gefährliche Arbeitsbedingungen hätten ein gutes Anliegen der Belegschaft des Bunawerkes werden können, doch eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Themen hat sich nicht entwickelt.

Zu tief saß wohl auch die Identität als Arbeiter, der für „Frieden und Sozialismus“ Tag für Tag in den Schichterzug steigt, um das Plansoll zu erfüllen.

Mit dem plötzlichen Ende der DDR und dem Zusammenbruch der chemischen Industrie in Mitteldeutschland wurden auch die Biografien der Bunaklopper durcheinander gewürfelt. Wer jung war und sich auch vor der Wende nicht vorstellen konnte in dieser stinkenden Chemiebrühe zu versauern, nutzte die Chance für einen Neuanfang.

Wer alt war, wurde meistens auf „Kurzarbeit-0“ gesetzt und danach von „Maßnahme“ zu „Maßnahme“ geschickt. Von den vormals 18000 Beschäftigten im Bunawerk wurde nur ein Bruchteil von dem amerikanischen Chemieriesen „Dow Chemical“ übernommen, der das Werk mit Hilfe der Treuhand sanierte.

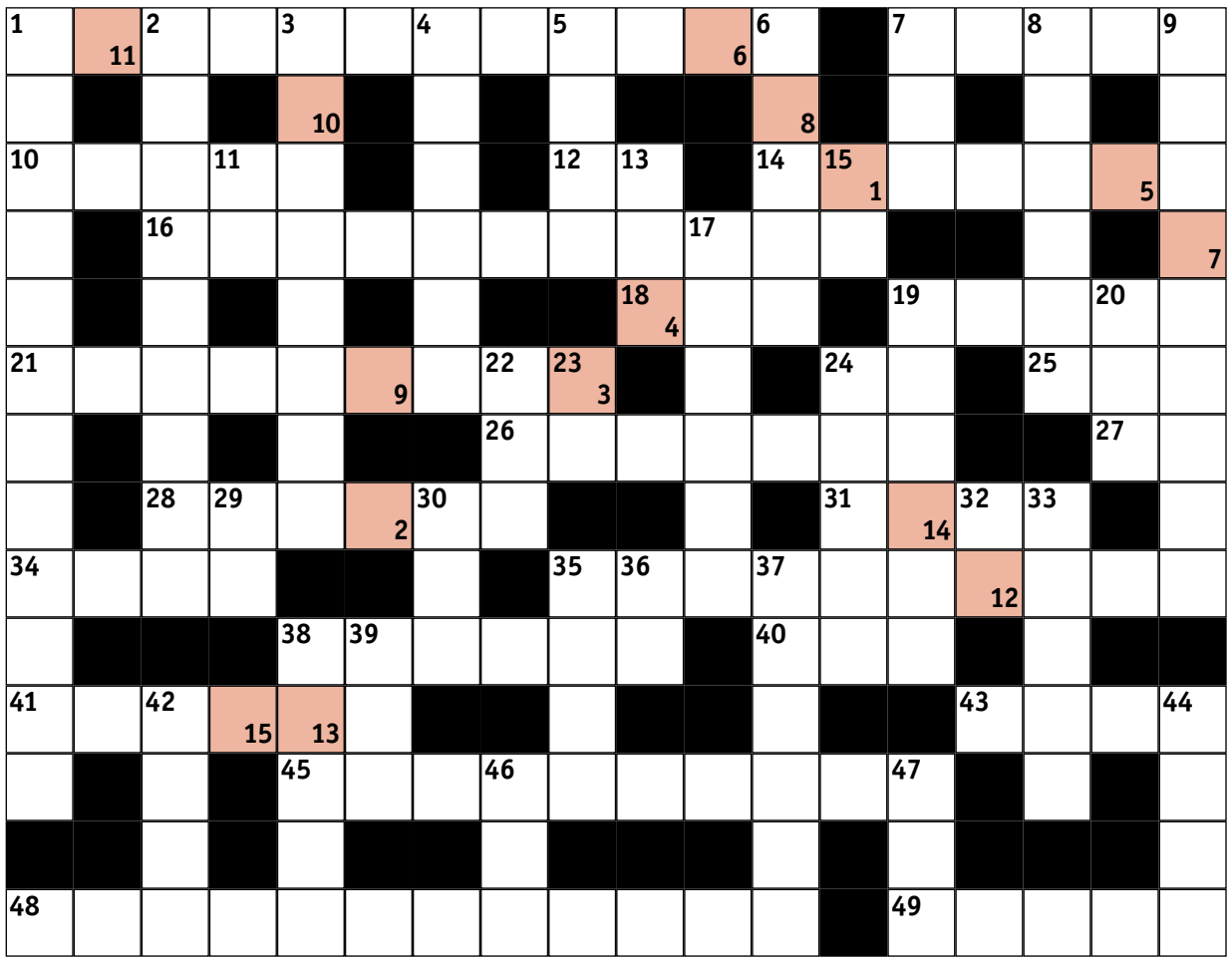
Wer heute noch als alter Bunaklopper dort arbeitet, wird bei Arbeitskonflikten auf Grund seiner Erfahrungen mit den Rationalisierungswellen wahrscheinlich ebenfalls keinen aktiven Widerstand leisten. Außerdem werden heute keine „Aktivisten der sozialistischen Arbeit“ mehr gesucht, die das wirtschaftspolitische Plansoll erfüllen, sondern Experten, die sich selber vermarkten „wollen“, um im Wettbewerb zu bestehen.

Willi Kufalt

Fotografin: Enib

Das sanierte Bunawerk heute

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 77



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Waagerecht

1. PR-Methoden, die einem Unternehmen in der Öffentlichkeit ein umweltfreundliches und verantwortungsbewusstes Image verleihen sollen; Grünfärberei <engl.> 7. zum Genre des Proletarischen Films zählendes Filmwerk aus dem Jahr 1932: „Kuhle ~ oder: Wem gehört die Welt?“ 10. Missetat, Verbrechen 12. märkisch und berlinisch für „Nicht wahr?“, „Stimmt es?“ 14. genau überlegen 16. der wirtschaftlich weniger entwickelte Teil Italiens <ital.> 18. Vor- und Nachname mit „löwenhaftem“ Anklang 19. anhaltende, lästige Beschwerde 21. Gesellschaftsspiel, bei dem mehrere homonyme Wörter erraten werden müssen 24. chem. Zeichen für ein radioaktives Element, mit dessen Verbindungen man früher u. a. Zifferblätter bemalte 25. Kfz-Kennzeichen für Regen 26. Vetternwirtschaft, Spezi- und Amigotum 27. sächsisch für „ja“ 28. Abschweifung, Erörterung 31. Kinderbuch von Erich Kästner: „~ und die Detektive“ 34. sehr großer, breitschultriger Mann 35. kann durch regelmäßiges Fernsehen eintreten 38. (Un-)rechtswesen 40. alt, hässlich, lästig <nordd.> 41. Vorname, z.B. des schwedischen Filmregisseurs Bergman (1918-2007) 43. Schriftsteller (u. a. „Proletarier“) und Ökonom, der sich nach bohemienhaft-anarchistischer Jugend linkskommunistisch entwickelte (1888-1965), Vorname: Franz 45. Basisbewegung in Argentinien seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre, die v. a. durch Blockadeaktionen die Lage der Klasse zu verbessern versucht (spanisch für „Streikposten“) 48. etwas sagen oder tun, was von Anderen als peinlich oder unangenehm empfunden wird: ins ~ treten 49. Schlagwort für eine von Regierungen und Konzernen betriebene Verbreitung moderner landwirtschaftlicher Hochertragssorten in der Dritten Welt der 1960er/70er Jahre: ~ Revolution.

Senkrecht

1. Thomas Mann nannte den Antikommunismus „die ~ des 20. Jahrhunderts“ 2. was HauseigentümerInnen tausendfach mit Wohnhäusern machen, um sie Gewinn bringend zweckentfremden zu können 3. informelles, oft weit verzweigtes Geflecht von Kontakten 4. stählerner Block als Unterlage zum Schmieden 5. Kurzform für „wissenschaftliche Hilfskraft“ an einer Hochschule; Urlaub und Lohnfortzahlung sind hier Fremdwörter 6. Kot von Seevögeln in Peru und Chile, der als Düngemittel verwendet wird 7. Ausruf der Anerkennung, des Staunens <engl.> 8. Ungar <Selbstbezeichnung> 9. Umwandlung eines der allgemeinen Nutzung offen stehenden Areals in eines der speziellen Nutzung; Marx untersuchte die Rolle dieser „Enclosures“ in der Entwicklung der industriellen Revolution in England 13. US-amerikanischer Onlinedienst 15. Kfz-Kennzeichen für Bochum 17. Produkt, das reißenden Absatz findet 19. Pflanzenöl, dessen Anbau in Südostasien forciert wird (Biokraftstoff), was zu gravierenden sozialen und ökologischen Schäden führt 20. grundlegende Einheit der Erbinformation 22. Abk. für Elektrokardioskop 23. Kfz-Kennzeichen für Landsberg am Lech 24. wirklich vorhanden 29. chem. Zeichen für ein Edelgas 30. die ostslawischen Stämme im 9./10. Jh. und das um Kiew entstandene Reich 32. in der Psychoanalyse Freuds: das Es, der vegetative Teil der Psyche, der die Instinkte und Triebe des Menschen umfasst 33. die langjährig erschienene Zeitschrift „Schwarzer Faden“ (1980-2004) wurde einmal stimmungsvoll „Fachzeitschrift für Anarchie und ~“ genannt 35. StellvertreterIn <umgs.> 36. Was haben Suez und Jerez gemeinsam? 37. drängen, beständig nachfragen 38. Industrienation, die 2012 zunächst vollständig aus der Atomkraft ausgestiegen ist 39. männlicher Vorname <hebrä.> 42. Marx hielt Religion für das Opiat des Volkes, für Mao Zedong war sie gleich ~ 44. auftrittbezogenes Honorar von MusikerInnen 46. männlicher Vorname <schwed.> 47. mitreißende Anziehungskraft.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
Gewinner#211: Andréas F. aus Berlin

Auflösung # 76

```
WIDERSTANDSKÄMPFER
E  A A  E  M  S O
BABYLON ANGST DEAL
E U  EDV KOJE E L
RURAL  ERB  R GACK
  G OMAR ANTHRAX O
QUEDLINBURG A G  M
  R  LO N  AUWEH M
BUS MEN SUMPF ZARA
ARCHETYP SIOUX D N
O H D MODER N RS D
B AGITATOR  GAUCHO
A F C  U ION  HH
BETRIEBSANGEHÖRIGE
```

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 213: 17. August 2012

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.